

N I E D E R S C H R I F T

über die 24. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

| | |
|------|--|
| vom: | 09.04.2002 |
| von: | 16:00 Uhr |
| bis: | 20:20 Uhr |
| Ort: | Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal |

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

Strunk, Christine - als Vorsitzende
Bäbler, Walter - bis 18.10 Uhr, während TOP 6 ö. T. -
Dehmel, Michael
Fries, Traute
Gierlich, Michael
Kessler, Silvia
Müller, Heinz - für von der CDU- Fraktion noch nicht ben. ordentl. Mitglied -
Müller, Manfred
Schiemer, Hansgeorg - ab 17:35 Uhr, während TOP 5 ö. T. -
Schlabach, Alfred - für AM Hecker, Heribert -
Steuber, Burkhard
Vetter, Wolfgang
Dr. Volz, Peter

II. Beratende Mitglieder:

Brandl, Willi
Rinder, Gustav - bis 20.00 Uhr, TOP 11 ö. T. -
Schneider, Walter

III. Als Zuhörer:

IV. Von der Verwaltung:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Vetter bestimmt.

24. AfULE 09.04.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

24. AfULE 09.04.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

24. AfULE 09.04.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

24. AfULE 09.04.2002

5. Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte

Vorlagenr. 1749/2002

Herr Brune gibt eine allgemeine Einführung zum Thema Verkehrsentwicklungsplan und erläutert die enormen Fortschritte in den letzten Jahren.

Daraufhin fassen die Herren Brockmeyer und Ahn ihre Fachbeiträge unbebaute bzw. bebaute Umwelt zusammen.

Frau Strunk macht darauf aufmerksam, dass die geplante Trasse über das Gebiet des evangelischen Gemeindezentrums führen soll. Im Falle der Realisierung des Siegberttunnels ist sicherzustellen, dass Probleme wie beim Achenbacher Tunnel nicht erneut auftreten. Sie befürchtet eine enorme Verkehrsbelastung im Bereich des östlichen Tunnelportals. Die Mehrbelastung lässt sich nicht durch die Entlastung in der Stadtmitte rechtfertigen. Der prognostizierte Anstieg der Nutzerzahl im öffentlichen Nahverkehr als auch die Stärkung der Oberstadt basieren auf reinen

Mutmaßungen. In der Kernstadt existieren zu wenig Grünflächen, so dass möglichst viele Biotope belassen werden müssen. Sie kann der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Rinder ist überrascht, dass eine Grundsatzentscheidung zugunsten des Ökologie-Szenarios getroffen wurde und nun aber paradoxerweise ein Biotopbereich zerstört werden soll. Gerade in dem betroffenen Gebiet gibt es drei Pflanzenarten, die auf der Roten Liste verzeichnet sind. Diese Pflanzen könnten geschützt werden, wenn die Trasse um 50 Meter nach Süden verlegt würde.

Herr M. Müller spricht sich grundsätzlich nicht gegen den Siegbertunnel aus, aber die Lebensqualität der Betroffenen insbesondere im Bereich des östlichen Tunnelportals soll so wenig wie möglich beeinträchtigt werden.

Herr Vetter sieht keine Mehrbelastung, da es sich seines Erachtens nur um eine Verlagerung des Verkehrs handelt.

Herr Stottmeister erklärt, dass die Verkehrsströme zwar verlagert werden, aber im Bereich des östlichen Tunnelausgangs dennoch mit einer Mehrbelastung zu rechnen ist.

24. AfULE 09.04.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario Ökologie als Rahmenplan.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist die zielführende Leitlinie für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Szenario Ökologie zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet Siegen.

2. den Rechenfall 8 mit
 - Siegbertunnel
 - Busspuren und
 - Verkehrsberuhigung Kölner Tor;
3. den 1982 vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Generalverkehrsplan für den Bereich Siegen-Mitte durch den VEP zu ersetzen;
4. den Planungsauftrag für die Erstellung der Unterlagen für das Linienbestimmungsverfahren (§ 37 StrWG NW);
5. die im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) für den Bau des Siegbertunnels (SBT) erstellten Fachbeiträge
 - "Verkehr"
 - "Bebaute Umwelt"

- "Landschaft"

der Bezirksregierung Arnsberg zur Einleitung des Linienbestimmungsverfahrens entsprechend des § 37 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zuzusenden;

6. für die Realisierung der in der Kosten-Wirksamkeits-Analyse aufgelisteten Einzelmaßnahmen - Kostenvolumen ≈ 47 Mio. € (Anlage 6) - sind in jedem einzelnen Fall gesonderte Ratsbeschlüsse erforderlich.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

6. **Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“;**
hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- **Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen**
 - **Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung**
 - **Beschluss über die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW**

Vorlagennr. 1854/2002

Herr Brede weist auf Änderungserforderlichkeiten in der Vorlage hin. Auf Seite 5 muss im vorletzten Absatz die Nummer 5114-0001-2001 in 5114-0006-2001 geändert werden. Auf Seite 23 der Begründung ist zum einen die Zahl 165.895 m² aus der *rechten* Spalte zu streichen, zum anderen ist die Anzahl der Wohneinheiten von 112 auf 132 zu ändern.

Herr Rinder informiert ergänzend über den Sachstand des anhängigen Gerichtsverfahrens. Der NABU hat ein gerichtliches Eilverfahren gegen die vom Kreis Siegen-Wittgenstein angeordnete sofortige Vollziehung eingeleitet. Er bittet deshalb darum, eine Beschlussfassung erst nach der Entscheidung des Verwaltungsgerichts herbeizuführen.

Herr Opitz führt ergänzend zu den Ausführungen seines Vorredners aus, dass die Stadt Siegen rechtliche und notwendige Beigeladene in diesem Verfahren ist und hierzu Stellung nehmen muss. Gegen die Beratung des Bebauungsplanentwurfs in den Fachausschüssen während des laufenden Verfahrens bestehen seines Erachtens keine Bedenken. Juristisch gesehen kann auch ein Ratsbeschluss gefasst werden, doch sollte man hiervon absehen, um einen möglichen Verstoß dieses Beschlusses gegen Landesrecht zu vermeiden.

Frau Strunk bezweifelt, dass im Vorfeld ein Ratsbeschluss getroffen werden kann und bittet um eindeutige Klärung.

Bezüglich der Schaffung neuer Baugebiete ist die bestehende Gesetzeslage

angemessen zu berücksichtigen. Es gibt noch Klärungsbedarf im juristischen Verfahren und hinsichtlich der Entwässerungsplanung. Auch wenn eine Umweltverträglichkeitsprüfung in diesem Falle nicht notwendig sein sollte, macht sie darauf aufmerksam, dass die Belange dennoch freiwillig geprüft werden können. Zum Entwässerungssystem erklärt Frau Strunk, dass das staatliche Umweltamt Probleme bezüglich des Quellbiotopes und der Bodenversickerungsflächen sieht. Diesbezügliche Ausführungen fehlen in der Vorlage. Das entsprechende Schreiben sollte den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben werden. Auch der Sachstand des anhängigen Rechtsverfahrens hätte in die Vorlage einarbeitet werden können. Ihres Erachtens wird im vorliegenden Fall den Belangen des Baugesetzbuches mehr Rechnung getragen als denen des als gleichwertig anzusehenden Naturschutzgesetzes. Sie beantragt, heute keine Entscheidung zu treffen.

Herr Schiemer bittet die Verwaltung um Erklärung, warum die Ausweitung des Gebietes nach Norden nicht möglich ist, um die Magerwiesen zu schützen.

Herr Kubosch stellt klar, dass ein Abwägungsprozess zu möglichen alternativen Baugebietsabgrenzungen hätte durchgeführt werden müssen. Im Hinblick auf die ökologisch wertvollen Bereiche im betroffenen Gebiet hätte man das Areal nach Norden bzw. Nordosten ausdehnen können.

Die Herren Vetter und Schneider sind der Auffassung, dass der Schaffung neuer Wohngebiete in diesem Fall höhere Priorität einzuräumen ist, als den Belangen des Naturschutzes.

Herr Brede führt aus, dass sich eine Ausdehnung nach Norden schwierig gestaltet, da dort eine viel befahrene Straße verläuft. Weiterhin müssten kostenaufwendige Schallschutzmaßnahmen getroffen und eine zeitaufwendige Flächennutzungsplanänderung herbeigeführt werden. Im bisherigen Verfahren sind seiner Meinung nach sämtliche Kriterien der Umweltverträglichkeitsprüfung angemessen berücksichtigt.

Zum Entwässerungssystem zeigt Herr Schul auf, dass in Abstimmung mit dem staatlichen Umweltamt, dem Kreis Siegen-Wittgenstein und dem ESi Möglichkeiten zur Lösung der Versickerungsproblematik und zum Schutz des Quellgebietes gesehen werden. Diese sind jedoch erst im Rahmen der Ausführungs- und Genehmigungsplanung zu klären.

Das Problem liegt insbesondere im Abwasser von der Straße, das leicht verschmutzt ist, so Herr Rinder. Das vorgesehene Rigolensystem ist hierfür nicht ausreichend. Um den Biotopschutz angemessen zu würdigen, ist eine Verlegung der Baugebietsgrenzen in Betracht zu ziehen.

Herr H. Müller beantragt Schluss der Debatte.

Frau Strunk bedauert vor dem Hintergrund der qualitativ hochwertigen Beratung den

Antrag des Herrn H. Müller.

Der Ausschuss schließt sich dem Antrag auf Schluss der Debatte mehrheitlich bei Gegenstimmen der Fraktionen BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der SPD Fraktion. an.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
3. die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW;
4. den Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
5. die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" laut Anlage 3.

Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 1 dagegen, 1 Enthaltungen

**7. Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen;
hier: Mittelaufteilung**

Vorlagenr. 1831/2002

Herr Schiemer regt an, eine der kommenden Sitzungen bei einem der Antragsteller stattfinden zu lassen.

24. AfULE 09.04.2002

Beschluss:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2002 sowie der Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel beschließt der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie die Gewährung von Zuschüssen aus der HSt. 1.120.9500.4 für die mit a) bis c) benannten Projekte.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Sitzungen der städtischen Baumkommission am 14.02.2002 und 21.03.2002; Beschlussempfehlungen

Vorlagennr. 1851/2002

▶▶▶ Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nimmt Kenntnis.

24. AfULE 09.04.2002

9. Stellungnahme zum Antrag der UWG-Fraktion vom 05.02.2002 „Außerkraftsetzung / Änderung der städtischen Baumschutzsatzung“

Vorlagennr. 1852/2002

Herr Vetter ergreift das Wort und erklärt, dass gemäß der Sachverhaltsdarstellung der Verwaltungsvorlage eine Außerkraftsetzung der Satzung nicht mehr nötig ist. Dennoch hält er den Antrag dahingehend aufrecht, dass die Außenbereiche aus der Satzung herausgenommen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen in ihrer jetzigen Form beizubehalten.

Beratungsergebnis: 11 Stimmen dafür, 1 dagegen, 0 Enthaltungen

10. Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Stadtgärtnerei für das Jahr 2001 -

Vorlagennr. 1466/2001

Herr Düber informiert über das Votum der Projektgruppe Aufgabenkritik, die Stadtgärtnerei zu erhalten.

Er weist auf bereits durchgeführte Rationalisierungsmaßnahmen (temperaturabhängige Heizungssteuerung, Foliengewächshaus, geänderte Warmwasserversorgung) hin. Für die nähere Zukunft ist zudem angedacht, von der Bewässerung der Pflanzen mit Trinkwasser abzusehen und einen Stollen anzupumpen. Weiterhin ist geplant, eine automatische Bewässerungsanlage einzubauen, die die Notdienste an Wochenenden unnötig macht.

Zu dem mündlichen Ergänzungsantrag von Frau Strunk, ein Konzept zur nachhaltigen Bepflanzung städtischer Grünflächen mit mehrjährigen Stauden und Pflanzen zu entwickeln, führt Herr Düber aus, dass es im Stadtgebiet bereits Beete mit diesen Pflanzenarten gibt. Es sollen aus gärtnerischer Sicht jedoch auch die Jahreszeiten dargestellt werden, dazu ist ein regelmäßiger Wechsel der Bepflanzung unumgänglich.

Frau Strunk zieht ihren Antrag zurück.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nimmt die Vorlage zur Kenntnis und unterstützt nachhaltig den Erhalt der Stadtgärtnerei. Die Verwaltung wird aufgefordert, zusätzlich angemessene Sparmaßnahmen anzustreben.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

11. Alternativen zur Müllverbrennung in Iserlohn

Vorlagennr. 1830/2002

Herr Dr. Volz bemängelt das Siegener Entsorgungssystem und regt an, im Kreisgebiet Partner zu suchen, um eine einheitliche Müllentsorgung zu gewährleisten und Synergieeffekte zu erzielen.

Frau Strunk ist entgegen der Aussage in der Vorlage nicht der Ansicht, dass eine vertragliche Regelung zur Nutzung der Müllverbrennungsanlage in Iserlohn besteht. Sie bezweifelt, dass die „Technische Anleitung Siedlungsabfall“ (TASi) keine Alternativen zu einer thermischen Behandlung vor der Ablagerung von Abfallresten auf Deponien zulässt. Aus diesem Grund fordert sie die Verwaltung auf, bis zur nächsten Sitzung zu prüfen, ob und wie eine einheitliche Müllentsorgung im Kreisgebiet möglich ist und wie sich die Kostensituation darstellen würde.

►►► Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie wird die Beratung der Thematik in der nächsten Sitzung fortsetzen und erwartet die Zuladung

von Vertretern des Kreises Siegen-Wittgenstein und der Müllentsorgungsanlagen Rennerod und Iserlohn.

▶ ▶ ▶ Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nimmt Kenntnis.

24. AfULE 09.04.2002

12. Abfallwirtschaft

- Konzeption zur Planung und zum weiteren Ausbau des städtischen Wertstoffdepotnetzes 1997 und Folgejahre;
- Sachstand zum 31.12.2001

Vorlagennr. 1824/2002

▶ ▶ ▶ Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nimmt Kenntnis.

24. AfULE 09.04.2002

13. Beschaffung von Entsorgungssoftware für den Fachbereich 8, Abteilung Stadtreinigung

Vorlagennr. 1835/2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt die Beschaffung von Entsorgungssoftware für den Fachbereich 8, Stadtreinigung, wie folgt: 3 Module im Haushaltsjahr 2002 und weitere 3 Module im Haushaltsjahr 2003. Der Bürgermeister wird beauftragt das erforderliche Vergabeverfahren vorzubereiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

24. AfULE 09.04.2002

14. Kraftfahrzeugbeschaffungsprogramm 2002

Vorlagennr. 1836/2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt das Fahrzeugbeschaffungsprogramm 2002 und beauftragt den Bürgermeister, das erforderliche Vergabeverfahren vorzubereiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

24. AfULE 09.04.2002

15. Mitteilungen des Bürgermeisters

Die Ausführungen von Herrn Dr. Kraft bezüglich

- der Errichtung einer holzbetriebenen Kesselanlage,
 - der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und
 - dem Energieberatungsmobil der Energieagentur NRW in Siegen
- sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

24. AfULE 09.04.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9/1
Bearbeitet von: Herr Schlenther / Herr Sänger

Datum
12.12.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

| | |
|--|-------------------|
| Bezirksausschuss V - West | 12.03.2002 |
| Bezirksausschuss IV - Mitte | 12.03.2002 |
| Bezirksausschuss III - Ost | 12.03.2002 |
| Verkehrsausschuss | 12.03.2002 |
| Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie | 09.04.2002 |
| Rat | |
| Haupt- und Finanzausschuss | |
| Bauausschuss | |
| Wirtschaftsförderung und Liegenschaften | |

Betreff:

Verkehrsentwicklungsplan (VEP) Siegen-Mitte

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. den Verkehrsentwicklungsplan Siegen-Mitte mit dem Szenario Ökologie als Rahmenplan.

Der Verkehrsentwicklungsplan ist die zielführende Leitlinie für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen im Szenario Ökologie zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Mobilitätsbedürfnisse aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer im Stadtgebiet Siegen.

2. den Rechenfall 8 mit
 - Siegbergtunnel
 - Busspuren und
 - Verkehrsberuhigung Kölner Tor;

3. den 1982 vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Generalverkehrsplan für den Bereich Siegen-Mitte durch den VEP zu ersetzen;
4. den Planungsauftrag für die Erstellung der Unterlagen für das Linienbestimmungsverfahren (§ 37 StrWG NW);
5. die im Zusammenhang mit der Umweltverträglichkeitsstudie (UVS) für den Bau des Siegbertunnels (SBT) erstellten Fachbeiträge
 - "Verkehr"
 - "Bebaute Umwelt"
 - "Landschaft"
 der Bezirksregierung Arnsberg zur Einleitung des Linienbestimmungsverfahrens entsprechend des § 37 Abs. 2 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen zuzusenden;
6. für die Realisierung der in der Kosten-Wirksamkeits-Analyse aufgelisteten Einzelmaßnahmen - Kostenvolumen \approx 47 Mio. € (Anlage 6) - sind in jedem einzelnen Fall gesonderte Ratsbeschlüsse erforderlich.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|---|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
25.02.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

| | |
|--|-------------------|
| Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie | 09.04.2002 |
| Bezirksausschuss III - Ost | 10.04.2002 |
| Bauausschuss | 15.04.2002 |
| Haupt- und Finanzausschuss | 08.05.2002 |
| Rat | 22.05.2002 |

Betreff:

- I. Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost";**
hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
& Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
& Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
& Beschluss über die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß der als Anlage 1 beigefügten Abwägung zu behandeln; die Anlage ist Bestandteil der Beschlussfassung;
3. die Umsetzung der Ausnahmegenehmigung nach § 62 LG NW;
4. den Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
5. die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" laut Anlage 3.

Sachverhalt / Begründung:

1. Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" liegt an einem Südosthang und steigt vom Ortsteil Bürbach ca. 292 m ü. NN mit unterschiedlichen Neigungen bis zur Giersbergstraße (K 5) 372 m ü. NN an und wird in Teilbereichen noch landwirtschaftlich genutzt. Nach Norden und Osten umschließen zwei Kreisstraßen (K 4 und K 5) das Plangebiet.

Am Nordwestrand des Plangebietes auf dem Kirschberg liegt das so genannte "Bürbacher Wäldchen", eine aus heimischen Laubbäumen bestehende Forstfläche. Im Südwesten bildet eine ähnlich strukturierte Forstfläche mit einem geringen Anteil an Fichten-Forst den Abschluss. Im Nordwesten stößt das Plangebiet an eine Streusiedlung "Silberfuchs", die sich aus Restbeständen einer Wehrmachtseinrichtung des Zweiten Weltkrieges entwickelt und verfestigt hat. Im südlichen Bereich bilden Sukzessionsflächen den Abschluss zur Talaue des Bürbaches, während es im Südosten die Wiesengrundstücke oberhalb der Häuser an der Unteren und Oberen Dorfstraße sind.

Das Plangebiet ist ca. 37 ha groß und im Flächennutzungsplan der Stadt Siegen als Wohnbaufläche und Grünfläche dargestellt.

Der Bebauungsplan ist daher als aus dem FNP entwickelt anzusehen.

In neu ausgewiesenen Baugebieten, wie z. B. Kohrweg / Stimmerweg, wird anteilig auch die Möglichkeit des Kosten und Flächen sparenden Bauens vorgesehen.

Bei Grundstücksgrößen unter 400 m² ist die Möglichkeit der Bundes- und Landesförderung je nach der Höhe des Einkommens vorhanden. Es ist beabsichtigt, einen Anteil dieser Grundstücksgrößen von ca. 30 bis 40 % zu erreichen. Da es Vorsorgeaufgabe jeder Gemeinde ist, die Voraussetzung für die Erstellung und Pflege von Wohnraum zu schaffen, soll ein innenstadtnahes Wohngebiet im Stadtteil Bürbach entstehen. Der Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" schafft dazu die planungsrechtlichen Voraussetzungen.

Geplant ist ein qualitätvolles Wohnangebot für Bewohner unterschiedlichen Lebensalters und Familienstandes in Miet- und Eigentumsverhältnissen.

Unter Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Gegebenheiten, der vorhandenen Bebauung am Silberfuchs und der gewachsenen Struktur an der Oberen und Unteren Dorfstraße sollen ca. 570 Wohneinheiten (WE) entstehen.

Der Bedarf an weiteren Wohnungen in Siegen kann auch daraus abgeleitet werden, dass etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze im Oberzentrum von Einpendlern besetzt werden. 23.000 sozialversicherungspflichtige Pendler haben ihren Arbeitsplatz in Siegen, ihren Wohnort jedoch außerhalb. Aus struktureller und verkehrlicher Sicht ist anzustreben, möglichst viele Beschäftigte auch als Bewohner an Siegen zu binden.

Mit dem Gesetz zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie vom 27.07. 2001 (BGBl I 1950 ff.) ist neben dem UVPG und verschiedenen anderen umweltrelevanten Gesetzen auch das BauGB geändert worden. Künftig ergibt sich aus § 2 Abs. 3 Nr. 3 UVPG i. V. m. Anlage 1 (Liste der UVP-pflichtigen Vorhaben), für welche Bebauungspläne die Gemeinden eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchführen müssen.

Der Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" ist durch Ratsbeschluss der Stadt Siegen vom 20.01.1982 - Bekanntmachung am 12.02.1982 - eingeleitet worden. Im Jahre 1992 ist der ursprüngliche Aufstellungsbeschluss aufgehoben worden. Anschließend wurde ein neuer Aufstellungsbeschluss gefasst und die öffentliche Auslegung durchgeführt.

Nach erneuten Änderungen des Konzeptes wurde die 3. Offenlegung im Jahre 1995 beschlossen und durchgeführt. Selbst wenn man die Änderung der Konzeption im Jahre 1995 als "neues Planvorhaben" ansehen müsste, so läge in der 3. Offenlegung im Jahre 1995 auch konkludent der Planaufstellungsbeschluss. Das 1995 zur Offenlage gebrachte Plankonzept wurde dann im weiteren Verlauf im Wesentlichen beibehalten. Die Grundzüge der Planung blieben bei der erneuten Offenlage im Jahre 2001 unberührt.

Da nach der Offenlage 1995 Bedenken gegen die textlichen Festsetzungen bezüglich der Heizstoffproblematik bestanden, ist zu diesem Zeitpunkt kein Satzungsbeschluss gefasst worden. Doch seit Anfang 1998 wird an der Verwirklichung der Plankonzeption kontinuierlich gearbeitet, so dass man davon ausgehen kann, dass das derzeitige Planverfahren in der Zeit vor dem 14.03.1999 begonnen wurde.

Die Pflicht zur Durchführung der UVP bezüglich des im vergangenen Jahr geänderten UVPG / BauGB gilt also für den Bebauungsplan Nr. 247 nicht. Die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist deshalb nicht erforderlich.

Der Bebauungsplanentwurf hat in der Zeit vom 26.03. bis 26.04.2001 öffentlich ausgelegen. Ca. 300 Bürgerinnen und Bürger haben sich informiert. Einige haben Anregungen vorgebracht.

Von der Unteren Landschaftsbehörde und von den Umweltverbänden sind Hinweise auf Biotop nach § 62 LG NW vorgebracht worden. Die entsprechende Kartierung konnte erst nach Beginn der Wachstumsphase durchgeführt werden.

Am 06.06.2001 fand im o. g. Plangebiet eine Geländebegehung statt, an der neben einem Vertreter der LÖBF auch sachkundige Mitarbeiter der Stadt Siegen und der Unteren Landschaftsbehörde teilnahmen.

Ziel der Begehung war die **flächendeckende Untersuchung des Plangebietes** auf mögliche Vorkommen von Magerwiesen sowie eine Abgrenzung von Bereichen, bei denen die Voraussetzungen zur Ausweisung als geschützte Biotop gemäß § 62 LG gegeben sind. Neben dem Quellbereich im mittleren Plangebiet wurden einvernehmlich 5 Magerwiesen im westlichen Plangebiet neu kartiert, die aufgrund ihres hohen Anteils an Magerkeitsanzeigern und ihres guten Erhaltungszustandes unter den gesetzlichen Schutz nach § 62 LG fallen.

Im westlichen Plangebiet wurden auch außerhalb dieser 5 Flächen Bereiche mit Magerkeitsanzeigern angetroffen, die jedoch aufgrund ihrer Nutzung, der zu geringen Anzahl an Indikatorarten und ihres schlechteren Erhaltungszustandes nicht die Voraussetzungen zur Ausweisung gemäß § 62 LG erfüllten.

Insofern kann ausgeschlossen werden, dass außer den o.g. 5 Flächen weitere §-62-Biotopflächen übersehen wurden, obwohl sie tatsächlich vorhanden waren.

Die Kartierungen und Flächenabgrenzungen erfolgten nach anerkannten Methoden und Bewertungskriterien, wobei ein geeignetes Datum für die Kartierungen gewählt wurde, um einen möglichst großen Bestand an Magerkeitsanzeigern anzutreffen.

Diese Biotopflächen, die von einer Wohnbebauung betroffen sind, haben eine Größe von ca. 6.600 m².

Die anderen Biotopflächen liegen in den festgesetzten Ausgleichsflächen und sind somit gesichert.

Aufgrund des § 62 LG NW hat die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) nach der Offenlegung am 06.06.2001 die Biotopkartierungen vorgenommen.

Es handelt sich dabei um die im Plangebiet gelegenen Biotopflächen (Magerwiesen bzw. Weiden) und Feuchtgebiete

- (1) GB 5114 - 0001 - 2001,
- (2) GB 5114 - 0002 - 2001,
- (3) GB 5114 - 0003 - 2001,
- (4) GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich),
- (5) GB 5114 - 0005 - 2001,
- (6) GB 5114 - 0006 - 2001,
- (7) GB 5113 - 00030.

Die zuletzt genannten drei Biotopflächen werden durch die Bauleitplanung nicht tangiert. Bezüglich des Quellbereiches sind mögliche Beeinträchtigungen minimiert.

Wegen der drei zuerst genannten Biotopflächen beantragte die Stadt Siegen am 03.07.2001 bei der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein die Erteilung einer Ausnahme von den für gesetzlich geschützte Biotopflächen geltenden Verboten. Dieser Antrag wurde u. a. damit begründet, dass die geschützten Flächen weniger als 2 % des gesamten Planbereiches umfassen und nicht mehr mit vertretbarem planerischen Aufwand aus dem Plangebiet ausgeklammert werden können. Wegen der weiteren Biotopflächen wurde keine Ausnahmegenehmigung beantragt, weil diese im Zuge der Bauleitplanung im Bereich von Grünflächen- / Ausgleichsflächen liegen und deshalb störende Eingriffe nicht zu erwarten sind. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein erteilte am 07.09.2001 die beantragte Ausnahmegenehmigung.

Gegen diesen Bescheid legte der NABU mit Schreiben vom 04.10.2001 Widerspruch ein. Der NABU setzt sich gegen die Ausnahmegenehmigung bezüglich der drei zuerst genannten Biotope zur Wehr. Zur Begründung führte er u. a. aus, dass auch das Biotop GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich) mit Wohnbauflächen teilweise überplant und durch eine Straßenführung (neue Planstraße 1) beeinträchtigt werde. Im Übrigen seien weitere Flächen zwischen den drei oben zuerst genannten Magerwiesen als Biotope schützenswert, so dass auch insoweit eine Ausnahme hätte beantragt werden müssen.

Der Widerspruch des NABU ist durch Widerspruchsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom Januar 2002 zurückgewiesen worden.

Mit Datum vom 26.10.2001 hat die Stadt Siegen den Antrag auf sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides vom 07.09.2001 gestellt.

Die ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein hat mit Verfügung vom 24.01. 2002 die sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides verfügt.
Eine Kopie der Verfügung ist als Anlage 2 beigelegt.

Im Norden der Ausgleichsfläche Obstwiese Im Siefen wird ein Fußweg um ca. 5 m nach Norden verschoben werden, um die Biotopfläche (**GB 5114 - 0006 - 2001**) nicht mehr zu belasten.

Nach der Beteiligung der betroffenen Grundstückseigentümer und der berührten Träger öffentlicher Belange (TÖB) wird Folgendes geändert :

- & Der geplante Fußweg in der Obstwiese oberhalb des Biotopes **GB 5114 - 0006 - 2001** (im nördlichen Bereich des Siefens gelegen) wird aus dem Biotop herausgenommen und nach Norden um ca. 5 m verschoben.
- & Die geplante Bepflanzung des Quellbereiches und des Wasserlaufes in der Ausgleichsfläche A mit Baumgruppen und Büschen wird nicht vorgenommen. Es bleibt bei dem vorhandenen unbepflanzten Feuchtbereich.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja, bei Realisierung der Maßnahme ☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|---|
| | | | | <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen: 4



Anlage 1

Bauleitplanung der Stadt Siegen im Stadtteil Siegen-Bürbach

Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost"

Abwägung / Stellungnahmen zu den eingegangenen Anregungen der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und Bürgerinnen und Bürger

1. Stellungnahme zum Schreiben des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 19.04.2001

Die Planungen und Maßnahmen des Kreises Siegen-Wittgenstein werden nicht berührt.

Ein Hinweis zu evtl. vorhandenen Biotopen nach § 62 LG NW wird vorgebracht. Außerdem wird angekündigt, dass bei entsprechender Vegetationsentwicklung die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) diesen Hinweis anhand einer Kartierung und Bewertung prüfen wird.

Der Hinweis ist zur Kenntnis genommen worden. Die Kartierung der LÖBF hat zwischenzeitlich stattgefunden.

Der Stadt Siegen ist das Ergebnis mitgeteilt worden.

2. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Dorfstraße 39

Der Anlieger möchte seine z. Z. außerhalb des Plangebietes liegenden Flurstücke miterschlossen haben.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist während der Bearbeitung auf die notwendigen erschließungsfähigen Bau- und Ausgleichsflächen verkleinert worden ohne Berücksichtigung der Besitzverhältnisse.

Der Hinweis, die Planung wäre auf die städt. Flächen konzentriert worden, zielt ins Leere, da gerade im Osten städt. Flächen in großem Maße der Verkleinerung des Plangebietes zum Opfer gefallen sind.

Das angesprochene Flurstück liegt unterhalb der noch zu erschließenden Baugrundstücke. Die Randlage dieses Grundstückes ermöglicht keine Erschließung aus dem Plangebiet und liegt außerdem unterhalb des vorhandenen Dorfrandgürtels mit ökologisch wertvollem Bewuchs, der die Abrundung des vorhandenen Ortsteiles Bürbach darstellt. Auch von der Straße "Am Bill" ist eine Erschließung wegen der Steigungs- und Grundbesitzverhältnisse nicht möglich. Eine Erschließung vom Turnhallenweg ist wegen der topographischen Gegebenheiten und wegen vorhandener Landschaftsschutzflächen nicht möglich.

Die Hereinnahme ins Plangebiet, nur um die Größe der Ausgleichsflächen zu erhöhen, kommt aus wirtschaftlichen und städtebaulichen Gründen nicht zum Tragen.

Außerdem sind die Flächen des Dorfrandgürtels so wertvoll, dass ein Ausgleich dieser Flächen nur unter großem Einsatz von gut ausgestalteten Ausgleichsflächen möglich ist, zum Nachteil der Bauwilligen, die dieses letztendlich finanzieren müssten.

3. Stellungnahme zum Schreiben des Eigentümers des Flurstückes 156 in der Flur 1 vom 07.03.2001

Der Eigentümer weist darauf hin, dass sein Flurstück außerhalb des Plangebietes liegt und er damit gerne ins Plangebiet möchte.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes ist während der Bearbeitung auf die notwendigen erschließungsfähigen Bauflächen und die erforderlichen Ausgleichsflächen verkleinert worden. Das angesprochene Flurstück liegt unterhalb der noch zu erschließenden Baugrundstücke.

Die Randlage dieses Grundstückes ermöglicht keine Erschließung aus dem Plangebiet und außerdem grenzt es direkt an den Dorfrandgürtel, der das neue Baugebiet umgibt und zu erhalten ist. Dieser Grüngürtel besteht teilweise auch aus ökologisch wertvollem Bewuchs, der auf jeden Fall zu erhalten ist. Eine Bebauung dieser Flächen ist nicht sinnvoll, da hier sehr stark in die alte Substanz des Bewuchses eingegriffen würde. Dem Wunsch des Eigentümers auf Einbeziehung in das Plangebiet kann nicht gefolgt werden.

4. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Im Wiesengarten 8 vom 27.03.2001

Die Anlieger erwarten aufgrund der Bebauung des Giersberges insgesamt und speziell des Turnhallenweges eine Verschlechterung der klimatologischen Situation auf ihrem Grundstück.

Der Wegfall der Bebauung am Turnhallenweg würde diesbezüglich positive Effekte haben.

Die Bebauung des Giersberghanges wird keine gravierenden klimatologischen Veränderungen erzeugen, da die Fläche hierfür insgesamt größtmäßig zu unbedeutend ist.

Außerdem ist die Bebauung höhenmäßig so begrenzt, dass der Abfluss der Kaltluftmassen weiterhin gewährleistet ist, wie es auch schon so im "Klimagutachten" beschrieben ist. Die geringe Anzahl der Baukörper am Turnhallenweg hat hierauf keinen Einfluss. Insgesamt ist durch die Ausgestaltung des bis zu 300 m breiten Siefens der Abfluss der Luftströme gewährleistet.

Ob die vorhandene Turnhalle ausgebaut bzw. erweitert wird, steht z. Z. noch nicht fest. Die dann erforderlichen Stellplätze sind nur im Gesamtkonzept der Erweiterung zu sehen und zu bewerten. Den Anregungen kann somit nicht gefolgt werden.

5. Stellungnahme zum Schreiben der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe vom 13.03.2001

Die Landwirtschaftskammer hält die Anregungen hinsichtlich der Stellungnahme vom 15.11.2000 aufrecht.

In dieser Stellungnahme war auf die Existenzgefährdung von zwei Landwirten hingewiesen worden, die im Plangebiet des Bebauungsplanes auf Pachtflächen Landwirtschaft betreiben.

Im Zuge des Planverfahrens wurden hinsichtlich der bei Realisierung des Bebauungsplanes verlorengehenden landwirtschaftlichen Nutzfläche Gespräche mit der Landwirtschaftskammer und dem betroffenen ansässigen Landwirt geführt. Der außerdem betroffene, inzwischen in Kirchen / Kreis Altenkirchen ansässige landwirtschaftliche Betrieb hat sich hieran trotz mehrfacher Aufforderung nicht beteiligt. Hieraus ist zu schließen, dass dieser Betrieb an einer weiteren Anpachtung der von ihm derzeit noch genutzten Flächen im Stadtteil Bürbach und in benachbarten Bereichen kein Interesse mehr hat. Daher ist das Pachtverhältnis für diese Flächen zum 31.12.2002 durch die Stadt Siegen gekündigt worden. Diese dann frei werdenden landwirtschaftlichen Flächen sollen dem in Bürbach ansässigen Landwirt, der den Betrieb als Familienbetrieb mit Nachfolger betreibt, zur Pacht angeboten werden. Dessen Beeinträchtigungen durch verloren gegangene Pachtflächen im Plangebiet können so teilweise ausgeglichen werden.

Im nordwestlichen Bereich - oberhalb der Giersbergstraße gelegen - werden dem Landwirt von der Stadt Siegen Pachtflächen angeboten, die von der Bodenqualität als wertvoller angesehen werden können.

Ein weiterer Flächenausgleich für ihn ist möglich, wenn nach Umsetzung des Bebauungsplanes die festgesetzten öffentlichen und privaten Grünflächen, wie z. B. Obstwiesen, ihm pacht- oder leihweise zur Nutzung überlassen werden, da auch auf den Obstwiesen eine entsprechende Mahd pro Jahr erforderlich ist.

Auf diesen zuvor angesprochenen Flächen sind aber gewisse Einschränkungen - wie z. B. nur als Mähwiese oder nur als Viehweide mit eingeschränkter Anzahl von Tieren nutzbar - vorgesehen. Wenn über diese Maßnahmen hinaus noch ein weiterer Bedarf an Pachtflächen für die Existenzsicherung des landwirtschaftlichen Betriebes besteht, wird die Stadt Siegen selbstverständlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten behilflich sein. Somit werden die Anregungen berücksichtigt.

6. Stellungnahme zum Schreiben des Landesbüros der Naturschutzverbände vom 19.03.2001

Das Landesbüro weist auf evtl. vorhandene Biotop nach § 62 LG NW hin und stellt den besonderen Schutz dieser Flächen dar.

Dass diese Art von Biotopen im Plangebiet vorhanden ist, war bisher nicht kartiert und daher auch nicht bekannt. Eine Kartierung durch die LÖBF NW am 06.06.2001 hat dieses entsprechend dargestellt.

Für deren teilweise Überplanung der Biotop ist eine Ausnahmegenehmigung am 03.07.2001 bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein beantragt worden.

Diese Ausnahmegenehmigung ist am 07.09.2001 mit Auflagen erteilt worden. Außerdem ist der Widerspruch gegen die Ausnahmegenehmigung durch die Bezirksregierung Arnsberg zurückgewiesen worden.

Somit ist der Hinweis berücksichtigt worden.

7. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Dorfstraße 37 vom 02.02.2001

Es wird im Grundsatz auf die Stellungnahme für die Anlieger des Turnhallenweges hingewiesen.

Der Turnhallenweg erschließt derzeit zwei vorhandene Wohnhäuser, eine Turnhalle und das Ev. Gemeindezentrum mit Parkplätzen für v. g. Nutzungen. Die vorhandene Erschließung erfolgt über asphaltierte Feldwege mit teilweisen Eingengungen auf ca. 2,50 m Breite. Die derzeitigen Steigungsverhältnisse betragen ca. 10 %.

Diese derzeitigen schlechten Erschließungsverhältnisse - auch unter feuerpolizeilichen Gesichtspunkten - bedingen den Ausbau des Turnhallenweges, um auch Rettungsfahrzeugen das Befahren zu ermöglichen. Wegen fehlender Parkplätze an der Turnhalle und dem Gemeindezentrum werden die Wegeflächen zum Abstellen der Fahrzeuge zweckentfremdet, so dass in einem Notfall kein Durchkommen für Einsatzfahrzeuge möglich ist. Dieser derzeitige Zustand ist so nicht hinnehmbar und deshalb soll der Turnhallenweg auf das Mindestmaß an Erschließungsbreite ausgebaut werden.

Um die unterliegenden Grundstücke so wenig wie möglich mit Böschungsflächen zu belasten und den Eingriff so gering wie notwendig zu halten, ist zur Abfangung des Straßenkörpers auf den Grundstücken der Anlieger Obere Dorfstraße, Haus-Nr. 31 und 33 und im geringen Maße auch Nr. 35, das Errichten einer Stützmauer auf einer Länge von ca. 25 m erforderlich.

Um die erforderlichen Erschließungskosten besser auf mehrere Anlieger verteilen zu können, ist an der Turnhalle eine kleinere Wohnbaufläche für ca. 10 Baugrundstücke geplant. Die Schaffung einer so ortskernnahen Wohnbaufläche liegt im Interesse der Stadt Siegen, zumal auch im Anschluss an das Ev. Gemeindezentrum ein Pfarrhaus geplant ist.

Die zusätzliche Verkehrsmenge durch diese geringe Anzahl der Neubauten hat im Verhältnis zum Verkehrsaufkommen durch die anderen Einrichtungen kaum Auswirkungen. Außerdem ist der Abtransport des Hausmülls durch die Müllfahrzeuge gewährleistet.

Eine Einschränkung der Wohnqualität durch die zusätzliche Wohnbebauung ist nicht festzustellen. Zum verkehrsgerechten Ausbau des Turnhallenweges auf Minimalanforderungen gibt es keine Alternative. Bei der Durchführung der Straßenplanung Turnhallenweg könnten notfalls Entschädigungszahlungen an die Unterlieger zu leisten sein. Die Anregungen werden zurückgewiesen.

Aus den zuvor genannten Gründen werden die Anregungen nicht berücksichtigt.

8. Stellungnahme zum Schreiben vom 17.01.2001 des Anliegers Im Wiesental 49

Der Miteigentümer der Flurstücke 134 / 135 bittet, den Planbereich so zu erweitern, dass von dem Anteil des erworbenen Grundstückes mehr im Bebauungsplangebiet liegt, um somit in der Umlegung mehr Bauland zu erhalten.

Das Plangebiet ist soweit reduziert worden, um an den Rändern der Bebauung die privaten Grünflächen zu minimieren und erschließbare Baugrundstücke zu erhalten. Auch bei den angesprochenen Grundstücken ist so verfahren worden. Es liegen ca. 60 % des gesamten Flurstückes (1.954 m²) innerhalb des Plangebietes. Somit ist gewährleistet, dass ein zuteilungsfähiges Baugrundstück entstehen und es von dem Miteigentümer bebaut werden kann.

Somit ist dem Wunsch z. T. schon entsprochen.

9. Stellungnahme zum Schreiben der Arbeitsgemeinschaft der Bürbacher Vereine vom 02.02.2001

Die Arbeitsgemeinschaft regt an, den Turnhallenweg nicht auszubauen, die geplante Wohnbebauung aufzugeben, weil der Ausbau der Turnhalle zu einem Bürgerhaus zu erheblichen Belastungen der Wohnbebauung führt und deshalb mit Einschränkungen hinsichtlich der Nutzung befürchtet wird.

Bezüglich der Argumente zur neuen Wohnbaufläche am Turnhallenweg wird auf die Stellungnahme (Ziff. 11) für die Anlieger des Turnhallenweges verwiesen.

Die in den Anregungen aufgeführten Einlassungen zur Reduzierung des vorgesehenen Ausbauquerschnittes des Turnhallenweges sind zurückzuweisen, da die dargestellte Breite von insgesamt 6,00 m eine Mindestanforderung darstellt. Bei der projektierten Längsneigung von ca. 12 % kann diese Straße nicht verkehrsberuhigt ausgebaut werden. Sie muss im Separationsprinzip hergestellt werden, so dass eine Begegnung von Pkw / Pkw ohne Inanspruchnahme von Gehwegflächen möglich ist. Ein Mitbenutzen der Gehwegflächen beim Begegnungsfall Lkw / Pkw kann aufgrund der seltenen Lkw-Fahrten geduldet werden.

Es wird aber darauf hingewiesen, dass bei einem weiteren Ausbau der vorhandenen Turnhalle zu einem Bürgerhaus gerade diese erweiterte Nutzung mit erheblich größerem Verkehrsaufkommen einen Ausbau des Turnhallenweges nach sich zieht. Aus diesem Grunde ist ein Ausbau des Turnhallenweges auch unabhängig von der geplanten Wohnbebauung erforderlich.

Ohne die erforderliche Unterbringung des ruhenden Verkehrs ohne Behinderung des durchfahrenden Verkehrs auf entsprechende Stellplätze ist eine Erweiterung der Nutzung der Turnhalle nicht machbar, ja sie würde geradezu ein Gefahrenpotential produzieren, wenn die genannten Rahmenbedingungen nicht geschaffen würden.

Der zusätzliche Fahrverkehr von den geplanten 10 Wohnhäusern ist im Gegensatz zu dem vorhandenen als sehr gering anzusehen. Außerdem gibt es zum notwendigen Ausbau des Turnhallenweges auf Minimalstandard schon aus Sicherheitsgründen keine Alternative. Schon für die vorhandene Bebauung ist die Müllentsorgung ungelöst und die Erschließung nicht gesichert.

Den Anregungen der Arbeitsgemeinschaft kann daher nicht gefolgt werden. Sie werden nicht berücksichtigt.

10. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Lützowstraße 8 vom 05.03.2001

Der Eigentümer des Flurstückes 4 der Flur 5 in der Gemarkung Bürbach bemängelt, dass nur die Hälfte seines Grundstückes innerhalb des Bebauungsplangebietes liegt und er erwartet, dass das gesamte Grundstück mit in das Plangebiet einbezogen wird.

Gegenüber dem Aufstellungsbeschluss aus dem Jahre 1984 hat sich bei der Entwicklung der Plankonzeption herausgestellt, dass das o. g. Grundstück nur zur Hälfte von der Erschließungsstraße betroffen ist und deshalb auch im Plangebiet liegt. Die Restfläche wird für den Bebauungsplan nicht benötigt und kann wie bisher genutzt werden.

Daher kann dem Wunsch des Anliegers nicht gefolgt werden.

11. Stellungnahme zum Schreiben vom 04.02.2001 der Anlieger des Turnhallenweges

Die Anlieger regen an, den Turnhallenweg nur mit einer Breite von 4 m ohne Gehwege auszubauen, die geplanten ca. 10 Wohneinheiten, den Wendehammer und das Befahren der Müllabfuhr entfallen zu lassen.

Die in den Anregungen aufgeführten Einlassungen zur Reduzierung des vorgesehenen Ausbauquerschnittes des Turnhallenweges sind zurückzuweisen, da die dargestellte Breite von insgesamt 6,00 m eine Mindestanforderung darstellt. Bei der projektierten Längsneigung von ca. 12 % kann diese Straße nicht verkehrsberuhigt ausgebaut werden. Sie muss im Separationsprinzip hergestellt werden, so dass eine Begegnung von Pkw / Pkw ohne Inanspruchnahme von Gehwegflächen möglich ist. Ein Mitbenutzen der Gehwegflächen beim Begegnungsfall Lkw / Pkw kann aufgrund der seltenen Lkw-Fahrten geduldet werden.

Außerdem liegt eine Stellungnahme eines anderen Anliegers vor, der darauf hinweist, doch endlich die Müllabfuhr in den Turnhallenweg fahren zu lassen, da er selbst zu alt wird, um den schweren Mülleimer an den Standort "Untere Dorfstraße" zu befördern. Auch der Wegfall der geplanten Wohneinheiten am Ende des Turnhallenweges führt zu erheblichen Kostensteigerungen bei den Erschließungskosten, da die Kosten nicht auf viele Grundstücke verteilt werden könnten.

Außerdem sind nach den Darstellungen des FNP der Stadt Siegen diese als "Reines Wohngebiet" (WR) und Gemeinbedarfsfläche / Grünfläche dargestellt und im Entwurf des Bebauungsplanes sind diese Flächen als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) festgesetzt. Hieraus ist natürlich eine gewisse Erwartungshaltung der Grundstückseigentümer auf Baulandqualität ihrer Grundstücke entstanden.

Weiterhin ist mit der Kirchengemeinde für den Bau eines geplanten Pfarrhauses ein Grundstückstausch durchgeführt worden. Die Kirchengemeinde geht derzeit davon aus, auf diesem Grundstück ein entsprechendes Gebäude errichten zu können.

Besondere Beachtung muss auch der derzeitigen und gewünschten öfteren Nutzung der Turnhalle geschenkt werden, damit bei Veranstaltungen mit vielen Besuchern auch Notfahrzeuge die Halle zügig ohne Umwege erreichen können. Das Gleiche gilt für die Müllabfuhr. Außerdem gibt es zum notwendigen Ausbau des Turnhallenweges auf Minimalstandard schon aus Sicherheitsgründen keine Alternative. Schon bei der heutigen Nutzung der Turnhalle und des Ev. Gemeindezentrums muss der Turnhallenweg ausgebaut werden. Eine Wendefläche ist am Ende des Turnhallenweges notwendig, damit Fahrzeuge dort wenden können.

Daher kann den Anregungen der Anlieger nicht gefolgt werden.

12. Stellungnahme zum Schreiben des Anliegers Flur 5 Flurstück 6 vom 01.04.2001

Das im letzten Absatz genannte Flurstück liegt außerhalb des Plangebietes. Die Stadt Siegen ist zwar im Grundsatz zum Erwerb des Grundstückes bereit, allerdings zu einem Preis für landwirtschaftliche Flächen gemäß Ausweisung im FNP. Ob der Eigentümer auf dieser Basis weiterhin zum Verkauf bereit ist, steht derzeit noch nicht fest.

Das Ergebnis der im April 2001 aufgenommenen und noch laufenden Verhandlungen mit dem Eigentümer bleibt abzuwarten.

13. Stellungnahme zum Schreiben des BUND-KG Siegen-Wittgenstein vom 06.04.2001

Der Vertreter des BUND-KG hat gegen die grundsätzliche Ausweisung von Bauflächen nichts einzuwenden, doch hinterfragt er, ob diese Anzahl notwendig ist und ob hier nicht reduziert werden müsste. Außerdem wird auf die § 62 LG NW-Biotop, eine Verkleinerung der Bauflächen und auf Frischluftschneisen hingewiesen.

Auch wird auf die "gutachterliche Stellungnahme" zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" von einem Bürbacher Bürger aufmerksam gemacht, des Weiteren wird eine realistische Ökobilanz vermisst und es werden Vorschläge zur Ausgleichsbilanzierung gemacht.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes mit ca. 550 WE ist z. Z. die größte in Planung stehende Wohnbaufläche der Stadt Siegen mit oberster Priorität für die Umsetzung. Dieses wird auch im Wohnbauflächenkonzept so dargestellt.

Aufgrund der guten Infrastruktur und der innenstadtnahen Lage zu zwei Einkaufs- und Erlebniszonen (Stadt der kurzen Wege) und dem hohen städt. Anteil von ca. 60 % an den Einwurfsgrundstücken hat der Rat der Stadt Siegen in seinem Beschluss vom 27.06.2001 nochmals dargelegt, welchen hohen Stellenwert diesem Baugebiet zugemessen wird.

Bei einer realistischen Umsetzungsdauer von 10 Jahren sind 550 WE, also ca. 55 WE pro Jahr an Neubauten am Giersberg keine große Dimension. Wenn man dann noch die besondere attraktive Lage dieses Südosthanges betrachtet, ist diese Größenordnung mehr als gerechtfertigt.

Eine Frischluftschneise ist in einer Breite von ca. 300 m am Übergang zur vorhandenen Ortslage vorgesehen und entsprechend gestaltet. Das Klimagutachten vom DWD Essen zeigt auf, dass z. Z. auch schon keine optimalen Be- und Durchlüftungsverhältnisse herrschen. Deshalb sind die Empfehlungen, wie die Erhöhung der eingeschossigen Bauweise, Reduzierung der Höhe des Geschosswohnungsbaues und Begrenzung der Baukörperlängen auf 25 m, in der Begründung entsprechend erläutert und teilweise im Bebauungsplan festgesetzt.

Die Ökobilanz ist an einem realistischen Berechnungsmodell der Eingriffs- und Ausgleichsregelung berechnet, welche mit der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein abgestimmt ist. Es wird ein Ausgleich von ca. 86 % erreicht, der als ausreichend angesehen wird.

Dieser Prozentsatz kann noch gesteigert werden, wenn Bauherren vermehrt ihre Garagen und Häuser mit Fassadenbegrünungen und Gründächern versehen. Doch liegt dies alleine im Eigeninteresse des Bauherren.

Die Anlage von Waldrandbepflanzungen nimmt selbstverständlich auf bereits vorhandene Strukturen Rücksicht und erhält diese. Dort, wo kein Waldrand vorhanden ist, soll er angelegt werden. Nicht der 50-jährige Eichenbestand soll auf den Stock gesetzt werden, sondern nur die vorhandenen Unterpflanzungen und die Baubereiche, um eine Verjüngung der Bestände zu erreichen und einer Verkräutung vorzubeugen.

Die gewünschte Herausnahme der kartierten Biotope nach § 62 LG NW aus den geplanten Flächen betrifft nur noch die Biotope (Magerwiesen), die in der geplanten Wohnbaufläche liegen (**GB 5114 - 0001 / 0002 / 0003 - 2001**).

Die anderen Biotope (**GB 5114 - 0004 / 0005 - 2001**) liegen flächenmäßig in der geplanten Ausgleichsfläche und sind somit von erheblichen oder nachteiligen Beeinträchtigungen oder Zerstörungen geschützt.

Aus dem Biotop (**GB 5114 - 0006 - 2001**), welches am nördlichen Rand von einem geplanten Fußweg betroffen ist, wird der Fußweg ca. 5 m nach Norden aus der Biotopfläche heraus verschoben, so dass keine Beeinträchtigungen mehr gegeben sind.

Somit wird der Anregung gefolgt.

Die Bepflanzung des Feuchtbiotopes "Bach" im Siefen mit Erlen und Gehölz wird nicht durchgeführt.

Somit wird dem Wunsch des BUND entsprochen.

Die anderen Hinweise zur Frischluftschneise, Ökobilanz und Waldrandbepflanzung sind teilweise schon im Bebauungsplan berücksichtigt.

Weitergehend werden sie nicht berücksichtigt.

14. Stellungnahme zum Schreiben vom 23.02.2001 und zum Protokoll vom 24.04.2001 als Nachtrag des Anliegers Turnhallenweg 6

Der Anlieger bemängelt den schlechten Zustand des Turnhallenweges, die schlechte Beleuchtung und die fehlende Müllabfuhr.

Weitergehende Fragen betreffen die Versickerung allgemein und die Erfahrung damit und die Höhe der Erschließungskosten, da der Anlieger diese schon 1968 nachweislich bezahlt hat.

Wenn der Turnhallenweg auf der Grundlage des Entwurfes ausgebaut wird, geht dies nur, wenn die Unterlieger hierfür geringe Flächen von ihren Grundstücken für diesen Ausbau abgeben. Nur dann kann der Turnhallenweg verkehrsgerecht ausgebaut werden. Zum Versickerungsverfahren wird wie folgt Stellung genommen:

Das Versickerungsverfahren bemisst sich nach den einschlägig geltenden Bemessungsgrundsätzen der Fachliteratur (ATV-Arbeitsblatt A 138). Nach den örtlichen Gegebenheiten ist grundsätzlich eine Versickerung möglich. Die Versickerungsanlagen sind ausreichend bemessen, die anfallenden Niederschlagswässer aus dem Plangebiet mit einer 10-jährigen Versagenshäufigkeit aufzunehmen. In der Langzeitsimulation der geplanten Rigolensysteme wurde der Nachweis geführt, dass in 22 Jahren die Rigolensysteme maximal zweimal überlaufen.

Die selteneren extremen Ereignisse werden nach Ausnutzung der Speicherkapazität des Rigolen- und Rohrsystems im Wesentlichen dem Siefen über Mulden zugeleitet. Die Überläufe des Versickerungssystems erfolgen über die belebte Bodenzone größtenteils mittels Mulden oder breitflächig. Ausnahme bildet der Überlauf des Rigolen- und Rohrsystems im Bereich "Turnhalle" in die Mischwasserkanalisation. Hier kam es in der Langzeitsimulation über 22 Jahre aufgrund der Bemessung zu keinem Überlaufereignis.

Erdberührende Außenwände und die Bodenplatten der Untergeschosse sind bei Bedarf druckwasserdicht auszubilden.

Versickerungsverfahren zur Niederschlagswasserbeseitigung sind fachlich anerkannt und werden in der Praxis bereits jahrelang umgesetzt, in einigen Bundesländern bereits seit Jahrzehnten. Über konkrete, vergleichbare Versickerungsverfahren, die bereits gebaut wurden und Erfahrungswerten hierzu, können die zuständigen Aufsichtsbehörden / Wasserbehörden Auskunft erteilen.

Mit dem vorgesehenen Entwässerungssystem werden die gesetzlichen Vorgaben des § 51 a Landeswassergesetz NW umgesetzt. Das Entwässerungssystem entspricht den gesetzlichen und fachtechnischen Anforderungen.

Die Rigolen- und Rohrversickerung ist legitim für die Beseitigung von gering verschmutztem Niederschlagswasser gemäß Ziff. 12.3 des RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 18.05.1998 zum § 51 a LWG, das im geplanten Baugebiet "Giersberg-Ost" anfällt.

Die Gefahr eines Unfalls mit wassergefährdenden Stoffen wurde in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden in einem Reinen und Allgemeinen Wohngebiet als "unkritisch" angesehen. Jedenfalls stehen derartige abstrakte Polizeigefahren der vorgesehenen Entwässerungsplanung nicht entgegen. Der Möglichkeit einer direkten Grundwasserverunreinigung wird durch konstruktive Maßnahmen (u. A. Kontrollschacht mit Rigolenüberlaufvorrichtung, Teilfilterrohr) entgegengewirkt.

Ob die Erschließungskosten nachweislich 1968 entrichtet wurden, wird von der Verwaltung geprüft.

Somit sind die Fragen beantwortet und berücksichtigt.

15. Stellungnahme zum Schreiben des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW vom 25.04.2001

Gegen den Bebauungsplan bestehen erhebliche Bedenken. Diese betreffen im Einzelnen den § 62 LG NW, die mangelhafte Anwendung der Eingriffsregelung gem. § 4 bis 6 LG NW mit den Kompensationsmaßnahmen und dem Waldabstand.

Zum Anfang der Stellungnahme muss kurz klargestellt werden, dass die gesetzlichen Vorgaben die Planung dahingehend verpflichten, die natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu sichern. Die grundlegenden Vorschriften zur Eingriffsregelung finden sich in dem § 1 a BauGB.

Die Gemeinde ist bei der Planaufstellung demgemäß verpflichtet, zu ermitteln und zu entscheiden, ob vermeidbare Beeinträchtigungen zu unterlassen und unvermeidbare Beeinträchtigungen auszugleichen sind. Dieser Vorgang muss den Anforderungen des planungsrechtlichen Abwägungsgebotes gem. § 1 Abs. 6 BauGB entsprechen. Dieses ist bei diesem Bebauungsplanverfahren entsprechend berücksichtigt.

Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes haben keinen abstrakten Vorrang vor den in der Bauleitplanung zu berücksichtigenden anderen Belangen.

Die Belange müssen sich mit den städtebaulichen Erfordernissen messen lassen entsprechend dem ihnen in der konkreten Planungssituation zukommenden Gewicht.

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung ist nicht striktes Recht, sondern Teil der gemeindlichen Abwägung. § 8 a Abs. 1 S. 1 Bundesnaturschutzgesetz, der die Belange des Naturschutzes lediglich strukturiert und konkretisiert, stellt im Übrigen klar, dass die Regelung nicht erst im konkreten Baugenehmigungsverfahren, sondern bereits im Planaufstellungsverfahren gemäß BauGB erfolgen muss.

Der Gesetzgeber hat durch Verweisung auf das Verfahren nach dem BauGB Gewichtsvorgaben für den Abwägungsvorgang gemacht.

Den Gemeinden werden durch § 1 Abs. 5 S. 1 BauGB Ziele vorgegeben, die zwar nicht unüberwindbar sind, denen jedoch erhöhtes inneres Gewicht zukommt. Demgemäß ist Naturschutz eines der programmatischen Hauptziele jeder Bauleitplanung und wird entsprechend berücksichtigt.

Zu den einzelnen vorgebrachten Punkten wird wie folgt Stellung genommen:

Klima

Durch die geplante Bebauung des Giersberg-Hanges kommt es zwar zu einer Reduzierung nächtlicher, hangabwärts gerichteter Kaltluftabflüsse, eine vollständige Unterbindung tritt jedoch nicht ein. Vor allem im unteren Hangbereich, in der hangabwärts verlaufenden mittleren Grünzone sowie auf den östlich gelegenen Hängen sind noch offene Kaltluft produzierende Gebiete vorhanden, die bei austauscharmen Wetterlagen zur Frischluftversorgung der Ortslage Bürbach beitragen.

Bei dem Übergang zur vorhandenen Bebauung hat diese Grünfläche eine Breite von ca. 300 m. Diese Breite wird auch weiterhin den **Abfluss der Kaltluftströme** ermöglichen. **Somit sind die Hinweise berücksichtigt.**

Lufthygiene

Trotz der topographisch bedingten eingeschränkten Luftzirkulation bei Inversionswetterlagen ist die Tallage Bürbach unter lufthygienischen Gesichtspunkten als unauffällig einzustufen. Dies kann aus den Ergebnissen mehrerer Luftgüteuntersuchungen abgeleitet werden, die zuletzt im Jahr 2000 im Stadtgebiet Siegen durchgeführt wurden.

Mit kontinuierlich aufzeichnenden Messcontainern auf dem Giersberg (Kuppenlage) - ca. 600 m vom Plangebiet entfernt - bzw. in der Innenstadt (Tallage) wurden im Zeitraum Juli - Dezember 2000 die Konzentrationen der Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Gesamt-Schwebstaub, Stickoxide und Ozon ermittelt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass bei allen untersuchten Parametern die gemessenen Konzentrationen (Monatsmittel / Halbstunden-Maximalwerte) deutlich unterhalb der jeweiligen Grenz- und Schwellenwerte lagen.

Da im Gegensatz zum Messstandort "Innenstadt" in der Ortslage Bürbach weder relevante oder industrielle Emittenten noch stark belastete Verkehrsstraßen anzutreffen sind, ist davon auszugehen, dass hier die lufthygienische Situation ebenfalls unauffällig ist. Auch bei Realisierung des Baugebietes "Giersberg-Ost" ist während Inversionswetterlagen mit eingeschränktem Luftaustausch in der Regel eine Immissionsbelastung zu erwarten, die deutlich unterhalb gesetzlich normierter Grenz- und Richtwerte liegt.

Diese Einschätzung basiert auch auf der Tatsache, dass die Gebäude im geplanten Baugebiet aufgrund der Vorgaben der Energiesparverordnung im Niedrig-Energie-Standard errichtet werden müssen, so dass ihre Emissionen gegenüber dem heutigen Gebäudestandard deutlich geringer ausfallen werden. Die Vorgaben der Energiesparverordnung werden weiter dazu führen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche veraltete Heizungsanlagen auch im Raum Bürbach erneuert werden müssen, was sich ebenfalls **positiv auf die örtliche Immissionsbelastung** auswirken wird, so dass **keine Verschlechterung eintreten wird.**

Kompensationsmaßnahmen

Der Eingabe, den Feuchtbiotop im Siefen nicht mit Erlen und Gehölz entlang des Bachgerinnes zu bepflanzen, sollte entsprochen werden, um die Feuchtwiese in ihrer heutigen Ausprägung zu erhalten. **Somit wird die Anregung berücksichtigt.**

Die Anlage eines 5 m breiten Waldsaumes aus heimischen Gehölzen ist ökologisch und aus Sicht von Orts- und Landschaftsbild sinnvoll; der vorhandene Waldrand wird - so weit möglich - erhalten und einbezogen. Die Pflanzung ist auf derzeitigem Wiesengelände vorgesehen **und berücksichtigt.**

Die Obstbaum-Anpflanzungen sind äußerst sinnvoll, obwohl als landschaftsgestaltendes Element als auch ökologisch mit ihren positiven Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt. Die Pflege und Nutzung dürfte mittelfristig sichergestellt sein; die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass eine **große Nachfrage** sowohl für Obstbäume als auch Pachtinteresse für vorhandene Obstwiesen-Bestände im Stadtgebiet besteht.

Vorhandene Altbäume werden wenn möglich erhalten und in die Obstwiesen einbezogen. **Die Anlage von Obstwiesen ist sinnvoll.** **Die Anregungen werden nicht berücksichtigt.**

Die Anlage von Schlagfluren sowie das "auf den Stock setzen" von Niederwald ist in die Ausgleichsberechnung nicht eingeflossen.

Auf diese Maßnahmen kann verzichtet werden. Die Bewirtschaftung dieser Flächen wird im Rahmen der forstlichen Nutzung erfolgen und ist den Eigentümern selbst überlassen.

Die vorher beschriebenen Maßnahmen finden auf privaten Grünflächen statt und sind lediglich Gestaltungsmaßnahmen, die freiwillig erledigt werden können, um weiterhin einer Verwaldung entgegenzuwirken. Der Waldabstand soll so auch auf den privaten Grünflächen zu regeln sein.

Von einem Ausgleich des Eingriffs in das Landschaftsbild sollte abgesehen werden, da es sich um subjektives ästhetisches Empfinden handelt. Die Wohnbaufläche passt sich auch wegen ihrer Durchgrünung ins vorhandene Stadt- und Landschaftsbild ein.

Weiterhin sind große Grünflächen zur Naherholung in unmittelbarem Zusammenhang mit der geplanten Wohnbebauung möglich.

Auch ist das derzeitige Landschaftsbild auch nur eine Momentaufnahme, da auch das heutige Erscheinungsbild vom Menschen ständig gestaltet wird und dadurch einer ständigen Veränderung unterworfen ist. Das neu gestaltete Landschaftsbild mit der Bebauung und den Grünflächen wird sich **harmonisch in die Landschaft einpassen**. Die Anregung ist somit berücksichtigt.

Waldabstand

Die Abstände zwischen der Wohnbaufläche und dem Waldrand sind mit der zuständigen **Forstbehörde abgestimmt** und auf mind. 25,00 m festgesetzt worden.

Ein Verstoß gegen den § 62 LG NW ist nicht festzustellen, da weder bei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) keine Hinweise auf solche Flächen bekannt waren.

Nach Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 19.04.2001 während der Offenlegung des Bebauungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" "... ist derzeit noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob sich evtl. Biotope, welche nach § 62 LG NW geschützt sind, innerhalb des Bebauungsplangebietes befinden. Bei entsprechender Vegetationsentwicklung wird die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) unter Beteiligung der Unteren Landschaftsbehörde und Ihnen diesen Aspekt prüfen und das Ergebnis mitteilen. ..."

Das heißt, dass zum Zeitpunkt der Offenlegung weder bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein noch bei der Stadt Siegen detaillierte Kenntnisse über nach § 62 geschützte Biotope im Bebauungsplangebiet vorlagen bzw. vorliegen konnten, da für das o. g. Gebiet eine solche §-62-Kartierung fehlte!

Die Kartierung der §-62-Biotope erfolgte zwischenzeitlich am 06.06.2001 durch Mitarbeiter der LÖBF und der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein. Dabei wurde festgestellt, dass sich tatsächlich mehrere Wiesenflächen im Bereich des geplanten Baugebietes befinden, die den Kriterien nach § 62 LG NW als Magerwiesen erfüllen und damit besonders geschützt sind.

Auch ein Quellbereich im Mittelhang des Bebauungsplangebietes fällt unter den Schutz nach § 62 LG NW. Er liegt im Bereich von Ausgleichsflächen und ist von einer Bebauung nicht betroffen. Der Abstand des quelligen Feuchtgebietes zur HAUPTerschließungsstraße im Norden und zu einer Nebenstraße im Westen beträgt jeweils ca. 18 m.

Über die genauen Ergebnisse der Kartierung ist die Stadt Siegen offiziell von der ULB unterrichtet worden.

Bezüglich einer Inanspruchnahme von geschützten Flächen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" kann nach § 62 Abs. 2 LG NW auf Antrag "... die Untere Landschaftsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit dies aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist. ..."

Zwischenzeitlich ist mit Schreiben vom 03.07.2001 der Ausnahmeantrag bei der Unteren Landschaftsbehörde beantragt. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein erteilte am 07.09.2001 die beantragte Genehmigung.

Gegen diese Genehmigung ist von den Naturschutzverbänden mit Schreiben vom 04.10.2001 Widerspruch eingelegt worden. Der Widerspruch des NABU ist durch Widerspruchsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg vom Januar 2002 zurückgewiesen worden. Somit ist der gesetzliche Biotopschutz geregelt.

16. Stellungnahme zum Schreiben vom 25.04.2001 der Ev. Kirchengemeinde Kaan-Marienborn

Die Anregungen unterstützen die Anregung der Arbeitsgemeinschaft der Bürbacher Vereine, die des in Bürbach ansässigen Gutachters und schließt sich insgesamt der Argumentation der Ev. Kirche Westfalens an.

Die Ev. Kirche von Westfalen hat in ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass die eigenen Grundstücke im Nahbereich der Turnhalle mit einer Größe von ca. 1.000 m² zum Bau eines Pfarrhauses vorgesehen sind und man in der Umlegung für diesen Zweck ein gleichwertiges Grundstück erwartet.

Diesem Wunsch stehen die Anregungen der Ev. Kirchengemeinde entgegen, denn diese Anregungen zielen darauf hinaus, die Wohnbebauung in der Verlängerung Turnhallenweg aufzugeben und durch Grünflächen und Stellplätze für die Turnhalle zu ersetzen.

Dem Wunsch der Kirchengemeinde wird nicht gefolgt. Inhaltlich wird auf die Stellungnahmen zu der Arbeitsgemeinschaft der Bürbacher Vereine und den Bürbacher Bürgern verwiesen.

17. Stellungnahme zu den Schreiben vom 01.04. und 02.04.2001 von den Grundeigentümern Dorfstraße 39

Die Schreiben der beiden Grundeigentümer sind inhaltlich gleich und beziehen sich auf die Umlegung zum Bebauungsplan "Giersberg-Ost".

Sie sind damit nicht abwägungsrelevant und werden daher nicht berücksichtigt und an die Umlegung verwiesen.

18. Stellungnahme zu dem gemeinsamen Schreiben Bürbacher Bürger der Rüntestraße 58 und Hohgartenstraße 4 vom 25.04.2001

Die vorgebrachten Anregungen werden aus landschaftsökologischer und wasserwirtschaftlicher Sicht vorgebracht.

Die nachstehende Stellungnahme bezieht sich auf den landschaftsökologischen Teil der Anregungen.

Klima

Durch die geplante Bebauung des Giersberg-Hanges kommt es zwar zu einer Reduzierung nächtlicher, hangabwärts gerichteter Kaltluftabflüsse, eine vollständige Unterbindung tritt jedoch nicht ein. Vor allem im unteren Hangbereich, in der hangabwärts verlaufenden mittleren Grünzone sowie auf den östlich gelegenen Hängen sind noch offene Kaltluft produzierende Gebiete vorhanden, die bei austauscharmen Wetterlagen zur Frischluftversorgung der Ortslage Bürbach beitragen.

Lufthygiene

Trotz der topographisch bedingten eingeschränkten Luftzirkulation bei Inversionswetterlagen ist die Tallage Bürbach unter lufthygienischen Gesichtspunkten als unauffällig einzustufen. Dies kann aus den Ergebnissen mehrerer Luftgüteuntersuchungen abgeleitet werden, die zuletzt im Jahr 2000 im Stadtgebiet Siegen durchgeführt wurden.

Mit kontinuierlich aufzeichnenden Messcontainern auf dem Giersberg (Kuppenlage) - ca. 600 m vom Plangebiet entfernt - bzw. in der Innenstadt (Tallage) wurden im Zeitraum Juli - Dezember 2000 die Konzentrationen der Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Gesamt-Schwebstaub, Stickoxide und Ozon ermittelt. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass bei allen untersuchten Parametern die gemessenen Konzentrationen (Monatsmittel / Halbstunden-Maximalwerte) deutlich unterhalb der jeweiligen Grenz- und Schwellenwerte lagen.

Da im Gegensatz zum Messstandort "Innenstadt" in der Ortslage Bürbach weder relevante oder industrielle Emittenten noch stark belastete Verkehrsstraßen anzutreffen sind, ist davon auszugehen, dass hier die lufthygienische Situation ebenfalls unauffällig ist. Auch bei Realisierung des Baugebietes "Giersberg-Ost" ist während Inversionswetterlagen mit eingeschränktem Luftaustausch in der Regel eine Immissionsbelastung zu erwarten, die deutlich unterhalb gesetzlich normierter Grenz- und Richtwerte liegt.

Diese Einschätzung basiert auch auf der Tatsache, dass die Gebäude im geplanten Baugebiet aufgrund der Vorgaben der Energiesparverordnung im Niedrig-Energie-Standard errichtet werden müssen, so dass ihre Emissionen gegenüber dem heutigen Gebäudestandard deutlich geringer ausfallen werden. Die Vorgaben der Energiesparverordnung werden weiter dazu führen, dass in den kommenden Jahren zahlreiche veraltete Heizungsanlagen auch im Raum Bürbach erneuert werden müssen, was sich ebenfalls **positiv auf die örtliche Immissionsbelastung auswirken** wird.

Kompensationsmaßnahmen

Zu den o. g. Eingaben des Landesbüros der Naturschutzverbände und Bürbacher Bürger zu den Kompensationsmaßnahmen ist Folgendes anzumerken:

Der Eingabe, den Feuchtbiotop im Siefen nicht mit Erlen und Gehölz entlang des Bachgerinnes zu bepflanzen, **wird entsprochen**, um die Feuchtwiese in ihrer heutigen Ausprägung zu erhalten. **Die Anregung wird berücksichtigt.**

Die Anlage eines 5 m breiten Waldsaumes aus heimischen Gehölzen ist ökologisch und aus Sicht von Orts- und Landschaftsbild sinnvoll; der vorhandene Waldrand wird - so weit möglich - erhalten und einbezogen. Die Pflanzung ist auf derzeitigem Wiesengelände vorgesehen und **somit berücksichtigt.**

Die Obstbaum-Anpflanzungen sind äußerst sinnvoll, obwohl als landschaftsgestaltendes Element als auch ökologisch mit ihren positiven Auswirkungen auf Tier- und Pflanzenwelt.

Die Pflege und Nutzung dürfte mittelfristig sichergestellt sein; die Erfahrungen der letzten Zeit zeigen, dass eine große Nachfrage sowohl für Obstbäume als auch Pachtinteresse für vorhandene Obstwiesen-Bestände im Stadtgebiet besteht.

Vorhandene Altbäume werden - wenn möglich - erhalten und in die Obstwiesen einbezogen.

Die Anlage von Schlagfluren sowie das "auf den Stock setzen" von Niederwald ist in die Ausgleichsberechnung nicht eingeflossen.

Auf die Festsetzung dieser Maßnahmen kann verzichtet werden. Die Bewirtschaftung dieser Flächen wird im Rahmen der forstlichen Nutzung erfolgen und auf Privatgrundstücken stattfinden.

Von einem Ausgleich des Eingriffs in das Landschaftsbild ist abzusehen, da es sich um subjektiv ästhetisches Empfinden handelt. Die geplante Wohnbaufläche passt sich auch wegen ihrer Durchgrünung ins vorhandene Stadt- und Landschaftsbild ein und ist eine sinnvolle Abrundung der Ortslage. Die Anregung ist durch die Gestaltung der Wohn- und Grünflächen berücksichtigt.

Waldabstand

Die Grenzabstände zum Wald sind mit der zuständigen Forstbehörde abgestimmt worden und somit eingehalten.

§-62-Biotope

In § 62 des Landschaftsgesetzes NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 werden in Abs. 1 die geschützten Biotope (darunter Quellbereiche, Magerwiesen und -weiden) aufgelistet und in Abs. 3 die Verfahren der Kartierung und Bekanntmachung dargestellt: "... (3) Die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten / Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen erfasst die geschützten Biotope nach Abs. 1 in der Biotopkartierung und grenzt sie im Einvernehmen mit der Unteren Landschaftsbehörde in Karten eindeutig ab. Der Eigentümer des Biotops ist vor der Abgrenzung durch die Untere Landschaftsbehörde in geeigneter Form zu unterrichten. Sie sind nachrichtlich in den Landschaftsplan sowie in die ordnungsbehördliche Verordnung gem. § 42 a zu übernehmen. Die Untere Landschaftsbehörde stellt den Gemeinden Karten nach Satz 1 für deren Gebiet zur Verfügung. ..."

Nach Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 19.04.2001 zum Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" "... ist derzeit noch nicht zweifelsfrei geklärt, ob sich evtl. Biotope, welche nach § 62 LG NW geschützt sind, innerhalb des Bebauungsplangebietes befinden. Bei entsprechender Vegetationsentwicklung wird die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten (LÖBF) unter Beteiligung der Unteren Landschaftsbehörde und Ihnen diesen Aspekt prüfen und das Ergebnis mitteilen. ..."

Das heißt, dass zum Zeitpunkt der Offenlegung weder bei der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein noch bei der Stadt Siegen detaillierte Kenntnisse über nach § 62 geschützte Biotope im Bebauungsplangebiet vorlagen bzw. vorliegen konnten, da für das o. g. Gebiet eine solche §-62-Kartierung fehlte!

Die Kartierung der § 62-Biotope erfolgte zwischenzeitlich am 06.06.2001 durch Mitarbeiter der LÖBF und der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein. Dabei wurde festgestellt, dass sich tatsächlich mehrere Wiesenflächen im Bereich des geplanten Baugebietes befinden, die den Kriterien nach § 62 LG NW als Magerwiesen erfüllen und damit besonders geschützt sind.

Auch ein Quellbereich im Mittelhang des Bebauungsplangebietes fällt unter den Schutz nach § 62 LG NW. Er liegt im Bereich von Ausgleichsflächen und ist von einer Bebauung nicht betroffen. Der Abstand des quelligen Feuchtgebietes zur Hapterschließungsstraße im Norden und zu einer Nebenstraße im Westen beträgt jeweils ca. 18 m.

Bezüglich einer Inanspruchnahme von geschützten Flächen im Rahmen des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" kann nach § 62 Abs. 2 LG NW auf Antrag "... die Untere Landschaftsbehörde im Einzelfall Ausnahmen zulassen, soweit dies aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist. ..."

Im Übrigen wird auf die Abwägung zu den gleichen Anregungen bezüglich der Biotope nach § 62 LG NW durch den NABU verwiesen, die inhaltlich gleich sind. Die Überplanung der Biotope ist durch die Ausnahmegenehmigung des Kreises Siegen-Wittgenstein geregelt. Das Quellbiotop ist durch die Lage in den Ausgleichsflächen gesichert. Bezüglich der angenommenen Beeinträchtigungen des Einzugsgebietes werden im Bereich des Straßenkörpers der Erschließungsstraße 1 technische Mittel eingesetzt, um den Weg des Wassers nicht zu behindern bzw. zu beeinträchtigen. Der Biotopschutz ist durch die Ausnahmegenehmigung geregelt. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu der Ziff. 6. "Entwässerungsplanung und Regenrückhaltung" wird aus fachlicher Sicht wie folgt Stellung genommen:

Zu 6.1.:

Abs. 1

Die Abwasserbeseitigung in Bürbach erfolgt nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik (a.a.R.d.T.), trotzdem wird die Stadt Siegen durch Umbaumaßnahmen im Bereich der Abwasseranlage Regenüberlauf 134 "Bürbach" in der Unteren Dorfstraße die Einleitung in den Bürbach auf den Stand der Technik bringen. Diese Problembewältigung steht nicht im Zusammenhang mit der Erschließung des Baugebietes "Giersberg-Ost".

Die am Bürbach angesprochene Problematik auftretender Verschmutzungen ist bekannt und wird von der Stadt Siegen trotz ordnungsgemäßen Betrieb der Abwasseranlagen durch die angesprochene Umbaumaßnahme aufgegriffen. Die Verschmutzungen der Uferbereiche bei entsprechenden Regenereignissen und einer Entlastung der Mischwasserkanalisation sind auch in den örtlichen Gegebenheiten mit der ehemals erfolgten Verlegung des Gewässers aus der Tallage an die Hangseite begründet.

Ungeachtet der v. g. Sachlage wird die Stadt Siegen Abhilfe schaffen, da nachvollziehbar der vorhandene Zustand für die Anlieger und die Allgemeinheit unbefriedigend ist. Die eingeleiteten Schmutzfrachten entsprechen den gesetzlichen Vorgaben; die Abwassersituation bzw. der Schmutzaustrag in den Bürbach wird durch den Umbau der Abwasseranlagen im positiven Sinne verbessert. Die Stadt Siegen hat daher mit dem Umbau der vorhandenen Abwasseranlage in Bürbach in 2001 begonnen.

Die mit den Aufsichtsbehörden abgestimmte Planung ist fertig gestellt und liegt der Bezirksregierung zur Genehmigung vor. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Abs. 2

Das Baugebiet "Giersberg-Ost" ist in der Schmutzfrachtberechnung (SFB) Siegen-Mitte - Einzugsgebiet der Kläranlage Siegen - der Stadt Siegen mit der geplanten Entwässerung berücksichtigt.

Zur SFB liegt die Zusicherung der Bezirksregierung Arnsberg gem. § 38 VwVfG NW mit Datum vom 01.03.2001 vor.

Nach der SFB ist festzustellen, dass die Abwassersituation durch das Baugebiet "Giersberg-Ost" nur unwesentlich beeinflusst wird. Die Schmutzwassermengen aus dem Baugebiet stellen einen Bruchteil (< 2 %) der am Regenüberlauf in Bürbach zur Kläranlage weitergeleiteten Abwassermengen dar.

Abs. 3

Gemäß dem Deutschen Institut für Normung (DIN) müssen Rohrleitungen und Schächte von Entwässerungskanälen wasserdicht hergestellt werden. Dies wird für die zu erbringenden Bauleistungen der Stadt Siegen durch die Vergabe an ein anerkanntes Fachunternehmen gewährleistet. Für die Dichtigkeit der Rohrleitungen der Grundstücksentwässerungen sind die jeweiligen Eigentümer verantwortlich.

Durch die Verlegung der Entwässerungskanäle nach den a.a.R.d.T. ist sichergestellt, dass gegenüber konventionellen Entwässerungssystemen kein erhöhter Fremdwasseranfall zu erwarten ist. Der Fremdwasserzuschlag für die Bemessung der vorgesehenen Schmutzwasserkanalisation wird mit 100 % angesetzt. Der Anschluss von Drainagen ist nach den a.a.R.d.T. nicht zulässig, zudem sind gemäß der Begründung zum Bebauungsplan Hausdrainagen unzulässig. Fehlanlüsse sind durch Prüfung der Entwässerungsanträge gemäß der Abwassersatzung der Stadt Siegen und Überprüfungen vor Ort auszuschließen.

Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

ZU ANREGUNGEN ZU 6.1:

Die Leistungsfähigkeit des vom Baugebiet "Giersberg-Ost" betroffenen Hauptsammlers und der Abwasserbauwerke in Bürbach ist gegeben.

Nach den Umbaumaßnahmen in 2001 sind alle Abwasseranlagen im Bürbachtal auf den Stand der Technik gebracht und darüber hinaus weitergehende Maßnahmen **zur Minderung** des Schmutzaustrages in den Bürbach **umgesetzt**.

Dezentrale Regenwasserversickerungen oder -einleitungen in ortsnahe Gewässer wurden bereits und werden weiterhin im Rahmen der Verträglichkeit mit den gesetzlichen und wasserwirtschaftlichen Vorgaben geprüft und fördernd unterstützt. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Anforderungen an die Dichtigkeit der Schmutzwasserkanäle, der Schächte und der Hausanschlüsse werden im Rahmen der gültigen Vorschriften erfolgen, danach sind diese wasserdicht herzustellen.

Zu 6.2:

Abs. 1 und 2

Gemäß dem RdErl. des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft vom 18.05.1998 zum § 51 a LWG sind in Ziff. 14.2 Versickerungsverfahren für die Beseitigung von gering verschmutztem Niederschlagswasser aufgeführt. Unter anderem sind hier die

- & **Mulden-Rigolen-Versickerung,**
- & **Rigolen- und Rohrversickerung oder**
- & **Muldenversickerung mit jeweils mind. 20 cm starker belebter Bodenzone (ohne Schächte, Überläufe o. ä.)**

genannt.

Zudem sind im Bereich der geplanten Straßeneinläufe geeignete Absetzvorrichtungen vorgesehen.

Die geplante Rigolen- und Rohrversickerung ist danach legitim für die Beseitigung des Niederschlagswassers aus dem Baugebiet "Giersberg-Ost". Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Abs. 3

Gemäß dem Gutachten zur Versickerung von Regenwasser im Plangebiet wurden insgesamt 20 Probebohrungen im Plangebiet durchgeführt, wovon bei 2 Bohrungen das Wasser spontan über Klüfte abfloss. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass dies auf zufällig angebohrte Klüfte zurückzuführen ist, deren Situationen nicht zur Bemessung zugrunde zu legen sind. Die Gefahr eines Unfalls mit wassergefährdenden Stoffen wurde in Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden in einem Reinen und Allgemeinen Wohngebiet als "unkritisch" angesehen. Der Möglichkeit einer direkten Grundwasserverunreinigung soll **durch konstruktive Maßnahmen entgegengewirkt werden.** Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Abs. 4 und 5

Die Rigolen- und Rohrversickerung ist gemäß RdErl. und der Abstimmung mit den Aufsichtsbehörden für das Baugebiet "Giersberg-Ost" ein anerkanntes Verfahren zur Beseitigung des Niederschlagswassers.

Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu 6.3:

Abs. 1

In Ziff. 6.3 Abs. 1 ist nicht die fachliche Beurteilung des ESi angesprochen, hierauf wurde nicht eingegangen.

Abs. 2 und 3

Die natürliche Versickerung des Siefens im südlichen Bereich des Plangebietes wird durch die Querung des Bereiches mit einer Schmutzwasserkanaltrasse nicht gestört.

Die Drainwirkung in Längsrichtung der Kanaltrasse ist durch Dicht- und Sperrriegel zu unterbinden (DIN 4033), so dass die vorhandenen Gegebenheiten beibehalten werden.

Die örtliche Situation hinsichtlich der Versickerungsfähigkeit des Siefens bleibt erhalten und stellt keine nachhaltige Auswirkung für das unterhalb gelegene Auen-Feuchtgrünland dar. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

ZU ANREGUNGEN ZU 6.3:

Der Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen hält ein Zusatzgutachten, wie auch ein hydrogeologisches Gutachten zur ergänzenden Beurteilung der Eingriffssituation, nicht für erforderlich, weil mit keinen neuen abwägungsrelevanten Erkenntnissen zu rechnen ist. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu 6.4:

Abs. 1 und 2

Das Versickerungsverfahren bemisst sich nach den einschlägig geltenden Bemessungsgrundsätzen der Fachliteratur (ATV-Arbeitsblatt A 138). Nach den örtlichen Gegebenheiten ist grundsätzlich eine Versickerung möglich. Die Versickerungsanlagen sind ausreichend bemessen, die anfallenden Niederschlagswässer aus dem Plangebiet mit einer 10-jährigen Versagenshäufigkeit aufzunehmen. In der Langzeitsimulation der geplanten Rigolensysteme wurde der Nachweis geführt, dass in 22 Jahren die Rigolensysteme maximal zweimal überlaufen. Die selteneren extremen Ereignisse werden nach Ausnutzung der Speicherkapazität des Rigolen- und Rohrsystems im Wesentlichen dem Siefen über Mulden zugeleitet. Die Überläufe des Versickerungssystems erfolgen über die belebte Bodenzone größtenteils mittels Mulden oder breitflächig.

Ausnahme bildet der Überlauf des Rigolen- und Rohrsystems im Bereich "Turnhalle" in die Mischwasserkanalisation, hier kam es in der Langzeitsimulation über 22 Jahre aufgrund der Bemessung zu keinem Überlaufereignis.

Beim Versiegelungsgrad für die Wohnbauflächen wird von einem höchstmöglichsten 50 %igem Anteil ausgegangen. Dieser ist in der Bemessung des Versickerungssystems berücksichtigt. Positiv auf die Funktion des Versickerungssystems dürfte sich der geteilte Gebührenmaßstab in Siegen auswirken, da die Grundstückseigentümer bemüht sein werden, möglichst wenige abwasserrelevante, versiegelte Flächen und somit gebührenpflichtige Flächen für die Niederschlagswassergebühr herzustellen.

In etwa die Hälfte der versiegelten Flächen im Plangebiet sind Erschließungsstraßen, Fußwege und Verkehrsflächen, die in vollem Umfang einzurechnen sind. Das auf diesen Flächen anfallende Niederschlagswasser wird größtenteils direkt über das im Straßenkörper angeordnete Rigolen- und Rohrsystem versickert, wie auch das Niederschlagswasser der angeschlossenen abflusswirksamen versiegelten Wohnbauflächen unmittelbar dem Versickerungssystem zugeleitet wird.

Der Versiegelungsgrad für die hydraulische Berechnung wurde mit 40 % ausreichend hoch für das gesamte Baugebiet angerechnet.

Die ortsnahe Beseitigung von Niederschlagswasser, **wie in § 51 a LWG gefordert, ist damit erfüllt.** Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Die Flächeneinheit ist für die Versickerung von Niederschlagswasser bei dem geplanten Entwässerungssystem nicht maßgebend.

Die verbleibende Volumeneinheit zur Versickerung ist kaum berührt. Die Durchgängigkeit der Versickerungsschichten wird weitgehendst sichergestellt. Die Versickerungsschichten sind in einer Tiefenlage gelegen, die durch bauliche Anlagen kaum beansprucht werden oder wenn, dann nur geringfügig und nicht flächig.

ZU ANREGUNG ZU 6.4:

Ein hydrogeologisches Gutachten ist mangels zu erwartender zusätzlicher erheblicher Erkenntnisse entbehrlich. Ausgleichende Maßnahmen sind nicht erforderlich. Die Anregungen hierzu werden zurückgewiesen.

Zu Ziff. 3.2.3 ist anzumerken, obwohl die fachliche Prüfung hierzu nicht angefragt ist, dass zu den starken Einschnitten (z. B. Haupteinschließungsstraße) bereits in den Erläuterungen zur Vorplanung der Entwässerung eine Aussage getroffen wurde. Danach ist mit dem verstärkten Austritt von Sickerwasser in den Geländeanschnitten zu rechnen. Dies ist mit geeigneten Drain-, Ableit- und Versickerungsmaßnahmen zu verhindern. Die Anregung hierzu wird zurückgewiesen.

Hausdrainagen sind nicht zulässig. Erdberührende Außenwände und die Bodenplatten der Untergeschosse sind bei Bedarf druckwasserdicht auszubilden.

Zur Erhaltung von vorhandenen horizontalen Sickerwasserströmen und der Vermeidung der Drainwirkungen von Kanaltrassen werden geeignete konstruktive Maßnahmen ergriffen.

Es wird behauptet, dass eine Teilfläche des Einzugsgebietes des Feucht-/Quellgebietes durch die geplante Bebauung oberhalb des Quellbereiches und bei konventioneller Entwässerung dieses Bereiches trockengelegt würde.

Diesem wird mit der gewählten Entwässerung des Baugebietes, der Versickerung des anfallenden Niederschlagswassers, entgegengewirkt. Somit sind einige Anregungen bereits berücksichtigt, während andere nicht berücksichtigt werden und deshalb - wie dargelegt - zurückgewiesen werden.

Satzungsbegründung

zum Bebauungsplan Nr. 247 "**Giersberg-Ost**"
im Stadtteil Siegen-Bürbach

1. **Plangebiet**

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Bürbach Flur 1, 3, 5 und 6 und wird gemäß Planzeichnung wie folgt umgrenzt :

| | |
|----------------------|--|
| Im Norden/Nordwesten | von der K 5 (Giersbergstraße) und der Straße Silberfuchs, im Bereich der Häuser Haus-Nr. 10 - 28 von den südlichen Grundstücksgrenzen dieser Hausgrundstücke; |
| im Nordosten | durch die Feldwege Flurstücke 180 tw., 119 tw. und 112 tw., die Flurstücke 100 tw., 214 tw. und 457 bis zur Giersbergstraße (K 5); |
| im Süden | von der Südgrenze des Wäldchens oberhalb des vorh. Feldweges bis zum Ende des Flurstückes 31, von dort senkrecht bis zum vorh. Fußweg, von der Südseite dieses Weges bis zur Straße Alm Wiesengarten≡; |
| im Osten | von den nordwestlichen Grenzen der Flurstücke 156 und 137 bis zur Fußwegverbindung am Turnhallenweg; |
| im Westen | von der Westgrenze des Wäldchens entlang den Fluren 5 und 6 und dem geplanten Böschungsfuß der Planstraße 1 (im Mittel 50 m südlich der bebauten Hausgrundstücke Haus-Nr. 2, 4, 6 und 8 der Straße Silberfuchs). |

2. Berücksichtigung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung

Im genehmigten Gebietsentwicklungsplan - Teilabschnitt Siegen-Wittgenstein/Olpe - vom 10.10.1989 ist das Plangebiet als Wohnsiedlungsbereich und ein kleinerer nördlich gelegener Teil als Agrarbereich / Waldbereich dargestellt. Der Landschaftsplan befindet sich z. Z. in der Aufstellung und betrifft Flächen im Anschluss an das Plangebiet des Bebauungsplanes. Die Zielsetzung des Bebauungsplanes ist mit den übergeordneten Zielen vereinbar.

3. Entwicklung aus dem Flächennutzungsplan (FNP)

Im wirksamen FNP der Stadt Siegen ist das Plangebiet als "Reines Wohngebiet" (WR) und als "Allgemeines Wohngebiet" (WA) dargestellt. An diese beiden Gebiete schließen sich Freiflächen an, die als Fläche für die Forstwirtschaft und als Grünfläche zum Teil mit der Zweckbestimmung "Sport und Freizeitsport" und "Parkanlage" dargestellt sind.

Die im Bebauungsplan innerhalb der Wohnbauflächen festgesetzten öffentlichen Grünflächen, die als Ausgleichsflächen für Eingriffe in Natur und Landschaft notwendig sind, sind im FNP entsprechend dargestellt bzw. daraus entwickelt.

Die im Süden an das Plangebiet angrenzende - als Allgemeines Wohngebiet dargestellte - Fläche wurde von der Unteren Landschaftsbehörde des Kreises Siegen-Wittgenstein einstweilig als geschützter Landschaftsbestandteil unter Schutz gestellt.

4. Städtebauliche Situation

Das Plangebiet des Bebauungsplanes liegt an einem Südosthang und steigt vom Ortsteil Bürbach ca. 292 m ü. NN mit unterschiedlichen Neigungen bis zur Giersbergstraße (K 5) 372 m ü. NN an und wird in Teilbereichen noch landwirtschaftlich genutzt. Nach Norden und Osten umschließen zwei Kreisstraßen (K 4 und K 5) das Plangebiet. Am Nordwestrand des Plangebietes auf dem Kirschberg liegt das so genannte "Bürbacher Wäldchen", eine aus heimischen Laubbäumen bestehende Forstfläche. Im Südwesten bildet eine ähnlich strukturierte Waldfläche mit Nadelwaldanteilen den Abschluss. Im Nordwesten stößt das Plangebiet an eine Streusiedlung "Silberfuchs", die sich aus Restbeständen einer Wehrmachtseinrichtung des Zweiten Weltkrieges entwickelt und verfestigt hat. Im südlichen Bereich bilden Sukzessionsflächen den Abschluss zur Talaue des Bürbaches, während es im Südosten die Wiesengrundstücke der Häuser an der Unteren und Oberen Dorfstraße sind.

5. **Planungsanlass und städtebauliche Zielsetzung**

Die Nachfrage nach Bauland für Ein- und Zweifamilienhäuser in allen Lagen von Siegen ist ungebrochen und übersteigt das momentane Angebot. Nach der Bodenrichtwertkarte haben die Grundstückspreise für Ein- bis Zweifamilienhäuser leicht angezogen. Das z. Z. niedrige Zinsniveau für Baukredite (gepaart mit Steuervergünstigungen und die Bundes- und Landesförderung) begünstigt die Entscheidung zum Wohneigentum.

Der Bedarf an weiteren Wohnungen in Siegen kann auch daraus abgeleitet werden, dass etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze im Oberzentrum von Einpendlern besetzt werden. 23.000 sozialversicherungspflichtige Pendler haben ihren Arbeitsplatz in Siegen, ihren Wohnort jedoch außerhalb. Aus struktureller und verkehrlicher Sicht ist anzustreben, möglichst viele Beschäftigte auch als Bewohner an Siegen zu binden.

Rein rechnerisch ist der Wohnungsmarkt in Siegen seit 1996 fast ausgeglichen, d. h. jedem Haushalt in Siegen steht eine Wohnung zur Verfügung. Die Entspannung auf dem Wohnungsmarkt lässt sich u. a. ablesen an

- % sinkenden Mieten bei neu abgeschlossenen Mietverträgen,
- % einem vermehrten Wohnungsangebot in den örtlichen Tageszeitungen,
- % einem Rückgang der Anzahl von Wohnungssuchenden.

Als Ursache dieser Entwicklung sind zwei Faktoren ausschlaggebend :

Zum einen hat die Neubautätigkeit der letzten Jahre zu einer deutlichen Vergrößerung des Wohnungsangebotes geführt. Zum anderen haben die ehemaligen Belgierwohnungen mit A Sozialem Wohnungsbau ≡ und A Frei finanziertem Wohnungsbau ≡ Nachfrage wecken und aufnehmen können. Dabei ist Wohnraum geschaffen worden ohne zusätzlichen Landschaftsverbrauch. Diese Entwicklung ist allerdings abgeschlossen.

Bei der Betrachtung der Teilsegmente ergibt sich ein differenziertes Bild. Das Marktsegment der preisgünstigen Wohnungen ist nach wie vor angespannt. Bestimmte Gruppen, wie große Familien, Alleinerziehende, ausländische Einwohner, Arbeitslose oder Übersiedler, sind mit einem Unterangebot auf dem Wohnungsmarkt konfrontiert.

Parallel dazu existiert ein Überhang an teuren Mietwohnungen und Eigentumswohnungen im Geschosswohnungsbau.

In neu ausgewiesenen Baugebieten, wie z. B. Kohrweg / Stimmerweg, wird anteilig auch die Möglichkeit des Kosten und Flächen sparenden Bauens vorgesehen. Bei Grundstücksgrößen unter 400 m² ist die Möglichkeit der Bundes- und Landesförderung je nach der Höhe des Einkommens vorhanden. Es ist beabsichtigt, einen Anteil dieser Grundstücksgrößen von ca. 30 - 40 % zu erreichen.

Da es Vorsorgeaufgabe jeder Gemeinde ist, die Voraussetzung für die Erstellung und Pflege von Wohnraum zu schaffen, soll ein innenstadtnahes Wohngebiet im Stadtteil Bürbach entstehen. Der Bebauungsplan Nr. 247 "Giersberg-Ost" schafft dazu die planungsrechtlichen Voraussetzungen.

Geplant ist ein qualitätvolles Wohnangebot für Bewohner unterschiedlichen Lebensalters und Familienstandes in Miet- und Eigentumsverhältnissen. Unter Berücksichtigung der landschaftlichen Gegebenheiten, der vorhandenen Bebauung am Silberfuchs und der gewachsenen Struktur an der Oberen und Unteren Dorfstraße sollen ca. 570 Wohneinheiten (WE) entstehen.

Die für die ein- bis zweigeschossige Eigenheimbebauung vorgesehenen Bauflächen sind als "Reines Wohngebiet" festgesetzt. Hier sollen auf 350 - 800 m² großen Grundstücken frei stehende Häuser, Doppelhäuser und teilweise Hausgruppen gebaut werden, wobei auch das Flächen sparende Bauen gefördert wird.

An der Haupteinfahrtsstraße ist die Wohnbebauung mit zwei Vollgeschossen - nutzbar als Miet- und Eigentumswohnungen - vorgesehen. Hier wird auch die notwendige Sozialinfrastruktur angeboten, z. B. Kindergarten und Bürgerbegegnungsstätte.

Weitere Infrastruktureinrichtungen, wie Turnhalle, Versammlungsstätten, ein zweiter Kindergarten usw., sind zu Fuß in Bürbach zu erreichen.

Die Baugrenzen der Bauflächen sind in ihrer Tiefenstaffelung so festgelegt, dass zwischen den Häuserzeilen Freiräume als Erholungszonen entstehen. Diese Zonen münden einerseits in einen breiten Grünzug, der sich vom Kirschberg bis in die Dorflage Bürbach hinab erstreckt, zum anderen in naturbelassene Bereiche, die das Baugebiet umschließen. Die Assoziation von einem "Wohnpark in der Stadt" ist Leitmotiv der städtebaulichen Zielsetzung.

Als zulässiges Maß der baulichen Nutzung ist für die ein- bis zweigeschossigen Bereiche als Grundflächenzahl (GRZ) 0,4 und als Geschossflächenzahl (GFZ) 1,2 festgesetzt.

Die Eingriffe durch den Bebauungsplan in Natur und Landschaft können innerhalb des Gebietes zu **86 %** ausgeglichen werden.

6. **Bebauung**

Geplante Siedlungsstruktur / Wohnsiedlungsbereiche

Nach Art der Nutzung sind die bebaubaren Flächen wie folgt ausgewiesen :

Reines Wohngebiet gemäß § 3 BauNVO im Bereich der Stichstraßen. Ausgeschlossen sind die nach § 3 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, wie Läden, nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für soziale Zwecke u. ä. Hierfür sind geeignetere Standorte in den Allgemeinen Wohngebieten vorhanden.

Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO beiderseits der Planstraße 1.

Diese Festsetzung ist gewählt, um dem Wohnen zugeordnete Nutzungen, wie Läden, Gaststätte, Friseur u. a., zu ermöglichen.

Die nach § 4 Abs. 3 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen, wie z. B. Tankstellen, sind ausgeschlossen, weil der Wohncharakter des Baugebietes durch diese Nutzungsarten hier gestört wird.

Flächen für den Gemeinbedarf

Am Rande der vorhandenen Ortslage Bürbach im südlichen Teil des Plangebietes sind Nutzungen des Gemeinbedarfs, wie Feuerwehr, Turnhalle, Gemeindehaus / Kirche und sonstige Versammlungsräume, vorhanden. Sie werden entsprechend festgesetzt.

Eine weitere Gemeinbedarfsfläche ist in zentraler Lage innerhalb des Baugebietes für einen Kindergarten mit Freifläche und eine Bürgerbegegnungsstätte vorgesehen. Weitere Infrastruktureinrichtungen sind nicht vorgesehen, da Angebote, wie Schulen, Nahversorgung u. a., am Giersberg und in Bürbach vorhanden sind.

Das festgesetzte **Maß der baulichen Nutzung** bezeichnet Obergrenzen gemäß § 17 (1) der BauNVO.

Als Bauform sind Einzelhäuser, Doppelhäuser und Hausgruppen mit ein bis zwei Vollgeschossen (Ein- bis Zweifamilienhäuser, Mietwohnung / Eigentumswohnung) vorgesehen. Durch die Hanglage sind bis zu 4 sichtbare Geschosse möglich. Die überbaubaren Flächen innerhalb der Baugrenzen sind so konzipiert, dass einerseits eine straßenbegleitende Bebauung entsteht, andererseits für die Gebäudestellung ein Spielraum verbleibt. Die Garagen sind innerhalb der überbaubaren Flächen anzuordnen.

Auf der WA-Gebietsfläche (II-geschossig) - unterhalb der Planstraße 1 zwischen den Anschlusspunkten der Planstraßen 2 und 5 gelegen - sind die Gebäudelängen auf 25,00 m parallel zur Straße 1 gemessen begrenzt, um eine bauliche Abriegelung der Hanglage zu vermeiden.

7. Beschränkung der Zahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Der Bebauungsplan setzt für Bereiche mit eingeschossiger Bebauung fest, dass Wohngebäude nicht mehr als zwei Wohnungen haben dürfen. Durch diese Maßnahme soll eine Beziehung zu der vorhandenen benachbarten Siedlungsstruktur - Eigenheime mit durchschnittlich zwei Wohnungen - erreicht und eine Überkonzentration vermieden werden. Außerdem sind die geplanten und vorhandenen Infrastruktureinrichtungen, wie z. B. Kindergarten und Bürgertreff, sowie die Zahl der öffentlichen Parkplätze in den verkehrsberuhigten Zonen auf den vorgesehenen Umfang der Wohnbebauung ausgerichtet.

8. Gestaltungsvorschriften

In Anlehnung an die vorhandene Ortsarchitektur sollen folgende Regelungen getroffen werden :

| | | |
|-------------|---|------------|
| Dachform | : | Satteldach |
| Dachneigung | : | bis zu 45° |

| | | |
|-----------------------------|---|---|
| Drempel | : | bis zu einer Höhe von 0,50 m |
| Farbtöne der Dacheindeckung | : | Für die Dacheindeckung darf nur Material der Farbtönung braunrot und dunkel- oder basaltgrau verwendet werden. Die Farben werden nach RAL bestimmt. |
| Einfriedung zur Landschaft | : | Zur Erreichung eines verträglichen Überganges zur Landschaft sind die privaten Hausgärten zu öffentlichen und teilweise auch privaten Grünflächen hin mit Hecken aus Laubgehölz oder Sträuchern in dichtem Verband torlos einzufrieden. |

Diese Regelungen sollen gemäß § 86 BauO NW in einer gesonderten Satzung erfasst und parallel zum Bebauungsplan erlassen werden.

9. Öffentliche Einrichtungen

Zur Bedarfsdeckung im sozialen Bereich ist ein zentral gelegener Kindergarten bzw. eine Kindertagesstätte auf einer Fläche von 2.500 m² geplant.

Dem Baugebiet stehen als neue Spielflächen

- % ein größerer Spielplatz am Fußweg oberhalb des Turnhallenweges gelegen,
- % zwei kleinere Spielplätze auf das Baugebiet verteilt, an den Planstraßen 2 und 5,
- % eine Freizeit- und Sportanlage, an der Planstraße 1 / K 5 gelegen,
- % sowie ein vorhandener Spiel- und Bolzplatz neben dem vorhandenen Feuerwehrgerätehaus an der Straße Im Wiesengarten

als selbständige Einrichtungen zur Verfügung. Diese Anlagen decken in einem Erfassungsradius von ca. 250 m alle Wohnquartiere ab.

Als weitere Infrastruktureinrichtung ist ein Bürgertreff auf einer Grundstücksfläche von ca. 2.000 m² vorgesehen, der bürgerschaftlichen Aktivitäten dienen soll.

10. Verkehrsplanung

Unter Berücksichtigung der erheblichen Reliefunterschiede ist geplant, die Erschließung des Plangebietes an die K 5 (Giersbergstraße) mit zwei Anschlusspunkten im Südwesten unterhalb der Siedlung Silberfuchs und im Nordwesten oberhalb des Bürbacher Wäldchens über Verkehrskreisel zu regeln.

Über diese Anschlusspunkte wird das Baugebiet durch die Sammelstraße (Planstraße 1) erschlossen, die mit bis zu 8,7 % Steigung und nach dem Separationsprinzip mit einer Gesamtbreite von 11,00 m (6,50 m Fahrbahn mit beidseitigem 2,25 m breiten Fußweg) ausgelegt ist. Der ÖPNV (Bus) kann diese Straße gut durchfahren, weil die Straßenbreite so gewählt ist, dass keine Haltebuchten notwendig sind.

Die von dieser Sammelstraße abgehenden Anliegerstichstraßen sind größtenteils als "Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung" mit einer Gesamtbreite von ca. 9,00 m vorgesehen (Mischflächenausbau). Diese verkehrsberuhigt auszubauenden Bereiche sollen dazu beitragen, ein sicheres Wohnen zu ermöglichen in Verbindung mit einer Tempobeschränkung auf der Sammelstraße.

Die Fußwegeverbindungen nehmen Rücksicht auf die vorhandenen Wegenetze und stellen die Verbindungen zu den angrenzenden Ortsteilen her. So entsteht ein feinteiliges Wegenetz, das den Landschaftsraum ebenfalls erschließt.

Der Turnhallenweg soll als Sackgasse beibehalten werden. Er erschließt die vorhandene Infrastruktur sowie ca. 12 neue Bauplätze.

Der ruhende Verkehr kann den geplanten Wohneinheiten entsprechend im Baugebiet untergebracht werden (Richtzahlen für die Bemessung der Stellplätze sind 1,5 bis 2 St. pro Wohnung auf dem Grundstück und 1 Parkplatz pro 3 - 5 WE im öffentlichen Straßenraum). Im Mittel werden 4 WE pro Stellplatz angenommen.

Öffentliche Parkplätze für Besucher, Lieferanten etc. sind in ausreichender Anzahl an und in den Verkehrsflächen vorgesehen. Insgesamt sind im Plangebiet ca. 140 Stellplätze erforderlich. Diese Stellplätze sind im Verkehrsraum wie folgt aufzuteilen :

| | | | | | |
|---------------|---|----------------|---------------|---|----------------|
| Planstraße 1 | - | 30 Stellplätze | Planstraße 6 | - | 12 Stellplätze |
| Planstraße 2 | - | 20 Stellplätze | Planstraße 8 | - | 8 Stellplätze |
| Planstraße 3 | - | 15 Stellplätze | Planstraße 10 | - | 4 Stellplätze |
| Planstraße 5 | - | 12 Stellplätze | Planstraße 11 | - | 5 Stellplätze |
| Turnhallenweg | - | 4 Stellplätze | Im Wiesental | - | 3 Stellplätze |

Mit dem Erschließungskonzept wird angestrebt, dass sich das Leben in den Anliegerstraßen im öffentlichen Raum abspielen kann und der Straßenraum zum allgemein nutzbaren Bestandteil des Wohnumfeldes wird.

Um die Flächen für den ARuhenden Verkehr im Straßenraum zu sichern, wird gemäß § 9 Abs. 11 BauGB festgesetzt, dass maximal 50 % der Grundstücksbreite an der Verkehrsfläche für Grundstückszufahrten genutzt werden können.

Im Verkehrsraum sollen ebenfalls Baumstandorte untergebracht werden. Es ist vorgesehen, pro 100 lfdm Verkehrsfläche 4 heimische Laubbäume bzw. 1 Baum pro Parkplatz zu pflanzen. So können ca. 80 Bäume in den Verkehrsflächen gepflanzt werden.

11. Grünflächen- und Freiraumplanung

Ausgehend von den Hausgärten soll über die öffentlichen Grünflächen und das Straßenbegleitgrün eine Vernetzung mit dem Landschaftsraum erreicht werden.

Der Zugang zum Landschaftsraum erfolgt über das Wegenetz. Die Abgrenzung zwischen den privat genutzten Gärten und dem Landschaftsraum soll durch Heckenpflanzungen ökologisch und gestalterisch verträglich vorgenommen werden.

An diesen Nahtstellen ist die Zugänglichkeit zum Schutz bestimmter Landschaftsteile einzuschränken. Die Art der Bepflanzung der Hausgärten soll den Eigentümern überlassen werden.

Im Bereich des Mietwohnungsbaues sind sog. Mietergärten zu empfehlen, die das Wohnen in einer Geschosswohnung mit einem A-Wohnzimmer im Freien bereichern.

Für die Bepflanzung der öffentlichen Flächen sind standortgerechte heimische Gehölze vorgesehen. Der Obstbaumbestand ist so weit wie möglich zu erhalten.

12. Eingriffe in Natur und Landschaft

12.1 Allgemeines

Aufgrund der Erheblichkeit der zu erwartenden Eingriffe - insbesondere der Versiegelung von Straßen, Wegen und Bauflächen - beauftragte die Stadt Siegen das Büro NARDUS, Wiehl-Mühlen, einen **Landschaftspflegerischen Begleitplan** zur bestehenden Fachplanung aufzustellen.

Bestand

Besondere Bedeutung für das Biotoppotential erlangen im Plangebiet die Feucht- und Nasswiesen der Bürbachaue, das Fließgewässer und die Quellsumpfgesellschaften des Siefens, der Buchen-Eichen-Wald und der Stieleichen-Birken-Wald. Die Kernbereiche dieser gegenüber Beeinträchtigungen sensiblen Biotope bleiben von der Planung unberührt. Von der Erschließung durch Straßen, Fußwege und Bauflächen sind vor allem Äcker, Trittrasen, Glatthaferwiesen, Goldhaferwiesen, Weidelgras-Weißklee-Weiden und Rotschwingel-Weißklee-Weiden betroffen. Diese Pflanzengesellschaften haben einen geringen bis mittleren ökologischen Wert.

Neubelastung

Grundsätzlich sind keine besonderen Konflikte bei dem Bau von Straßen, Fußwegen und Bauflächen gegeben. Nur die Straße durch den Buchen-Eichen-Wald stellt - aufgrund der Hochwertigkeit - einen Konflikt dar, der durch Berücksichtigung der Schutz- und Sicherungsmaßnahmen vermindert werden kann.

Die restlichen Biotoptypen sind relativ unempfindlich gegenüber den Eingriffen, so z. B. die Trittrassen und Äcker, die keine oder nur sehr geringe Bedeutung für den Biotopschutz haben.

Maßnahmen

Primäres Ziel aller landschaftspflegerischen Maßnahmen ist die Vermeidung von Eingriffen. In erster Linie sind dies Schutz und Erhalt der vorhandenen ökologisch besonders wertvollen Biotoptypen sowie die Schutz- und Sicherungsmaßnahmen während der Bauzeit.

Für die unvermeidbaren Eingriffe in den Naturhaushalt werden Maßnahmen festgesetzt, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit der Landschaftspotentiale, sowohl im räumlichen Zusammenhang als auch in einem angemessenen zeitlichen Rahmen, wiederherzustellen.

Als Ausgleichsmaßnahmen werden die **Entwicklung des Siefens**, die **Entwicklung von Obstwiesen** mit extensiv genutztem Grünland (konzeptionelle Anlehnung an das Mittelgebirgsprogramm) sowie das Herstellen **des Straßenbegleitgrüns einschl. Baumpflanzungen** und die **Begrünung der öffentlichen Spielplätze** herangezogen. **Die Waldmantelpflanzungen** werden beim Ausgleich zum Teil berücksichtigt. Die **Entwicklung von Schlagfluren** und das "auf den Stock setzen" kleinflächiger Niederwaldbereiche ist eine Gestaltungsmaßnahme.

Bei Beachtung aller landschaftspflegerischen Maßnahmen ist gewährleistet, dass **keine erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zurückbleiben**.

Bei der Berechnung des Eingriffswertes und des Ausgleiches wird die Biotopwertliste der Stadt Siegen (Stand 1997) zugrunde gelegt, die auf der Liste A Vereinfachtes Verfahren zur Ausgleichsermittlung[≡] des Kreises Siegen-Wittgenstein basiert.

Der Landschaftspflegerische Begleitplan - vom Büro NARDUS im Jahre 1991 erstellt - ist in Teilbereichen durch den Zeitablauf überholt, weil z. B. die damals noch betriebenen Äcker aufgegeben sind und sich allein aus dieser Situation andere Bewertungskriterien ergeben. Von der Umweltabteilung der Stadt Siegen ist deshalb eine Neubewertung des Eingriffes vorgenommen worden.

12.2 Landschaftspflegerische Maßnahmen

Das Ziel der langfristigen Sicherung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Erhalt der Eigenart und Schönheit der Landschaft wird primär durch die Vermeidung potentieller Beeinträchtigungen erreicht. Hierzu gehören neben den planerischen Maßnahmen die ebenfalls beschriebenen Schutz- und Sicherungsmaßnahmen.

Die **Grundwasserverhältnisse** im Plangebiet dürfen durch die Baumaßnahme nicht verändert werden. Auch aus diesem Grunde ist eine Versickerung der Oberflächenwässer vorgesehen, damit so die Versickerungsverhältnisse verbessert werden, die durch Versiegelung verschlechtert würden.

Die unvermeidbaren Beeinträchtigungen sind durch entsprechende landschaftspflegerische Ausgleichsmaßnahmen funktional und räumlich zu kompensieren. Die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes werden durch eine landschaftsgerechte Einbindung und Bepflanzung minimiert. Bei Beachtung aller landschaftspflegerischen Maßnahmen werden keine erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen zurückbleiben.

Das Ziel der landschaftspflegerischen Begleitmaßnahmen (Schutz- und Sicherungsmaßnahmen; Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen) im Untersuchungsgebiet ist eine Vernetzung der vorhandenen Biotopstrukturen untereinander. Durch das Konzept der Biotopvernetzung wird in "Giersberg-Ost" vermieden, dass nach der Bebauung einzelne isolierte, inselartige Biotope übrig bleiben und von den restlichen Landschaftsstrukturen abgeschnitten sind. Vielmehr werden die beiden Bebauungshälften durch "Biotopkorridore" in die Landschaft integriert, so dass die einzelnen - ökologisch optimierten - Bereiche miteinander vernetzt sind und einen Gen- und Artenaustausch ermöglichen.

12.3 Schutz- und Sicherungsmaßnahmen

Sicherung vorhandener Biotope

Bürbachau, im Süden an das Plangebiet angrenzend

Die Bürbachau mit den ökologisch besonders wertvollen Feucht- und Nasswiesen bleibt in ihrer jetzigen Form erhalten.

Der Bach nimmt im Untersuchungsgebiet auch aus faunistischer Sicht eine herausragende Stellung ein. Hier finden sich neben einer artenreichen Limnofauna eine Reihe von anderen besonderen Tierarten. Für die Vogelwelt ist das Bachtal als Nahrungsgebiet von Bedeutung.

Mittel- bzw. langfristig können folgende Biotoppflegemaßnahmen empfohlen werden, um die Bürbachau ökologisch zu optimieren und in ein bestehendes Biotopverbundsystem einzubinden.

- % Vernässung und somit Ausweitung der vorhandenen Feucht- und Nasswiesenbereiche
- % Verzicht auf (Kunst-)Dünger
- % Einmalige Mahd pro Jahr ab dem 01.07. mit Abtransport des Mähgutes
- % Abpflanzung des Fußweges mit einer Hecke, um den Zugang zur Bachaue zu erschweren und das Bachtal durch randliche Gehölze mit den anderen Biotopstrukturen des Untersuchungsgebietes zu vernetzen

Wälder

Die Wälder des Untersuchungsgebietes - Stieleichen-Birken-Wald (Schutzwald) und Buchen-Eichen-Wald - sind prinzipiell von den Eingriffen nicht betroffen. Lediglich ein jüngerer Waldbereich des Buchen-Eichen-Waldes wird von einer Erschließungsstraße durchquert, da dieser Eingriff sich zur sinnvollen Erschließung des Bebauungsgebietes nicht vermeiden lässt.

Den Wäldern des Untersuchungsgebietes fehlt ein ökologisch wichtiger Waldmantel. Entlang der Waldränder wird auf einer Breite von 3 - 4 m ein Waldmantel aus einheimischen Gehölzen geplant, der neben den Belangen des Arten- und Biotopschutzes auch forstwirtschaftlichen Interessen (Windschutz) Rechnung trägt.

Siefen

Der Siefen bleibt in seiner eigentlichen Form erhalten. Die geplante Bebauung einschließlich der Wendehammer ist aus dem Bereich des Siefens herausgenommen worden, so dass der zentrale Siefenbereich von der Bebauung frei bleibt. Die Planstraßen 1 und 5 sind mit einem ausreichenden Abstand zur zu schützenden Quelle geplant, so dass die Quellhorizonte besser gesichert und die **ökologisch sensiblen Bereiche nicht nachhaltig beeinträchtigt oder geschädigt werden.**

Gebüsche, Brach- und Sukzessionsflächen

Der Bestand der Brach- und Sukzessionsflächen ist durch die aktuelle Planung gesichert, d. h., die Flächen sind von den Eingriffen nicht betroffen. Sie sollten auch zukünftig der natürlichen Sukzession überlassen bleiben.

Während der Bauphase sind die Biotoptypen mit sehr hoher Eignung / Empfindlichkeit besonders zu sichern. Dies gilt insbesondere für das Gewässer im Siefen und den Straßenabschnitt, der durch den Buchen-Eichen-Wald führt.

Förmliche Sicherung bestockter Flächen (oberhalb der Bürbachaue)

Im Südwesten - an das Plangebiet angrenzend - befindet sich eine große bewaldete Fläche, die einen schutzwürdigen Charakter besitzt. Für diese Grundstücke in dieser Fläche hat der Kreis Siegen-Wittgenstein eine "Einstweilige Sicherstellung" ausgesprochen, damit auf diesen Flächen keine schädlichen Nutzungen stattfinden. Die Gesamtfläche wie auch eine Fläche oberhalb des Turnhallenweges liegen außerhalb des Bebauungsplanes.

12.4 Ausgleichs- und Gestaltungsmaßnahmen

Als Ausgleich für die unvermeidbaren Eingriffe werden Maßnahmen festgesetzt, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sowohl im räumlichen Zusammenhang als auch in einem angemessenen zeitlichen Rahmen wiederherzustellen.

Der Umfang der Ausgleichsmaßnahmen ergibt sich aus der Berechnung des Eingriffswertes. Für die Berechnung des Eingriffswertes wurden die Maßnahmen zur Konfliktvermeidung sowie die unter Punkt 12.3 dargestellten Schutz- und Sicherungsmaßnahmen berücksichtigt.

Sowohl die vom Eingriff betroffenen Flächen als auch diejenigen, auf denen der Ausgleich durchgeführt werden soll, haben vor der Baumaßnahme einen bestimmten ökologischen Wert für die Tier- und Pflanzenwelt.

Für die Berechnung des Ausgleichswertes wird der ökologische Wert der Fläche vor und nach Durchführung der Ausgleichsmaßnahmen ermittelt. Die Differenz ergibt den durch die Maßnahme erreichten Wertzuwachs oder Wertverlust.

12.5 Bewertung des Ist-Zustandes

| Biotoptyp | Fläche m² | Biotop- wert | Wert- punkte |
|----------------------------|---------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Grünland, intensiv | 167.456 | 3 | 502.368 |
| Grünland, extensiv | 77.809 | 4 | 311.236 |
| Feldgehölze | 19.557 | 6 | 117.342 |
| Obstwiesen | 5.196 | 6 | 31.176 |
| Äcker | 4.003 | 2 | 8.006 |
| Gärten | 6.430 | 3 | 19.290 |
| Brache | 3.315 | 5 | 16.575 |
| Wege, unbefestigt | 5.300 | 3 | 15.900 |
| Quellsiefen | 1.795 | 6 | 10.770 |
| Bach | 1.739 | 6 | 10.434 |
| Eichen-Birken-Wald | 46.300 | 6 | 277.800 |
| Eichen-Wald | 13.800 | 8 | 110.400 |
| Fichten-Forst | 4.500 | 3 | 13.500 |
| Vorhandene bebaute Flächen | 11.800 | 2 | 23.600 |
| Vorhandene befestigte Wege | 3.000 | 0 | 0 |
| S U M M E | 372.000 | | 1.468.397 |

Tab. : Bewertung des Ist-Zustandes

12.6 Bewertung des Plan-Zustandes

| Biotoptyp | Fläche m² | Biotop- wert | Flächen- wert |
|--|---------------------------------|-------------------------|--------------------------|
| <i>Öffentliche Verkehrsflächen</i> | | | |
| Geplante Verkehrsflächen | 36.155 | 0 | 0 |
| Geplante Fußwege | 3.600 | 0,5 | 1.800 |
| Vorhandene Verkehrsflächen | <u>3.000</u> | 0 | <u>0</u> |
| | 42.755 | | 1.800 |
| <i>Forstflächen</i> | | | |
| Eichen-Birken-Wald | 46.300 | 6 | 277.800 |
| Eichen-Wald | 13.800 | 8 | 110.400 |
| Fichten-Forst | <u>4.500</u> | 3 | <u>13.500</u> |
| | 64.600 | | 401.700 |
| <i>Grünflächen, öffentlich</i> | | | |
| Waldrand mit Ausgleichsflächen, nördlich | 5.000 | 6 | 30.000 |
| Waldrand mit Ausgleichsflächen, westlich | 2.000 | 6 | 12.000 |
| Feldgehölz an Freisportanlage | 1.000 | 6 | 6.000 |
| Straßenbegleitstreifen mit Bäumen | 3.000 | 4 | 12.000 |
| Ausgleichsfläche B, Obstwiese im Seifen | 11.500 | 6 | 69.000 |
| Ausgleichsfläche A für Straßen | 20.000 | 6 | 120.000 |
| Ausgleichsfläche A, Straße | 4.950 | 6 | 29.700 |
| Ausgleichsfläche D unterhalb Straße 5 | 4.500 | 6 | 27.000 |
| Ausgleichsfläche D, Obstwiese | 7.000 | 6 | 42.000 |
| Ausgleichsfläche D, Obstwiese | 3.500 | 6 | 21.000 |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese | 6.500 | 6 | 39.000 |
| Kinderspielplatz, westlich am Wald | 1.200 | 3 | 3.600 |
| Kinderspielplatz, nördlich | 600 | 3 | 1.800 |
| Kinderspielplatz, südlich | 1.800 | 3 | 5.400 |
| Kinderspielplatz, Bürbach, vorhanden | 750 | 3 | 2.250 |
| Freisportanlage | 9.500 | 3 | 28.500 |
| Straßenbegleitgrün | 4.500 | 4 | 18.000 |
| 80 heimische Laubbäume | | 4 | 8.000 |
| Allee mit Bäumen | <u>3.000</u> | 4 | <u>12.000</u> |
| | 90.350 | | 487.550 |
| <i>Grünflächen, privat</i> | | | |
| Grünflächen, am Wald (im Westen) | 2.000 | 5 | 10.000 |
| Grünflächen, Einmündung | 3.000 | 5 | 15.000 |
| Grünflächen, am Wald (im Norden) | 1.200 | 5 | 6.000 |
| Grünflächen, Grabeland (im Süden) | <u>2.200</u> | 5 | <u>11.000</u> |
| | 8.400 | | 42.000 |
| <i>Wohnbauflächen</i> | | | |
| Vorhandene Wohnbaufläche | 5.400 | 2 | 10.800 |
| Vorhandener Gemeinbedarf | 6.400 | 2 | 12.800 |
| Neue Wohnbaufläche | <u>154.095</u> | 2 | <u>308.190</u> |
| | 165.895 | | 331.790 |
| G E S A M T S U M M E | 372.000 | | 1.264.840 |

Bei der Gegenüberstellung des Gesamtausgleiches ergibt als rechnerische Größe ein Wert von

$$\frac{1.264.840}{1.468.397} = \mathbf{86 \% \text{ Ausgleich}}$$

Bei der Wohnbebauung wird bei dem gewählten Ansatz von einer Grundflächenzahl von **0,4** und von einer 50 %igen höchstmöglichen Versiegelung ausgegangen. Hierbei sind Terrassen, Wege und Garagenzufahrten berücksichtigt.

Der Wertverlust, der rechnerisch 14 % des Gesamteingriffes ausmacht, ist vertretbar und lässt sich durch die Vorsorgeaufgabe der Kommune für die Bereitstellung von Bauland begründen. Die zuvor beschriebenen Festsetzungen und Darstellungen im Bebauungsplan stehen in einem vernünftigen Verhältnis zu der bedarfsgerechten Baulandausweisung und sind naturschutzrechtlich und städtebaulich sinnvoll im Rahmen der Ausgleichspflicht anzusehen.

Die in den Tabellen mit **W** bezeichneten Ausgleichsflächen **B, C, D + G** dienen dem Ausgleich durch Versiegelung der Bauflächen.

Die mit **S** bezeichneten Ausgleichsflächen **A + F** dienen dem Ausgleich durch Versiegelung der öffentlichen Verkehrsflächen.

Bei einem rechnerischen Ansatz der Umwandlung des vorhandenen Fichten-Forstes in Mischwald ergibt sich ein Wert nahe 90 % Ausgleich. Z. Z. kann ein Termin für diese Umwandlung noch nicht festgelegt werden, da forstliche Aspekte hier greifen müssen.

12.7 Eingriffsbedingungen und -bewertung

Anlagebedingte Eingriffe

Durch den Bau von Erschließungsstraßen, Fußwegen und Verkehrsflächen wird eine Fläche von 39.755 m² versiegelt.

Die geplante Wohnbaufläche beträgt ca. 154.095 m².

Die Flächenversiegelung führt zum vollständigen Funktionsverlust (irreversible Schädigung des Bodens, Beschleunigung des Oberflächenabflusses und Zerstörung von Biotopstrukturen).

Eingriffsbewertung

In den nachfolgenden Tabellen werden die von Vorhaben ausgehenden Konflikte aufgezeigt. Die Einschätzung des Grades des zu erwartenden ökologischen Risikos bzw. der Neubelastung erfolgt anhand der ökologischen Risikoeinschätzung.

Hierbei wird die Art und Intensität der Eingriffe mit der Schutzwürdigkeit/ Empfindlichkeit der Landschaftspotentiale des Giersberges aufgezeigt.

In der nachfolgenden Berechnung des Eingriffswertes wird für den Biotopwert das Mittel der betroffenen Biotoptypen - Acker, Trittrasen, Weidelgras-Weißklee-Weide, Glatthaferwiese, Goldhaferwiese und Rotschwingel-Weißklee-Weide - gebildet, weil die Straßen und Fußwege über alle Biotoptypen führen und eine Einzeldarstellung aufgrund der geringen Spanne (2 - 4) wenig gerechtfertigt erscheint.

12.8 Eingriff durch Straßenbau

Tabelle - Bestand - Ausgleichsflächen für Straßen **S**

| Biotoptyp | Fläche m² | Biotop- wert | Flächen- wert |
|----------------------------|---------------------------------|-------------------------|--------------------------|
| Buchen-Wald | 700 | 9 | 6.300 |
| Grünland, weniger intensiv | 39.755 | 3,6 | 143.200 |
| S U M M E | | | 149.500 |

Tab. : Berechnung des Eingriffswertes für Straßen

Die Straßenflächen liegen allgemein auf weniger intensiv betriebenen Grasland. Es wird ein mittlerer Biotopwert von **3,6** für den gesamten Bereich angenommen.

Besondere Konflikte sind durch das Vorhaben (Bau von Erschließungsstraßen und Fußwegen) kleinflächig im Bereich des Buchen-Eichen-Waldes gegeben, der als ökologisch hochwertig einzustufen ist. Die anderen beanspruchten Flächen setzen sich aus Äckern, Trittrasen, Glatthaferwiesen, Weidelgras-Weißklee-Weiden, Goldhaferwiesen und Rotschwingel-Weißklee-Weiden zusammen. Die Fußwege, die mit einer wassergebundenen Decke versehen werden, verlaufen fast ausschließlich über schon vorhandene Trampelpfade, auf denen Trittrasen wächst. Ökologisch besonders wertvolle Bereiche, wie z. B. die Bürba-chaue, die alten Laubwaldbereiche und der Siefen, sind in ihren sensiblen Bereichen von der Planung nicht betroffen.

Tabelle - Planung - Ausgleichsflächen für Straßen **S**

| Biotoptyp | Fläche m² | Biotop- wert | Flächen- wert |
|-----------------------------|---------------------------------|-------------------------|--------------------------|
| Entwicklung Siefen A | 20.000 | 6 | 120.000 |
| Entwicklung Siefen F | 4.950 | 6 | 29.600 |
| S U M M E | | | 149.600 |

Tab. : Berechnung des Ausgleichswertes für Straßen

Wie bei der Gegenüberstellung des Eingriffswertes von **149.500** Wertpunkten und des Ausgleichswertes von **149.600** Wertpunkten ergibt sich für den Straßenbau ein Ausgleich von **100 %**.

12.9 Eingriff durch Wohnbebauung

Tabelle - Planung - Ausgleichsflächen für Wohnbebauung **W**

| Biotoptyp | Fläche m² | Biotoptyp- wert | Flächen- wert |
|--|---------------------------------|----------------------------|--------------------------|
| Waldrand, nördlich G | 4.100 | 6 | 30.000 |
| Waldrand, westlich G | 2.000 | 6 | 12.000 |
| Obstwiese, Freisport C | 1.000 | 6 | 6.000 |
| Straßenbegleitgrün mit Bäumen G | 3.000 | 4 | 12.000 |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese im Siefen B | 11.500 | 6 | 69.000 |
| Ausgleichsfläche, unterhalb Straße 5 D | 4.500 | 6 | 27.000 |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese, Fußweg Siefen D | 7.000 | 6 | 42.000 |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese, neben Turnhalle D | 3.500 | 6 | 21.000 |
| Obstwiese D | 6.500 | 6 | 39.000 |
| Straßenbegleitgrün, insgesamt | 4.500 | 4 | 18.000 |
| 80 heimische Laubbäume in den Straßen | 25 je Baum | 4 | 8.000 |
| Allee mit Bäumen im Westen an Straße 1 | 3.000 | 4 | 12.000 |
| Freisportanlage | 9.500 | 3 | 28.500 |
| Kinderspielplatz, westlich | 1.200 | 3 | 3.600 |
| Kinderspielplatz Bürbach, vorh. | 750 | 3 | 2.250 |
| Kinderspielplatz, südlich | 1.800 | 3 | 5.400 |
| Kinderspielplatz, nördlich | 600 | 3 | 1.800 |
| Private Grünflächen am Wald im Westen | 2.000 | 5 | 10.000 |
| Private Grünflächen an dem Kreisel, westlich | 3.000 | 5 | 15.000 |
| Private Grünflächen am Wald im Norden | 1.200 | 5 | 6.000 |
| Grünflächen, Grabeland, im Süden | 2.200 | 5 | 11.000 |
| Neue Wohnbaufläche | 154.095 | 2 | 308.190 |
| S U M M E | | | 688.340 |

Tab. : Berechnung des Ausgleichswertes für Wohnbebauung

12.10 Sonstige Grünflächen im Landschaftsraum

Zur Bildung von Waldsäumen sieht der Bebauungsplan einen 5 m breiten Streifen zur Anpflanzung von Gehölzen vor.

Darüber hinaus ist zum Einfügen in die Landschaft der Sport- und Bolzplatzfläche an der K 5 ein breiterer Pflanzstreifen festgesetzt.

Sonstige Ausgleichsmaßnahmen

Umwandlung des Fichten-Forstes in einen Buchen-Eichen-Wald

Der alte Fichten-Forst soll vor der Bebauung von "Giersberg-Ost" gerntet werden. Anstelle des naturfernen Fichten-Forstes wird ein potentiell natürlicher Buchen-Eichen-Wald entwickelt, wie er oberhalb des Fichten-Forstes schon vorhanden ist. Die 4.500 m² große Fläche wird mit Rotbuchen (*Fagus sylvatica*) und Stieleichen (*Quercus robur*) in einem Abstand von 1,5 m x 1,5 m bepflanzt, d. h., es werden insgesamt 2.000 Bäume verwendet. Darunter sind 1.500 Rotbuchen (*Fagus sylvatica*) und 500 Stieleichen (*Quercus robur*). Die Fläche wird zunächst eingezäunt, um die jungen Bäume vor Wildverbiss zu schützen.

Langfristig tritt dann anstelle der Koniferen ein ökologisch sehr hochwertiger Laubhochwald, der einer entsprechenden Fauna und Flora einen Lebensraum bietet.

Diese Maßnahme wird **nicht** mit in die Ausgleichsberechnung der Wohnbebauung eingebracht. Sie soll zu einem späteren Zeitpunkt in das Ökokonto der Stadt Siegen einfließen.

Zuordnung und Ausgestaltung der Ausgleichsflächen

Im Untersuchungsgebiet ist extensiv genutztes Grünland vorhanden. Es handelt sich dabei um die Goldhaferwiese und die Rotschwingel-Weißklee-Weide; Letztere wächst bevorzugt auf ehemaligen Ackerterrassen. Dieses eher extensiv genutzte Grünland bildet die Übergangsformen zwischen den produktiven Fettwiesen / Fettweiden und den mageren Borstgrasrasen und Kalkhalbtrockenrasen (vgl. u. a. Mittelgebirgsprogramm). Ein Teil des vorhandenen extensiv genutzten Grünlandes bleibt erhalten und wird in einigen Bereichen als Ausgleichsmaßnahme entwickelt. Die Grünlandgesellschaften gehen aus Äckern und Weidelgras-Weißklee-Weiden hervor.

Beide Typen - Acker wie Weidelgras-Weißklee-Weide - werden ein- bis zweimal jährlich gemäht. Die erste Mahd kann ab dem 1. Juli erfolgen. Eine zweite Mahd ist ab dem 15. September möglich, muss aber nicht jährlich durchgeführt werden.

Die Ausgleichsflächen unter **12.8 [A + F]** schaffen den Ausgleich für die durch **Straßen- und Wegebaumaßnahmen** versiegelten Flächen im Verhältnis ca. 1 : 1. Sie sind erschließungsbedingte Maßnahmen und werden durch die Erschließungsbeiträge refinanziert.

Da es sich bei der hier zu behandelnden Materie in sehr starkem Maße um relative Wertungen handelt, die in der Regel abseits jeder exakten Messmöglichkeit liegen, gehört etwa die Bewertung einzelner Landschafts- oder Biotoptypen mit zu der Abwägungsentscheidung der Gemeinde i. S. der Gewichtung des Abwägungsmaterials. So ist z. B. die Gewichtung von Waldflächen in waldarmen Gebieten anders als in Gemeinden mit besonders hohem Waldanteil.

Der Ausgleich für die Eingriffe in Natur und Landschaft durch die Wohnbauflächen kann durch Anlegen der privaten Hausgärten, die mit heimischen standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen sind, nur zu einem Teil ausgeglichen werden. Andernfalls müsste auf jegliche Rasen- bzw. Freifläche zugunsten von Baumpflanzungen verzichtet werden.

Der erforderliche weitere Ausgleich erfolgt auf den unter **12.9 [B, C, D + G]** aufgeführten Ausgleichsflächen.

Dabei verteilt sich der Gesamtausgleich je zur Hälfte auf private und öffentliche Flächen. Die Refinanzierung der öffentlichen Flächen erfolgt durch Ausgleichszahlungen.

Die als Obstwiesen vorgesehenen Flächen **B, C + D** werden mit hochstämmigen Obstbäume im Abstand von 10 m x 10 m gepflanzt, d. h., es werden auf der 11.500 m² großen Fläche 110 Bäume, auf der 7.000 m² großen Fläche 70 Bäume und auf der 3.500 m² großen Fläche 35 Bäume verwendet. Auf der 1.000 m² großen Obstwiese im Eingangsbereich des Plangebietes werden 10 Obstbäume gepflanzt. 75 % der Obstbäume sind Apfelbäume, wobei den Sorten Berlepsch, Gravensteiner, Jakob Lebel, Klarapfel sowie Roter und Grüner Boskop der Vorzug zu geben ist.

Weitere in der Region angebaute Apfelsorten sind z. B. Prinz Albert Apfel, Krügers Dickstiel, Doppelter Luxemburger, Alter Luxemburger, Croncels, Kantapfel, Bismarck-Apfel, Roter Trierer Weinapfel, Tulpenapfel, Winterrambour, Rote Sterrenette, Ontario, Zuccalmaglios Renette, Augustapfel, Bäumchesapfel und Rabaun. 15 % der Obstbäume sind Birnen der Sorten Bergamotten, Gräfin von Paris, Clapps Liebling, Williams Christbirne, Graue Flaschenbirne, Köstliche von Charnau und andere. Die restlichen 10 % Obstbäume werden als Pflaumen, Kirschen und Walnüsse gepflanzt. Die Pflege der Obstbäume ist zu gewährleisten.

Biotopentwicklung des Siefens

Der obere relativ trockenere Bereich des Siefens fällt als Ausgleichsmaßnahme unter den Typ "Entwicklung von Obstwiesen mit extensiv genutztem Grünland". Der Quellbereich bleibt unverändert und wird seiner natürlichen Entwicklung überlassen.

Der bestehende kleine Bachlauf im Siefen wird aufgrund einer Anregung während der Offenlegung nicht mit Baum- und Buschgruppen bepflanzt, da sonst eine Verschlechterung der gewachsenen Strukturen befürchtet wird. Die angesprochenen Baum- und Buschstandorte werden nur am Rande dieser Flächen als Abgrenzung zu den geplanten Fußwegen im Osten und Süden und den WR-Gebieten angeordnet. Somit ist eine Arrondierung der Grünbereiche zu den angrenzenden Wohnbauflächen und der Bürbachau im Süden gegeben und die unbeschränkte Zugänglichkeit dieser Landschaftsteile eingeschränkt.

Auf den 20.000 und 4.950 m² großen Ausgleichsflächen im Siefen - im BP als Fläche **A + F** bezeichnet - werden insgesamt 13 Baumgruppen in einem Abstand von 40 m gepflanzt. Die Baumgruppe wird von einem Gebüsch eingerahmt. Jede Baumgruppe besteht aus bis zu 12 Bäumen und bis zu 60 Sträuchern. Folgende Baumarten sind z. B. zu verwenden:

- Rotbuche (*Fagus sylvatica*)
- Stieleiche (*Quercus robur*)
- Esche (*Fraxinus excelsior*)
- Vogelkirsche (*Prunus avium*)
- Hainbuche (*Carpinus betulus*)
- Eberesche (*Sorbus aucuparia*)
- Berg-Ahorn (*Acer pseudoplatanus*)

Für den Gebüschsaum können folgende Gehölze eingebracht werden:

- Haselnuss (*Corylus avellana*)
- Weißdorn (*Crataegus monogyna* und *C. laevigata*)
- Schlehe (*Prunus spinosa*)
- Gewöhnlicher Schneeball (*Viburnum opulus*)
- Faulbaum (*Frangula alnus*)
- Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*)
- Trauben-Holunder (*Sambucus racemosa*)
- Hunds-Rose (*Rosa canina* agg.)

Die Bereiche zwischen den Baumgruppen werden sich selbst überlassen, so dass sich eine arten- und strukturreiche Krautschicht einstellen kann. Aufkommende Gehölze werden durch Entbuschungen in fünfjährigen Rhythmen entfernt, um eine komplette Bewaldung der Fläche zu verhindern.

Diese 20.000 m² (**A**) und 4.950 m² (**F**) großen Ausgleichsflächen im Siefen dienen dem Ausgleich der Versiegelung durch Verkehrsanlagen (Zuordnung zu **S**).

Waldmantel-Pflanzung

Am Rande des Stieleichen-Birken-Waldes und des Buchen-Eichen-Waldes wird ein dreireihiger Waldmantel auf einer Breite von 3 - 4 m gepflanzt. Weitere 3 - 4 m stehen dem Waldmantel zur Entwicklung

nach innen zur Verfügung. Zur Entwicklung des Waldmantels sind folgende - ausschließlich heimische - Gehölze zu verwenden:

- Haselnuss (*Corylus avellana*)
- Weißdorn (*Crataegus monogyna* und *C. laevigata*)
- Gewöhnlicher Schneeball (*Viburnum opulus*)
- Faulbaum (*Frangula alnus*)
- Schwarzer Holunder (*Sambucus nigra*)
- Schlehe (*Prunus spinosa*)

Der Waldmantel ist mit "E" bezeichnet und wird als Ausgleichsmaßnahme so weit berücksichtigt, wie er den Flächen **G** zugeordnet ist, d. h. teilweise auch Zuordnung zu **W**. Im Übrigen bleibt der Waldmantel unberücksichtigt, da er aus forstlichen Gründen ohnehin zweckmäßig ist.

Gestaltungsmaßnahmen

Schlagfluren und Bereiche, die auf den Stock gesetzt werden

Am Rande des Stieleichen-Birken-Waldes und des Buchen-Eichen-Waldes wird jeweils kleinflächig eine Schlagflur entwickelt, d. h., die Bäume werden auf den Stock gesetzt. Ihre Austriebe werden spätestens alle 5 bis 7 Jahre immer wieder auf den Stock gesetzt. Dadurch stellt sich in diesen Bereichen eine artenreiche Schlagflur ein, die beispielsweise aus Rotem Fingerhut (*Digitalis purpurea*), Fuchs-Greiskraut (*Senecio fuchsii*), Wald-Greiskraut (*Senecio sylvaticus*), Schmalblättrigem Weidenröschen (*Epilobium angustifolium*), Trauben-Holunder (*Sambucus racemosa*) und Schwarzem Holunder (*Sambucus nigra*) besteht. Diese Schlagflur ist ein interessanter Lebensraum für die Fauna des Gebietes.

13. Denkmalschutz und Denkmalpflege

Denkmalpflegerische Belange werden durch den Bebauungsplan nicht berührt. Es wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass wegen der hier gegebenen Situationen bei Bodeneingriffen jeglicher Art bisher nicht bekannte Bodendenkmäler neu entdeckt werden können. Die Entdeckung ist der Gemeinde als Unterer Denkmalbehörde unverzüglich anzuzeigen.

Durch das Plangebiet führt die Trasse der historischen "Bürbach-Siegener Wasserleitung", die vor ca. 450 Jahren erbaut und zur Versorgung des Oberen Schlosses und später der Stadt angelegt wurde. Mit entsprechenden Funden ist zu rechnen.

14. **Flächenaufteilung, städtebauliche Daten**

PLANGEBIETSGRÖSSE **37,2 ha**

Öffentliche Verkehrsflächen

| | | |
|---|----------------------------|-----------------------|
| Geplante Verkehrsflächen | 36.155 m ² | |
| Geplante Fußwege, davon 4.000 m ² vorh. | 5.400 m ² | 4.000 m ² |
| Vorhandene Verkehrsfläche Turnhallenweg und Wiesengarten | <u>1.200 m²</u> | |
| | 42.755 m ² | 38.755 m ² |

| | | |
|-------------------------------|-----------------------|-----------------------|
| <u>Forstflächen vorhanden</u> | 64.600 m ² | 64.600 m ² |
|-------------------------------|-----------------------|-----------------------|

Grünflächen, öffentlich

| | | |
|---|----------------------------|-----------------------|
| Waldrand mit Ausgleichsflächen, nördlich | 5.000 m ² | |
| Waldrand mit Ausgleichsflächen, westlich | 2.000 m ² | |
| Obstwiese (Freisport) | 1.000 m ² | |
| Straßenbegleitstreifen und Bäume | 3.000 m ² | |
| Ausgleichsflächen, Obstwiese, im Siefen B | 11.500 m ² | |
| Ausgleichsfläche für Straßen A | 20.000 m ² | |
| Ausgleichsfläche für Wohnen C | | |
| davon noch 2.600 anrechenbar | 5.000 m ² | |
| Ausgleichsfläche unterhalb Straße 5 D | 4.500 m ² | |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese, unterhalb Straße 1 D | 7.000 m ² | |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese D | 3.500 m ² | |
| Ausgleichsfläche, Obstwiese | 6.500 m ² | |
| Kinderspielplatz West am Wald | 1.200 m ² | |
| Kinderspielplatz Nord | 600 m ² | |
| Kinderspielplatz Süd | 1.800 m ² | |
| Kinderspielplatz Bürbach, vorhanden | 750 m ² | |
| Freisportanlage | 9.500 m ² | |
| Straßenbegleitgrün | 4.500 m ² | |
| Allee und Bäume | <u>3.000 m²</u> | |
| | 90.350 m ² | 90.350 m ² |

Grünflächen, privat

| | | |
|---------------------------------|----------------------------|----------------------|
| Grünflächen am Wald (im Westen) | 2.000 m ² | |
| Grünflächen, Einmündung | 3.000 m ² | |
| Grünflächen am Wald (im Norden) | 1.200 m ² | |
| Grünflächen, Grabeland (Süd) | <u>2.200 m²</u> | |
| | 8.400 m ² | 8.400 m ² |

Wohnbauflächen

| | | |
|---------------------------|----------------------------|------------------------------|
| Wohnbauflächen gesamt | 165.895 m ⁵ | |
| Vorhandene Wohnbauflächen | 5.400 m ⁵ | |
| Vorhandener Gemeinbedarf | <u>6.400 m⁵</u> | |
| Neue Wohnbaufläche | 154.095 m ⁵ | 154.095 m ⁵ |
| | | <hr/> |
| Gesamtfläche | | 372.000 m⁵ |

Wohneinheiten (WE), westlich

| | |
|----------------|------------|
| eingeschossig | ca. 95 WE |
| zweigeschossig | ca. 125 WE |

Wohneinheiten (WE), östlich

| | |
|----------------|-------------------|
| eingeschossig | ca. 132 WE |
| zweigeschossig | ca. <u>215 WE</u> |

gesamt ca. 570 WE

| | | |
|---------------------------|------------------------------|---------------------------------|
| <u>Neue Wohnbaufläche</u> | <u>148.395 m⁵</u> | |
| Wohneinheiten | 570 WE | = 258 m⁵ / WE |

| <u>Flächenanteile</u> | mit Forst | ohne Forst |
|---------------------------|----------------|-------------------|
| Straßen | 11,5 % | (13,9 %) |
| Forstflächen | 17,5 % | (0 %) |
| Öffentliche Grünflächen | 24,4 % | (29,4 %) |
| Private Grünflächen | 2,3 % | (2,7 %) |
| Wohnbauflächen, vorhanden | 2,7 % | (3,9 %) |
| Wohnbauflächen, neu | <u>41,4 %</u> | <u>(50,1 %)</u> |
| | 100,0 % | (100,0 %) |

15. Immissionsschutz

15.1 Lärmimmissionen

Beeinträchtigungen durch Gewerbe- und Industrielärm sind auszuschließen, da Flächen mit solchen Nutzungen in störenden Abständen nicht vorhanden sind.

Verkehrslärmquellen sind die Giersbergstraße (K 5), die Obere Dorfstraße (K 4) und die Haupteerschließungsstraße 1 des Plangebietes.

Von der K 5 als Lärmquelle wirken etwa 70 dB(A) am Tage und 60 dB(A) in der Nacht auf die Bebauung am Silberfuchs ein.

Abhilfe schafft hier eine Kombination aus aktivem und passivem Schallschutz :

% Auf der Hangseite der neuen Planstraße wird im Knotenbereich ein Wall von 2,00 m Höhe angeschüttet, auf dessen Krone eine Schall absorbierende Wand von 2,00 m Höhe errichtet wird. Diese Anlage wird landschaftsgärtnerisch in das Gelände eingefügt.

% Soweit im Gebäudebestand Aufenthaltsräume der K 5 zugewandt sind, z. B. Silberfuchs, Haus-Nr. 2, sind für die Aufenthaltsräume Schallschutzfenster mind. der Schallschutzklasse 3 vorzusehen.

Des Weiteren sollen Wintergärten oder ähnliche Anlagen zur Lärmminde- rung vor Aufenthaltsräumen, die ganz oder teilweise der Giers- bergstraße (K 5) zugewandt sind, errichtet werden.

Terrassen und Freisitze sind zur Lärmminde- rung an den ganz oder teil- weise der Giersbergstraße zugewandten Seiten durch geschlossene Wände oder ähnliche Anlagen von 2,50 m Höhe - gemessen ab OK Fertigfußboden - abzuschirmen. Damit ist gewährleistet, dass der Ge- bäudebestand bei künftigen Baumaßnahmen den Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse angepasst werden kann [Orientierungswert WA 55/45 dB(A)].

Die K 4 stellt für die Wohnbebauung im östlichen Bereich der Planstra- ße 1 eine Emissionsquelle dar, die auf die künftige Bebauung an der ungünstigsten Stelle am Tage mit 55 dB(A) und in der Nacht mit ca. 42 dB(A) einwirkt.

In Anlehnung an die Orientierungswerte der DIN 18005 - Richtlinien für WA-Gebiete [55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts] - sind diese Belas- tungen als tolerierbar anzusetzen. Den Bauherren soll gleichwohl emp- fohlen werden, durch entsprechende Grundrissgestaltung bzw. Abschir- mung im Freiraum (Wintergärten und ähnliche Anlagen) Lärmvorsorge zu betreiben, um auch nachts die Schlafruhe zu gewährleisten.

Die Planstraße 1 erzeugt mit ca. 2.000 Kfz/24 Std. im ungünstigsten Falle einen Beurteilungspegel von ca. 62 dB(A) tags und 53 dB(A) nachts.

Durch die Beschränkung der Geschwindigkeit auf 30 km/h und des Lkw-Anteiles durch verkehrsbehördliche Anordnungen (z. B. Beschränkung der Tonnage, zeitliche Fahreinschränkungen) sowie die Festlegung des Gebäudeabstandes vom Fahrbahnrand auf > 6,00 m lassen sich die Pegel so weit senken, dass die Orientierungswerte für WA-Gebiete der DIN 18005 ASchallschutz im Städtebau \cong von 55 / 45 dB(A) um weniger als 3 dB(A) überschritten werden.

Aus städtebaulichen Gründen scheidet eine Abschirmung der Gebäude durch Wände o. ä. aus, weil dadurch die Öffentlichkeit der Straße empfindlich gestört würde. Die Verlegung von Aufenthaltsräumen in straßenabgewandte Seiten ist aus demselben Grund ebenso wenig zweckmäßig. Deshalb wird ein 10,00 m breiter Streifen beidseitig der Planstraße 1 mit einer **Kennzeichnung** versehen, wo den Bauherren empfohlen wird, durch geeignete Maßnahmen selbst Vorsorge zu treffen, z. B. durch Vorbauten von Wintergärten oder Abkehr aller Schlafräume von der Straße.

Eine weitere Lärmquelle für die Umgebung kann die zukünftige Freisportanlage im Kreuzungsbereich darstellen. Ein Schallgutachten hat die Unbedenklichkeit im Hinblick auf die Schallimmissionen nachgewiesen.

Der Abstand der geplanten Wohnbebauung zur Sportfläche beträgt mind. 20,00 m. Durch Steuerung der Nutzung ist eine Belästigung der Wohnbebauung auszuschließen. Die dazwischen liegende Fläche ist für ein Feldgehölz vorgesehen.

15.2 Altlasten

Für das gesamte Gebiet ist eine Bodenuntersuchung Mitte 1991 durchgeführt worden.

Untersucht wurden Belastungen durch Blei, Zink, Cadmium und Kupfer gemäß "Mindestuntersuchungsprogramm Kulturböden" (LÖLF 1988).

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass bezüglich der künftigen Nutzung durch Wohnbebauung / Gärten keine Bedenken bestehen.

Unterhalb der Gebäude Am Silberfuchs ist in der Waldfläche ein Bombentrichter vorhanden, der verfüllt worden ist (ca. 100 m⁵ Ausdehnung, ca. 1,50 m hoch aufgeschüttet). Die Sondierungen haben im Wesentlichen Erd-, Felsaushub und Bauschutt sowie Gartenabfälle nachgewiesen. Hausmüll kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Im Hinblick auf die geplante Nutzung "Schutzfläche / Waldfläche" ist davon auszugehen, dass durch die Ablagerungen keine Schutzgüter betroffen sind.

16. Ver- und Entsorgung

Um die notwendige Versorgung des Neubaugebietes "Giersberg-Ost" zu erreichen, werden die neuen Leitungsnetze für Wasser, Gas, Strom und Fernmeldewesen an die vorhandenen Leitungen angeschlossen. Eine Anpassung der Kapazitäten an den neuen Bedarf wird von den Betreibern der Netze vorgenommen. Für die Leitungsnetze stehen sowohl die öffentlichen Verkehrsflächen als auch die festgesetzten Leitungstrassen im Bauland zur Verfügung. Zur Sicherstellung der **Stromversorgung** sind an der Planstraße 1 drei Standorte für Trafostationen festgesetzt. Die **Wasserversorgung** für das Plangebiet ist gesichert. Es ist ein Wasserdruck von > 2,5 bar vorhanden. Die abwassertechnische Erschließung des Neubaugebietes wird unter Beachtung ökologischer und wirtschaftlicher Gesichtspunkte im Trennsystem gewährleistet. Das **Entwässerungskonzept** wurde in Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg aufgestellt. Das Entwässerungsverfahren beinhaltet die Trennung der häuslichen Abwässer und der Oberflächenwässer.

1. Die anfallenden Abwässer werden im Trennsystem entwässert. Eine Ausnahme bilden lediglich die Bereiche am "Turnhallenweg" und "Im Wiesengarten" mit der vorhandenen Bebauung, die weiterhin im Mischsystem entwässert werden. Gemäß Beschluss des Bauausschusses vom 17.05.1993 werden keine talseitigen Nebensammler gebaut. Die im Baugebiet anfallenden häuslichen Abwässer werden über die städt. Kanalisation der Kläranlage Siegen zugeleitet.
2. Das Niederschlagswasser wird über Sickerrohre und Rohrrigolen abgeleitet und im Baugebiet versickert.

Die Versickerungsfähigkeit des Bodens ist durch ein Gutachten belegt. Die Rohrrigolen der Versickerungsanlagen liegen größtenteils in den Straßentrasse neben den Schmutzwasserleitungen und sind durch eine kaskadenförmige Ausbildung geeignet, Oberflächenwasser zu speichern und über die Porwände der Rohre ins Erdreich zu versichern.

Bei Völlfüllung einer Kaskade wird der nächste Abschnitt beaufschlagt, in dem dann weiter versickert wird.

Durch spezielle Kontrollschächte wird der oberhalb liegenden Rohrrigole bei Überlastung so die Möglichkeit gegeben, überschüssiges Wasser in die unterhalb liegende Rohrrigole bzw. in den Systemüberlauf im Siefen abzugeben und die Überprüfbarkeit der Anlage sicherzustellen. Das Rohr-/Rigolensystem im Bereich der Turnhalle läuft in den Schmutzwassersammler bzw. weiterführend in den Mischwassersammler Alm Wiesengarten über.

Die notwendigen Überläufe am Ende der Rigolensysteme gewährleisten als Sicherheitseinrichtung das Funktionieren der Gesamtanlage.

Die Überläufe der in den Siefen mündenden Rigolen speisen bei Überlastung das dort vorhandene Feuchtgebiet. Die Überläufe an der Planstraße 1 im Bereich des Waldgebietes versickern das Wasser in Überlaufmulden. Das Versickerungssystem ist auf eine 10-jährige Versagenshäufigkeit ausgelegt.

Die Überläufe der Versickerungsbauwerke sind so angelegt, dass bei selteneren extremen Ereignissen das System im Wesentlichen in den Siefen überläuft.

Das von dem Rigolensystem in den Untergrund eingebrachte Wasser kann zu einer Erhöhung des Grundwasserspiegels und zu Wasseraustritten an den Anschnittsflächen der Baugruben und den Untergeschossen der Gebäude führen. Daher sind die erdberührenden Außenwände und die Bodenplatten der Untergeschosse bei Bedarf druckwasserdicht auszubilden.

Hausdrainagen sind innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes unzulässig, weil andernfalls eine Störung der Rigolenversickerung zu befürchten ist.

Die Vorteile des Versickerungssystems stellen sich wie folgt dar :

- % Die ungünstigen Auswirkungen einer Flächenversiegelung bezogen auf den Wasserhaushalt können durch Regenwasserversickerung weitgehend kompensiert werden.
- % Die Gefahr einer Austrocknung des Siefens kann effizient herabgesetzt oder gänzlich vermieden werden.
Nennenswert sind die Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung und das Kleinklima, denn im Vergleich zu konventionellen Entwässerungsverfahren erhöht sich aufgrund der höheren Wassermengenbilanz auch die Verdunstungsrate. Dadurch werden die Temperaturmaxima und die Staubkonzentrationen in der Luft herabgesetzt.
- % Ein Schmutzwassereintrag aus dem Entwässerungssystem des Neubaugebietes in den Bürbach findet im Gegensatz zu konventionellen Entwässerungsverfahren nicht statt (Überlaufbauwerke).
- % Die erforderliche Retention des Regenwassers wird vollständig durch die Versickerungsanlage erzielt und im Vergleich zum Mischsystem wird die Zuflussmenge zur Kläranlage erheblich reduziert, so dass auf eine Vergrößerung der weiterführenden Hauptsammler verzichtet werden kann.

Mit dem System werden bei den öffentlichen Investitionen beträchtliche Kosteneinsparungen erzielt.

An der Planstraße 1 sind zwei **Wertstoffdepots** jeweils im Eingangsbereich des Wohngebietes festgesetzt.

17. Lokalklimatische Verhältnisse

Das Klimagutachten des Deutschen Wetterdienstes (DWD) aus dem Jahre 1993 führt aus, dass das Plangebiet für die bereits bebauten / besiedelten Bereiche in Bürbach unter klimatischen Gesichtspunkten von erheblicher Bedeutung ist.

Da z. Z. bereits keine optimalen Be- und Durchlüftungsverhältnisse in Bürbach vorherrschen, sind folgende Anwendungen aus dem Klimagutachten im Planentwurf berücksichtigt:

- % Der durch das Relief bedingte hangparallele Geschosswohnungsbau ist von einer dreigeschossigen Bebauung auf eine zweigeschossige reduziert worden.
- % Der Anteil der eingeschossigen Bereiche ist erhöht worden, weil diese Bauhöhe keine Behinderung für den Kaltluftabfluss darstellt.
- % Außerdem sind die Baukörperlängen im westlichen Teil unterhalb der Planstraße 1 auf 25,00 m begrenzt, um so Durchlässe für den Kaltluftabfluss zu bilden.
- % Der mittig im Plangebiet liegende Siefen - im oberen Bereich ca. 70 m und im unteren Bereich auf über 250 m Breite auslaufend - wird von dem Gutachten positiv bewertet, da auch die Pflanzabstände auf die Kaltluftproduktion und deren Abfluss Rücksicht nehmen. Doch wird hier weiterhin ein Zielkonflikt zwischen der im Rahmen der Ausgleichsmaßnahmen vorgesehenen Biotopentwicklung des Siefens und dem vorhandenen Kaltluftentstehungs- und -abflussgebiet bestehen.
- % Auch der Bereich zwischen geplanter und vorhandener Bebauung ist von einem Grüngürtel durchzogen, der positive Auswirkungen auf das Kleinklima hat.
- % Die Windgeschwindigkeit im Stadtgebiet ist geringer als in der freien Landschaft, weil Bebauungen diese reduzieren.
So wird auch nach der Bebauung des Giersberghanges die Windgeschwindigkeit abnehmen. Anhand einer Simulation an einem Geländemodell i. M. 1 : 25.000 ist festgestellt worden, dass es zwar zu einer Reduzierung der Kaltluftabflüsse nach Realisierung des Bebauungsplanes kommt, aber keinesfalls zu einer vollständigen Unterbindung.
- % Die Belastung der Austauschluft durch Heizabgase wird als gering eingestuft, da bei Realisierung des Bebauungsplanes die neue Energiesparverordnung in Kraft sein wird und dann nur noch emissionsarme und effiziente Heizungen erlaubt sind. Außerdem werden die neuen Häuser nach den Vorgaben der Energiesparverordnung in Niedrigenergie-Bauweise zu errichten sein, was den Energiebedarf deutlich gegenüber dem heutigen Standard herabsetzen wird. Eine Beeinträchtigung der talwärts fließenden Kaltluft wird demzufolge als messtechnisch kaum nachweisbar eingestuft.

18. **Biotope nach § 62 LG NW im Plangebiet**

Zur Offenlegung des Bebauungsplanes in der Zet vom 26.03. bis 26.04.2001 sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, dass sich im Plangebiet geschützte Biotope nach § 62 LG NW in Form von Mager- und Feuchtwiesen und Quellbereiche befinden.

Da zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Jahreszeit keine Kartierung durchgeführt werden konnte, wurde diese auf einen späteren Termin nach Wachstumsperiode verschoben.

Am 06.06.2001 fand im o. g. Plangebiet eine Geländebegehung statt, an der neben einem Vertreter der LÖBF auch sachkundige Mitarbeiter der Stadt Siegen und der Unteren Landschaftsbehörde teilnahmen.

Ziel der Begehung war die **flächendeckende Untersuchung des Plangebietes** auf mögliche Vorkommen von Magerwiesen sowie eine Abgrenzung von Bereichen, bei denen die Voraussetzungen zur Ausweisung als geschützte Biotope gemäß § 62 LG gegeben sind. Neben dem Quellbereich im mittleren Plangebiet wurden einvernehmlich 5 Magerwiesen im westlichen Plangebiet neu kartiert, die aufgrund ihres hohen Anteils an Magerkeitsanzeigern und ihres guten Erhaltungszustandes unter den gesetzlichen Schutz nach § 62 LG fallen.

Im westlichen Plangebiet wurden auch außerhalb dieser 5 Flächen Bereiche mit Magerkeitsanzeigern angetroffen, die jedoch aufgrund ihrer Nutzung, der zu geringen Anzahl an Indikatorarten und ihres schlechteren Erhaltungszustandes nicht die Voraussetzungen zur Ausweisung gemäß § 62 LG erfüllen.

Insofern kann ausgeschlossen werden, dass außer den o.g. 5 Flächen weitere §-62-Biotope übersehen wurden, obwohl sie tatsächlich vorhanden waren.

Die Kartierungen und Flächenabgrenzungen erfolgten nach anerkannten Methoden und Bewertungskriterien, wobei ein geeignetes Datum für die Kartierungen gewählt wurde, um einen möglichst großen Bestand an Magerkeitsanzeigern anzutreffen.

Die Biotope mit den Nummern

- (1) **GB 5114 - 0001 - 2001**
- (2) **GB 5114 - 0002 - 2001**
- (3) **GB 5114 - 0003 - 2001**

liegen im westlichen Teil des Bebauungsplangebietes und in den geplanten Wohnbauflächen. Sie haben eine kartierte Größe von ca. 6.600 m². Eine Kartengrundlage dieser Kartierung ist im Anhang der Begründung beigefügt.

Aufgrund des § 62 LG NW hat die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten NRW (LÖBF) nach der Offenlegung am 06.06.2001 die Biotopkartierungen vorgenommen. Es handelt sich dabei um die im Plangebiet gelegenen Biotope (Magerwiesen bzw. Weiden) und Feuchtgebiete

- (1) **GB 5114 - 0001 - 2001,**
- (2) **GB 5114 - 0002 - 2001,**
- (3) **GB 5114 - 0003 - 2001,**
- (4) **GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich),**
- (5) **GB 5114 - 0005 - 2001,**
- (6) **GB 5114 - 0006 - 2001,**
- (7) **GB 5113 - 00030.**

Die zuletzt genannten drei Biotope werden durch die Bauleitplanung nicht tangiert. Bezüglich des Quellbereiches sind mögliche Beeinträchtigungen minimiert. Wegen der drei zuerst genannten Biotope beantragte die Stadt Siegen am 03.07.2001 bei der Unteren Landschaftsbehörde die Erteilung einer Ausnahme von den für gesetzlich geschützte Biotope geltenden Verboten. Dieser Antrag wurde u. a. damit begründet, dass die geschützten Flächen weniger als 2 % des gesamten Planbereiches umfassen und nicht mehr mit vertretbarem planerischen Aufwand aus dem Plangebiet ausgeklammert werden könnten.

Auch eine Erweiterung des Plangebietes nach Osten auf den Hang zur K 4 (Obere Dorfstraße) scheidet aus städtebaulichen und Immissionsschutzgründen aus, weil

- % die AObere Dorfstraße ≙ als Kreisstraße (K 4) mit hohem Lkw-Anteil die Orientierungswerte der DIN 18005 ASchallschutz im Städtebau ≙ erst bei einem Schutzabstand von ca. 80 m einhalten kann;
- % die Hangneigung nach Osten eine optimale Besonnung und die Nutzung von Solarenergie stark einschränkt,
- % der wirksame Flächennutzungsplan (FNP) der Stadt Siegen einen ca. 70 m breiten Grünstreifen zur K 4 vorsieht;
- % der bestehende Bewuchs beidseitig des vorhandenen Fußweges in einer Breite von ca. 35 m einen so hohen ökologischen Wert hat, dass dieser zu erhalten ist.

Die Grundidee des Bebauungsplankonzeptes ist aus einem Ideenwettbewerb hervorgegangen, der mit Verbesserungsvorschlägen des Preisgerichtes so vom Bauausschuss des Rates der Stadt Siegen beschlossen wurde. Während der Planentwicklung ist durch Reduzierung an den Randbereichen das Plangebiet auf 36 ha verkleinert worden. Dies ist auch vor dem Hintergrund der Schonung des vorhandenen Naturhaushaltes geschehen.

Wegen der weiteren Biotope wurde keine Ausnahmegenehmigung beantragt. Diese Biotope liegen innerhalb von Grünflächen- / Ausgleichsflächen und deshalb sind keine störenden Eingriffe zu erwarten. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein erteilte am 07.09.2001 die beantragte Ausnahmegenehmigung mit Auflagen.

Diese Auflagen betreffen Flächen, die von der Stadt Siegen als Ausgleich für die durch die Planung in Anspruch genommenen Flächen zur Verfügung gestellt werden. Hierzu zählen :

- (1) Wiederaufforstung eines Fichtenbestandes in Bürbach, Flur 5 Nr. 392, ca. 4.500 m²

Anlage eines Eichen-Buchen-Waldes - Biotopwert 6

- (2) Flächenaufwertung von Brachflächen im Bereich Tiergarten in Bürbach, Flur 5 Nr. 17 (3.434 m²), Nr. 18 (2.354 m²), Nr. 22 (1.399 m²), Nr. 459 (845 m²)
Gesamtfläche 8.022 m²

Anlage einer extensiven Wiesennutzung mit einigen Gehölzen mit Entwicklungsziel Magerwiese - Biotopwert 7

- (3) Flächenaufwertung von Grünlandfläche im Bereich ABergelche in Bürbach, Flur 6, Teilbereiche Nrn. 37, 38, 39, 68 und 69, ca. 4.500 m²

Anlage einer extensiven Wiesennutzung mit Obstbäumen - Biotopwert 6

- (4) Flächenaufwertung von Grünlandfläche in Volnsberg, Flur 6 Nr. 72, 7.878 m²

Anlage einer Obstwiese - Biotopwert 6

Diese Flächen wurden am 07.12.2000 der ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein im Rahmen eines Gesamtpaketes für das Ökokonto der Stadt Siegen gemeldet und bestätigt.

Die zuvor dargestellten Maßnahmen erzielen eine Wertsteigerung von 66.678 Wertpunkten.

Gegen diesen Bescheid legte der NABU mit Schreiben vom 04.10.2001 Widerspruch ein. Der NABU setzt sich gegen die Ausnahmegenehmigung bezüglich der drei zuerst genannten Biotope zur Wehr. Zur Begründung führte er u. a. ferner aus, dass auch das Biotop GB 5114 - 0004 - 2001 (Quellbereich) - mit Wohnbauflächen teilweise überplant und durch eine Straßenführung (neue Planstraße 1) beeinträchtigt werde. Im Übrigen seien weitere Flächen zwischen den drei oben zuerst genannten Magerwiesen als Biotope schützenswert, so dass auch insoweit eine Ausnahme hätte beantragt werden müssen. Die angenommenen Beeinträchtigungen durch die neue Planstraße 1 werden durch technische Maßnahmen am Straßenkörper, die Höhenlage der Gradienten und die Ausgestaltung des Untergrundes so weit gemindert, dass der Einzugsbereich des Quellbereiches nicht von erheblichen oder nachhaltigen Beeinträchtigungen betroffen ist. Der eigentliche Austritt der Quelle ist durch die Festsetzungen des Bebauungsplanes geschützt, da er in einer öffentlichen Grünfläche liegt und somit von erheblichen und nachhaltigen Beeinträchtigungen geschützt ist.

Sollte der Hangbereich baulich tangiert werden, trägt die Stadt Siegen Sorge dafür, dass das von oben kommende Quellwasser ordnungsgemäß in den Untergrund fließen, verrieseln und versickern kann.

Der Widerspruch des NABU ist durch Widerspruchsbecheid der Bezirksregierung Arnsberg vom Januar 2002 zurückgewiesen worden.

Mit Datum vom 26.10.2001 hat die Stadt Siegen den Antrag auf sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides vom 07.09.2001 gestellt.

Die ULB des Kreises Siegen-Wittgenstein hat mit Verfügung vom 24.01.2002 die sofortige Vollziehung des Ausnahmebescheides verfügt.

Eine Kopie der Verfügung ist als Anlage beigefügt.

19. Ordnung des Grund und Bodens

Die Flächen des Plangebietes befinden sich zu rd. 50 % in städtischem Besitz. Um die Verwirklichung des Bebauungsplanes zu ermöglichen, sind gemäß Bau-gesetzbuch (BauGB) die Ausübung des Vorkaufsrechtes und bodenordnende Maßnahmen, wie Grenzregelungen, Umlegung u. ä., erforderlich.

20. Kosten

Die überschläglich ermittelten Kosten für die städtebaulichen Maßnahmen zur Realisierung dieses Bebauungsplanes betragen voraussichtlich 17,5 Mio. DM. Darin enthalten ist der Straßenbau mit Beleuchtung und Begrünung, der Kanalbau und der Ausbau der Ausgleichsflächen (jeweils ohne Grundstückswert).

Die Mittel zur Finanzierung des Stadtanteiles sind im Haushaltsplan bereitzustellen. Der verbleibende Kostenanteil wird durch Erschließungsbeiträge und durch Ausgleichszahlungen zu decken sein.

Die Ausgleichskosten für die Versiegelung der Verkehrsflächen werden im Rahmen der Erschließungsbeiträge refinanziert. Für die Erhebung der Ausgleichszahlungen für die Versiegelung der Bauflächen ist noch eine Satzung gemäß § 135 c BauGB zu erlassen.

Siegen, im Februar 2002

STADT SIEGEN
Fachbereich 7
Stadtplanung
I. A.

Bearbeitet von :
Fachbereich 7
Stadtplanung
Rainer Brede

Ulrike Rohr

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7/4
Bearbeitet von: Frau Conrad

Datum
12.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

**Zuschüsse für Umweltschutzmaßnahmen;
hier: Mittelaufteilung**

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Haushaltsplanes 2002 sowie der Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel beschließt der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie die Gewährung von Zuschüssen aus der HSt. 1.120.9500.4 für die mit a) bis c) benannten Projekte.

Sachverhalt / Begründung:

a) Antragsteller : Realschule „Am Schießberg“
Fachkonferenz Biologie
Schießbergstraße
57078 Siegen
Schriftlicher Antrag vom 28.01.2002

Projekt : Verschiedene Umweltprojekte

Für die Unterhaltung der Hausgärtnerei, den Bau von Vogel- und Fledermauskästen sowie Futterhäusern für die Überwinterung werden Mittel benötigt.

Weiterhin wird für die Reparatur und Ergänzung der bestehenden Aquarienanlage für heimische Fische, die Ergänzung des Umweltkoffers, der Kompostanlage und die Erweiterung der Wildhecke ein Zuschuss beantragt in Höhe von

1.500,00 €

- Stellungnahme der Verwaltung : Die Realschule „Am Schießberg“ führt bereits seit Jahren regelmäßig verschiedene Umweltprojekte durch. Auch in diesem Jahr ist die Fortführung der laufenden Projekte vorgesehen. Das umweltpädagogische Engagement der Schule sollte deshalb durch die Gewährung eines Zuschusses in der beantragten Höhe unterstützt werden.
- b) Antragsteller : Gymnasium „Auf der Morgenröthe“
Höllenwaldstraße 100, 57080 Siegen
Schriftlicher Antrag vom 09.02.2002
- Projekt : Schulwald und Schulgarten
- Das Gymnasium „Auf der Morgenröthe“ beantragt Mittel für die laufende Gestaltung und Unterhaltung des Schulwaldes sowie des Schulgartens. Neben Ergänzungspflanzungen im Schulwald sind kleine Heilkräuterpflanzungen sowie Strauchpflanzungen um das Gartenhaus im Schulgarten vorgesehen. Weiterhin werden Mittel zur Beschaffung neuer Holzpfähle und Plastikschilder sowie für eine Reparatur am Gartenhaus benötigt. Insgesamt wird ein Zuschuss beantragt in Höhe von

840,00 €

- Stellungnahme der Verwaltung : Wie in den vergangenen Jahren sollte die Unterhaltung und weitere Gestaltung des Schulwaldes sowie des Schulgartens am Gymnasium „Auf der Morgenröthe“ unterstützt werden. Eine Gewährung des beantragten Zuschusses wird somit befürwortet.
- c) Antragsteller : Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e. V. (BUND)
Kreisgruppe Siegen-Wittgenstein
In der Hüttenwiese 30
57072 Siegen
Schriftlicher Antrag vom 14.02.2002
- Projekt : Multivisionsschau „Klima & Energie“
- Die Kreisgruppe Siegen - Wittgenstein des BUND hat am 4. und 5. März 2002 gemeinsam mit dem Bundesverband der BUND-Jugend, Hamburg, eine Multivisionsschau zum Thema „Klima & Energie“ veranstaltet.

An den 6 Vorführungen haben 6 Schulen mit ca. 1100 Schülern teilgenommen.

Inhalt der Multivisionsshow war die anschauliche und schülergerechte Präsentation des komplexen Themas „Klima & Energie“. Die Beteiligung der Schulen zeigt, dass sie damit ein willkommene Ergänzung für den Sachkundeunterricht darstellte. Ziel war, die Jugendlichen für aktive Beiträge zum Klimaschutz und die Mitgestaltung der Zukunft zu motivieren. Die Gesamtkosten für die Multivisionsschau belaufen sich auf 4.600 €. Der BUND beantragt hierfür einen anteiligen Zuschuss in Höhe von

1.022,00 €

Stellungnahme der
Verwaltung

: Die Gesamtkosten werden mitfinanziert durch Eintrittsgelder der Schüler und Zuschüsse der SVB sowie der Volksbank im Siegerland. Eine Gewährung des Zuschusses in der beantragten Höhe wird befürwortet, da die Veranstaltung des BUND den Förderrichtlinien entspricht und die klimaschutzbezogene Öffentlichkeitsarbeit der Verwaltung mit einer großen Breitenwirkung ergänzt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|
| 3.362,00 € | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|---|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 15.000,00 € | Haushaltsstelle 1.120.9500.4 |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|---|------------------------------|

Im Auftrag

Schul

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7/4
Bearbeitet von: Frau Krämer / Herrn Dr. Kraft

Datum
22.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

**Sitzungen der städt. Baumkommission am 14.02.2002 und 21.03.2002;
hier: Beschlussempfehlungen**

In den beiliegenden Niederschriften sind die von der städtischen Baumkommission in ihren Sitzungen am 14.02.2002 und 21.03.2002 getroffenen Empfehlungen zur weiteren Behandlung städtischer Bäume und Gehölzflächen aufgeführt.

Sie werden hiermit gemäß § 6 Absatz 4 der „Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“ vom 16.06.1998 (Baumschutzsatzung) in der Fassung der 1. Änderungssatzung vom 29.11.2001 dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen zur Kenntnis gegeben.

Im Auftrag

Schul

Anlagen: 2

Stadt Siegen
Fachbereich 7
Abt. 7/4 - Umwelt
68.80.07/2.2

Siegen, den 20.02.2002

N i e d e r s c h r i f t **über die 16. Sitzung der städtischen Baumkommission** **am 14.02.2002**

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr
Ende der Sitzung: 17.25 Uhr

Teilnehmer:

| | | |
|--------------------|---|---|
| Herr Schlabach | - | CDU als Vorsitzender |
| Herr Müller | - | SPD |
| Herr Vetter | - | UWG |
| Frau Gelling | - | Bündnis 90 / Die Grünen |
| Frau Nauck | - | FDP |
| Herr Hoffmann | | Umweltverbände |
| Herr Dietermann | | Fachbereich 1 – Liegenschaften |
| Frau Schreiber | | Fachbereich 9 – Straße und Verkehr |
| Herr Unterbäumen | - | Fachbereich 8 - Grünflächen |
| Herr Fischer | - | Fachbereich 8 - Grünflächen |
| Herr Dr. Wiedemann | | Fachbereich 7 - Umwelt - zugleich als Schriftführer |

Die Mitglieder der Baumkommission hatten zu folgenden Tagesordnungspunkten Beschlussempfehlungen zu treffen:

TOP 1 - Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 13.12.2001

Die Niederschrift über die Sitzung der Baumkommission vom 13.12.2001 wurde einstimmig genehmigt. Herr Hoffmann wies darauf hin, dass sein Name in der o.g. Niederschrift in der Auflistung der Teilnehmer vergessen worden ist.

TOP 2 - Mitteilungen der Verwaltung

Herr Unterbäumen teilte mit, dass es, bedingt durch das Schneeereignis im Dezember und Januar, vielfach zu Fällen von Schneebruch gekommen ist, so z.B. am Hermelsbacher Friedhof, wovon hauptsächlich Birken, Fichten und Douglasien betroffen waren.

Herr Fischer weist auf die „Empfehlungen zum Schutz vor Unfällen mit Aufprall an Bäumen“ und die „Richtlinien für passive Schutzeinrichtungen an Straßen“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen hin, die sich mit dem Thema Sicherheit an Straßen beschäftigen. Eine Einführung dieser Bestimmungen würde bedeuten, dass Neuanpflanzungen von Straßenbäumen nur noch im Abstand von 8 bzw. 12 m vom Fahrbahnrand möglich wären. In diesem Zusammenhang macht Herr Fischer auf eine Protestkarten-Aktion der Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V. aufmerksam, in der der Bundesverkehrsminister aufgefordert wird, die o.g.

Richtlinien zurückzuziehen bzw. zu überarbeiten, sodass Neuanpflanzungen gemäß bestehender Praxis weiterhin gewährleistet sind.

TOP 3 - 1 Birke; Westerwaldstraße, Pestalozzischule

Nach Erläuterung durch die Verwaltung stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung von einer Birke zu, da der Baum Fäulnis im Stamm und Stammfußbereich aufweist und hochstehende Wurzeln hat.

Als Ersatzpflanzung ist eine Linde auf dem Schulgrundstück im Bereich der Westerwaldstraße als Straßenbaum vorgesehen.

TOP 4 - 4 Robinien; Hauptstraße Kaan-Marienborn, Grundschule

Vor Ort stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung der vier Robinien zu. Als Gründe wurden Stammfäulnis, teilweiser Schrägstand sowie Abwurf von Totholz erkannt, was eine Gefährdung darstellt, da es sich um einen Schulweg für Schulkinder handelt.

Als Ersatz sind vier Baumhasel an der Straße „Am Arnold“ im Wohngebiet Kohrweg zu pflanzen.

TOP 5 - 1 Douglasie; Kohrweg, neuer Friedhof, Nähe Halle

Vor Ort konnten die deutlichen Schäden durch Astabbrüche und der Zwiesel an der Douglasie besichtigt werden. Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission einstimmig einer Beseitigung des Baumes sowie der Ersatzpflanzung von zwei Linden „Auf der Kohlbraas“ im Neubaugebiet Kohrweg zu.

TOP 6 - 1 Ahorn, 1 Roteiche, 1 Weide; Holunderweg, Spielplatz

Nach Erläuterung durch die Verwaltung stimmte die Baumkommission vor Ort einstimmig der Entfernung der Bäume zu, da der Ahorn und die Weide Faulstellen im Stamm und Stammfußbereich aufweisen und die amerikanische Roteiche einen Pilzbefall an der Schnittwunde hat. Der unter Punkt 3 aufgeführte Goldregen steht nicht mehr auf dem Spielplatz, sondern dem angrenzenden Privatgrundstück und ist daher nicht mehr Gegenstand von TOP 6. Aus diesem Grund reduziert sich die vorgesehene Ersatzpflanzung von 6 auf 4 Linden, die in der Straße „Am Ellenberg“ im Neubaugebiet Kohrweg gepflanzt werden sollen.

TOP 7 - 2 Douglasien, 1 Lärche; Stockfriedhof

Nach Ortsbesichtigung und Erläuterung der Verwaltung stimmte die Baumkommission einstimmig der Fällung der Lärche zu, da von diesem Baum durch seinen gefährlichen Tiefzwiesel eine erhöhte Bruchgefährdung ausgeht.

Bezüglich der beiden Douglasien auf dem Friedhofsgelände erbrachte die Abstimmung 3 zu 2 Stimmen für die Entfernung der beiden Bäume, die starke Stamm- und Astbrüche durch Schneelast aufweisen und eine Gefährdung des angrenzenden Wohnhauses darstellen.

Als Ersatz wurde die Anpflanzung von 50 Gehölzen auf dem Friedhofsgelände beschlossen.

TOP 8 - 1 Lärche; Ernstweg, Bereich unterhalb Haus Nr. 44

Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission vor Ort einstimmig der Entfernung der Lärche zu, die Zwieselbildung und einen ausgebrochenen Leittrieb aufweist.

Als Ersatz ist die Pflanzung von einem Baumhasel in der Straße „Am Ellenberg“ im Neubaugebiet Kohrweg vorgesehen.

TOP 9 - 6 Robinien; Gießereistraße 28-36

Vor Ort stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung der 6 Robinien zu, da in allen Fällen erhebliche Stammschäden mit Fäulnisbildung vorliegen. Als Ersatz sind 11 neue Bäume geplant, wovon 6 Säulenhainbuchen vor Ort und 5 Baumhasel in der „Raiffeisenstraße“ im Neubaugebiet Kohrweg gepflanzt werden sollen.

TOP 10 - 4 Pappeln; In der Herrenwiese 5, Klärwerk

Nach Erläuterung durch die Verwaltung stimmte die Baumkommission vor Ort einstimmig der Entfernung der 4 Pappeln zu, für die ein Antrag auf Entfernung von ESI vorliegt. Die Standsicherheit der Bäume ist in erheblichem Maße gefährdet, und herabfallendes Totholz führt zu Schäden an darunter parkenden PKW.

Als Ersatz ist die Pflanzung von insgesamt 9 heimischen Laubbäumen im Stadtgebiet vorgesehen.

TOP 11 - 1 Zirbelkiefer; Oberes Schloss, innerer Schlossgarten

Nach Ortsbesichtigung und Erläuterung durch die Verwaltung stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung der Zirbelkiefer zu. Der Baum hatte durch Blitzschlag und Schneelast einen Astabbruch erlitten, was seine Statik in negativer Weise verändert hat.

Als Ersatz wurden zwei Linden in der Straße „Am Ellenberg“ im Neubaugebiet Kohrweg festgelegt.

TOP 12 - 2 Schnurbäume; Bertramsplatz

Vor Ort stimmte die Baumkommission einstimmig der Beseitigung von zwei Schnurbäumen zu, die als bruchgefährdete Druckzwiesel eingestuft werden mussten.

Als Ersatz werden im Zuge der Neugestaltung des Bertramsplatzes im Jahre 2003 fünf heimische Laubbäume gepflanzt.

TOP 13 - 1 Linde, 1 Roteiche; Friedhof Achenbach

Nach Erläuterung durch die Verwaltung stimmte die Baumkommission vor Ort einstimmig der Entfernung von einer Linde und einer Roteiche auf dem Achenbacher Friedhof zu. Die Linde wies Astausbrüche, Stammwunden, Faulstellen und geringen Kronenzuwachs auf, die Roteiche unzureichende Kronenausbildung bei Dichtstand.

Als Ersatz wurde einstimmig die Pflanzung von 2 Linden auf dem Friedhofsgelände festgelegt.

TOP 14 - Pflege- und Verjüngungsschnitt; Hundsbergstraße in Eiserfeld, Fußweg Helsbachstraße

Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission vor Ort einstimmig dem geplanten Pflege- und Verjüngungsschnitt zu, wobei zwei Robinien, eine Eiche, eine Kiefer und eine Kirsche wegen Schrägstand und Zwieselbildung entfernt werden müssen. Ersatzpflanzungen sind nicht vorgesehen, da der Gehölzbestand insgesamt erhalten bleibt.

TOP 15 - 1 Lärche; Niederschelden, Wendehammer am Brandzecher Weg

Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung der Lärche zu, für die ein Bürgerantrag vorliegt. Der Baum hat eine einseitige Krone zum Wendehammer hin ausgebildet, und es besteht die Gefahr von Astabbrüchen. Eine Ersatzpflanzung wird nicht für nötig erachtet, da umliegend ausnahmslos Waldflächen sind.

TOP 16 - Flügelnuss; Siegerlandhalle, Parkhotel

Vor Ort erläuterte die Verwaltung eingehend die Gründe, die eine Fällung des Baumes notwendig machen: starke Schräglage, Umsturz- und Astausbruchgefahr. Bei der anschließenden Abstimmung votierten 4 Mitglieder der Baumkommission für eine Entfernung des Baumes und ein Mitglied dagegen.

Als Ersatz wurde die Pflanzung von einer Flügelnuss vor Ort sowie drei Linden im Neubaugebiet Kohrweg festgelegt.

TOP 17 - Baumbestand; Geisweid, Im Söntchen

Nach Erläuterung durch Herrn Dietermann vom FB 1, Abteilung Liegenschaften, stimmte die Baumkommission einstimmig der Entfernung der Bäume (21 mehrstämmige Eichen, 1 Espe, 1 Birke, 1 Buche, 3 Pappeln, 2 Lärchen) zu, wobei klar festgestellt wurde, dass der Großteil der Bäume bereits im Januar ohne den erforderlichen Beschluss der Baumkommission abgeholzt worden ist.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schlabach, wertete diesen Fall als eindeutigen Fehler der Verwaltung und bat darum, in Zukunft die Baumschutzsatzung genau einzuhalten. Ansonsten würde sich die Stadt Siegen unglaublich machen und könne auch nicht mehr von ihren Bürgerinnen und Bürgern die Einhaltung der Baumschutzsatzung fordern. Alle anderen Mitglieder der Baumkommission schlossen sich vorbehaltlos dieser Meinung an.

Abschließend betonte Herr Dietermann, dass es sich in diesem Fall um ein Versehen gehandelt hat und entschuldigte sich dafür, dass Bäume auf einem städtischen Grundstück ohne den erforderlichen Beschluss der Baumkommission entfernt worden sind.

TOP 18 - 2 Lärchen; Kaan-Marienborn, Am Langen / Unter der Eremitage

Nach Vortrag der Verwaltung stimmte die Baumkommission vor Ort einstimmig der Entfernung der beiden Lärchen zu, da die Bäume Astabbrüche im Fußgängerbereich aufweisen. Als Ersatzpflanzung wurden 15 heimische Gehölze für den gleichen Standort festgelegt.

TOP 19 - Linden am Brüderweg, Ausbau der Straße

Frau Schreiber vom Fachbereich 9, Abteilung Straße und Verkehr, erläuterte die Planungen zum Ausbau des Brüderwegs, wobei in einen umfangreichen Straßenbaumbestand (Linden) eingegriffen werden muss. Da zu der vorhandenen Planung erst noch am 13. März 2002 im Bauausschuss der Stadt Siegen ein Beschluss gefasst werden soll, regte Herr Müller an, die vorgestellte Planung zur Kenntnis zu nehmen und hierzu noch keine Empfehlung der Baumkommission abzugeben. Dies sollte zu einem späteren Termin geschehen, u.U. im Rahmen einer Sondersitzung, damit auch die Baumkommission genügend Zeit hat, sich mit dem umfangreichen Sachverhalt vertraut zu machen.

TOP 20 - Verschiedenes

Herr Hoffmann sprach die geplanten Ersatzpflanzungen (s. TOP 4, 5, 6, 8, 9, 11 und 16) im Bereich des Neubaugebietes „Kohrweg“ an. Er wollte wissen, ob die vorgesehenen Baumpflanzungen u.U. bereits als Ausgleichsmaßnahmen im Bebauungsplan „Kohrweg“ festgesetzt worden sind. Herr Fischer erklärte, dass es sich bei den o.g. Ersatzpflanzungen im Straßenbereich um zusätzliche Bäume handelt, die nicht durch den Bebauungsplan „Kohrweg“ festgesetzt sind.

Herr Unterbäumen teilte mit, dass die beiden Kastanien an der Marienkirche am Vormittag gefällt worden sind. Er präsentierte ein Stück des Baumstammes aus dem Kronenbereich, bei dem ersichtlich wurde, wie umfangreich und wie gefährlich die Faulstellen tatsächlich waren (s. TOP 7 der Sitzung der Baumkommission vom 13.12.2001).

Frau Gelling erbat Auskunft darüber, ob eine Auflistung der geleisteten Ersatzpflanzungen existiert, um die Standorte dieser Bäume nachhalten zu können. Herr Fischer teilte mit, dass eine solche Auflistung vorliegt; sie wird der Baumkommission einmal pro Jahr als Rechenschaftsbericht über geleistete Ersatzpflanzungen mit Angaben zu Baumart und Standort (Straße) zur Kenntnis gegeben. Herr Müller regte in diesem Zusammenhang an, den Ersatz möglichst dort zu pflanzen, wo die Bäume auch weggekommen sind. Herr Fischer betonte, dass das der Grundsatz ist, nach dem die Verwaltung bei den Ersatzpflanzungen in der Regel vorgeht.

Schlabach
Vorsitzender

Dr. Wiedemann
Schriftführer

Stadt Siegen
Fachbereich 7
Abt. 7/4 - Umwelt
68.80.07/2.2

Siegen, den 22.03.2002

N i e d e r s c h r i f t
über die 17. Sitzung der städtischen Baumkommission
am 21.03.2002

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr
Ende der Sitzung: 15.30 Uhr

Teilnehmer:

| | | |
|------------------|---|---|
| Herr Schlabach | - | CDU als Vorsitzender |
| Herr Müller | - | SPD |
| Herr Vetter | - | UWG |
| Frau Nauck | - | FDP |
| Herr Krombach | - | Bündnis 90 / Die Grünen |
| Herr Hoffmann | - | BUND |
| Herr Unterbäumen | - | Fachbereich 8 - Grünflächen |
| Herr Düber | - | Fachbereich 8 - Grünflächen (bis TOP 3) |
| Herr Dr. Kraft | - | Fachbereich 7 - Umwelt - zugleich als Schriftführer |

Die Mitglieder der Baumkommission hatten zu folgenden Tagesordnungspunkten Beschlussempfehlungen zu treffen:

TOP 1 - Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 14.02.2002

Die Niederschrift über die Sitzung der Baumkommission vom 14.02.2002 wurde einstimmig genehmigt.

TOP 2 - Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Unterbäumen** informierte darüber, dass in Kürze ein ca. 150 m langer und bis 12 m breiter Fichtenstreifen zwischen der Kreuztaler Straße und der Langenauer Straße in Sohlbach aus Verkehrssicherungsgründen eingeschlagen werden muss.

Die Fichten stehen sehr dicht und weisen Trocknis- und Rotfäuleschäden sowie Windbruch auf. Von der Verwaltung werde ein Antrag auf Waldumwandlung nach Landesforstgesetz NRW bei der Unteren Forstbehörde gestellt. Nach Durchführung der Maßnahme solle dieser Streifen mit heimischen standortgerechten Gehölzen als Grünanlage wieder bepflanzt werden.

TOP 3 - Antrag der UWG-Fraktion vom 05.02.2002

Außerkraftsetzung / Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“

Herr **Dr. Kraft** und Herr **Düber** erläuterten zunächst aus Sicht der Verwaltung die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung sowie zur Arbeit der städtischen Baumkommission. Sie vertraten abschließend für die Verwaltung die Auffassung, dass sowohl die städtische Baumschutzsatzung als auch die städtische Baumkommission in ihrer jetzigen Form beibehalten werden sollten.

Ergänzend informierte Herr **Düber** über den aktuellen Stand zur Aufstellung eines Baumkatasters für den städtischen Baumbestand. Dieses werde derzeit von Karteikarten auf EDV-Basis umgestellt und im Rahmen der jährlich durchzuführenden Baumkontrollen weiter vervollständigt. In ca. 2 Jahren könne mit einer Fertigstellung der Datenbank gerechnet werden.

Herr **Vetter** stellte klar, dass der UWG-Fraktion in keinem Fall an einer Abschaffung der Baumschutzsatzung sondern vielmehr an einer Änderung des jetzigen Satzungsinhaltes gelegen sei. Bezugnehmend auf die Stellungnahme der Verwaltung wies er darauf hin, dass aufgrund der vorgelegten Fallzahlen die dicht besiedelten Bereiche der Kernstadt als Schwerpunkt der Baumschutzsatzung anzusehen seien, wohingegen aus den dörflich geprägten Ortsteilen nur sehr wenige Ausnahmeanträge eingegangen seien. Ihm seien mehrere Fälle bekannt, in denen Bäume bewusst gefällt wurden, um ein Hineinwachsen in den Geltungsbereich der Baumschutzsatzung zu verhindern. Er plädierte dafür, den Geltungsbereich der Baumschutzsatzung auf den eigentlichen Kernbereich der Stadt Siegen zu konzentrieren.

Herr **Müller** stimmte den Inhalten der vorgelegten Verwaltungs-Stellungnahmen voll zu. Die Resonanz in der Öffentlichkeit in den letzten Jahren zeige, dass gute Arbeit bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung und beim Umgang mit städtischen Bäumen geleistet wurde. Er bewertete eine Abgrenzung zwischen den Kernbereichen der Stadt und den dörflich geprägten Stadtteilen als schwierig und rechtlich kaum durchsetzbar. Durch die novellierte Naturdenkmal-Verordnung würden im übrigen ohnehin zahlreiche ortsbildprägenden Bäume im Innenbereich wirksam geschützt. Er empfahl, die Baumschutzsatzung in ihrer jetzigen Form beizubehalten und den Antrag der UWG-Fraktion abzulehnen.

Auch Frau **Nauck** stimmte in ihrer Einschätzung mit den Stellungnahmen der Verwaltung überein und sprach sich für die Beibehaltung der bisherigen Praxis aus.

Nach Ansicht von Herrn **Krombach** hat sich sowohl die Baumschutzsatzung als auch die Arbeit der Baumkommission bewährt, so dass er dem Antrag der UWG-Fraktion nicht zustimmen könne. Durch die beantragte räumliche Trennung zwischen Innenstadt und Randbereichen werde eine Ungleichbehandlung der Grundstückseigentümer verursacht, die auf jeden Fall vermieden werden müsse.

Herr **Hoffmann** schloss sich der Einschätzung seiner Vorredner an und lehnte die beantragte räumliche Trennung des Geltungsbereichs der Baumschutzsatzung ab. Die Baumschutzsatzung und die Baumkommission hätten sich in der Praxis bewährt und sollten deshalb nicht verändert werden.

Herr **Schlabach** dankte zunächst der Verwaltung für die ausführlichen Stellungnahmen, die für die Baumkommission und den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie eine gute Diskussionsgrundlage darstellten. Er bat darum, die Stellungnahmen in Form einer Verwaltungsvorlage auch dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vorzulegen. Er könne keine Fällaktionen in dörflichen Bereichen erkennen, mit denen Baumbesitzer ein Hineinwachsen von Bäumen in den Regelungsbereich der Baumschutzsatzung verhindern wollten. Er bedauerte, dass durch den Antrag der UWG-Fraktion erneut eine allgemeine Diskussion über die Baumschutzsatzung ausgelöst wurde. Abschließend sah auch er kein Erfordernis, die Baumschutzsatzung oder die Arbeit der städtischen Baumkommission zu ändern.

Bei vier Ja-Stimmen und einer Gegenstimme empfahl die städtische Baumkommission dem städtischen Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, den vorliegenden Antrag der UWG-Fraktion zur Änderung der städtischen Baumschutzsatzung abzulehnen.

TOP 4 - Linden am Brüderweg / Ausbau der Straße

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Verwaltung zurückgezogen, da gemäß einem Beschluss des städtischen Bauausschusses zunächst noch eine Beratung im städtischen Verkehrsausschuss abgewartet werden sollte. Sobald dies geschehen sei und ein Beschluss des Bauausschusses vorliege, werde die Angelegenheit auch der Baumkommission zur erneuten Beratung vorgelegt.

TOP 5 - Linde am Schützenhaus Achenbach

Nach Durchführung einer Ortsbesichtigung stimmten die Mitglieder der Baumkommission mit der Einschätzung der Verwaltung überein, dass es sich bei der betreffenden Linde wegen der deutlichen Seitenneigung und bereits erkennbarer Anhebungen des Wurzeltellers um einen Gefahrenbaum handelt, dessen Beseitigung aus Gründen der Verkehrssicherheit erforderlich ist. Die Verwaltung kündigte an, in Kürze eine Ausnahmegenehmigung zur Beseitigung der Linde zu erteilen.

TOP 6 - Verschiedenes

Herr **Vetter** bat die Verwaltung um Auskunft darüber, wie die Rechtslage bei stehen gelassenen Kletterbäumen auf städtischen Spielplätzen aussehe. Herr **Düber** berichtete daraufhin, dass derartige Kletterbäume oder Baumstümpfe nicht den einschlägigen Sicherheitsvorschriften entsprechen und deshalb im Schadensfalle staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und ggf. eine persönliche Verantwortung von Mitarbeitern der Verwaltung die Folge sein könnten.

Herr **Hoffmann** und Frau **Nauck** vertraten demgegenüber die Auffassung, dass die naturnähere Ausstattung von Spielplätzen auch mit Kletterbäumen gefördert werden sollte, um den Kindern mehr Spielmöglichkeiten zu bieten.

Die Verwaltung wurde gebeten, eine rechtliche Stellungnahme zur angesprochenen Problematik einzuholen und der Baumkommission in einer der nächsten Sitzungen vorzulegen.

Schlabach
Vorsitzender

Dr. Kraft
Schriftführer

VERWALTUNGSVORLAGE

| | | | |
|------------------|-----------------|-------------|------------|
| Geschäftsbereich | 4 | | Datum |
| Fachbereich | 7/4 | 8/1 | 22.03.2002 |
| Bearbeitet von: | Herrn Dr. Kraft | Herrn Düber | |

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

**Stellungnahme zum Antrag der UWG-Fraktion vom 05.02.2002
"Außerkraftsetzung / Änderung der städtischen Baumschutzsatzung"**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt, die Baumschutzsatzung der Stadt Siegen in ihrer jetzigen Form beizubehalten.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Datum vom 05.02.2002 stellte die UWG-Fraktion einen Antrag gemäß § 9 der Geschäftsordnung mit dem Thema „Außerkraftsetzung / Änderung der Satzung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Siegen“.

Dieser Antrag wurde in der Sitzung des Rates am 27.02.2002 erörtert und zur weiteren Behandlung an den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie verwiesen. Vor der Erörterung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie am 09.04.2002 hat sich die städtische Baumkommission in ihrer Sitzung am 21.03.2002 ebenfalls mit dem o.g. Antrag befasst.

Um eine Grundlage für die Erörterungen in der städtischen Baumkommission und im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu schaffen, wird aus Sicht der Verwaltung zum o.g. Antrag der UWG-Fraktion wie folgt Stellung genommen:

Bericht zum Status Quo:

1. Jahresberichte zur Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung

Seit 1991 wird der zuständige Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie anhand einiger Kennzahlen regelmäßig über die Umsetzung der Baumschutzsatzung informiert. Der folgende Bericht für das Jahr 2001 wurde in der Sitzung des AfULE am 21.02.2002 vorgestellt:

„Von 286 gestellten Anträgen wurden ca. 9 % von der Verwaltung nach vorheriger Prüfung und Ortsbesichtigung als unbegründet bzw. zumutbar abgelehnt. In 22 Fällen wurde die Beseitigung von Bäumen aufgrund von geplanten Baumaßnahmen beantragt und größtenteils auch genehmigt.

Insgesamt wurde für 462 Bäume (189 Laub- und 273 Nadelbäume) eine Ausnahmegenehmigung bzw. Befreiung nach § 6 der Baumschutzsatzung erteilt. 19 % des betreffenden Baumbestandes mussten aus unterschiedlichen Gründen als stark geschädigt oder abgestorben eingestuft werden. Zudem wurden weitere 42 % als geschädigt bewertet.

174 Vorgänge (61 %) wurden mit der Auflage einer Ersatzpflanzung verbunden (Vergleich 2000: 232 Vorgänge = 66 %).

In Fällen, in denen Ordnungswidrigkeitenverfahren gemäß § 12 der Baumschutzsatzung wegen ungenehmigter Fällung oder unsachgemäßer Behandlung geschützter Bäume eingeleitet wurden, sind zumindest Folgenbeseitigungen (Ersatzpflanzungen) festgesetzt worden.“

| Jahr | Anzahl der Anträge | davon abgelehnt | | Anzahl der Ersatzpflanzungen | | Höhe der Ausgleichszahlungen (DM) | Anzahl der Ordnungswidrigkeitenverfahren | Ordnungs- und Bußgel-der (DM) |
|------|--------------------|-----------------|-------|------------------------------|-----------|-----------------------------------|--|-------------------------------|
| | | | in % | Bäume | Sträucher | | | |
| 1991 | 75 | 10 | 13,33 | | | 2.157,00 | 4 | |
| 1992 | 113 | 7 | 6,19 | | | 55.294,00 | 15 | 1.181,00 |
| 1993 | 143 | 11 | 7,69 | 121 | 89 | 27.093,00 | 15 | 529,00 |
| 1994 | 186 | 15 | 8,06 | 194 | 67 | 32.514,00 | 38 | 2.652,00 |
| 1995 | 198 | 9 | 4,54 | 230 | 47 | 4.032,60 | 22 | 549,00 |
| 1996 | 221 | 5 | 2,26 | 229 | 85 | 1.431,30 | 12 | 311,00 |
| 1997 | 274 | 8 | 2,92 | 305 | 75 | 12.163,00 | 11 | 0,00 |
| 1998 | 287 | 21 | 7,32 | 410 | 24 | 13.028,20 | 13 | 1.502,00 |
| 1999 | 326 | 16 | 4,91 | 337 | 94 | 11.472,71 | 12 | 411,00 |
| 2000 | 351 | 28 | 7,98 | 413 | 160 | 5.590,41 | 10 | 1.402,00 |
| 2001 | 286 | 27 | 9,44 | 298 | 157 | 1.600,00 | 7 | 791,00 |

2. Anzahl der Baumschutzberatungen

Neben der Bearbeitung von eingereichten Baumschutzanträgen wurden im Jahr 2001 von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Abteilung 7/4 insgesamt **1101 Baumschutzberatungen** durchgeführt. Behandelt wurden hierbei insbesondere Fragen zu

- Baumartenwahl bei Ersatzpflanzungen
- Baumpflegemaßnahmen
- Rechtliche Situation von Anpflanzungen
- Einzelheiten zur Baumschutzsatzung

3. Bearbeitungsdauer von Baumschutzanträgen

Im Rahmen der vorhandenen Personalkapazitäten werden eingereichte Anträge auf Ausnahmegenehmigungen in der Abteilung 7/4 schnellstmöglich vor Ort überprüft und mit einem schriftlichen Bescheid an die Antragsteller abgeschlossen.

Im Jahr 2001 wurden **74 %** aller Anträge **innerhalb von 2 Wochen** erledigt.

Bei den übrigen Anträgen verzögerten in der Regel fehlende Antragsunterlagen bzw. noch offene Fragen die Erteilung einer Ausnahmegenehmigung.

4. Verteilung der Ausnahmeanträge auf die Stadtteile

Die in der Anlage enthaltene Tabelle gibt einen Überblick über die Anzahl der in den Jahren 1998 - 2001 zur Entfernung beantragten Bäume in den einzelnen Gemarkungen des Stadtgebietes. Hieraus wird ersichtlich, dass in den 10 dörflich geprägten Stadtteilen in jedem Jahr vereinzelt Anträge zur Entfernung geschützter Bäume gestellt werden. Insgesamt wurden hier in den vergangenen 4 Jahren lediglich 52 Anträge gestellt. Dies entspricht lediglich 4 % aller Anträge im Stadtgebiet im gleichen Zeitraum (1250). Die weitaus meisten Anträge wurden in den städtisch geprägten Kerngebieten Siegen, Weidenau und Geisweid gestellt.

5. Größenverteilung der zur Beseitigung beantragten Bäume

Die nachstehende Tabelle verdeutlicht die Größenverteilung der im Jahr 2001 zur Beseitigung genehmigten Bäume. Sie zeigt, dass ca. 52 % der Bäume einen Stammumfang < 120 cm über dem Erdboden aufwiesen. Immerhin 48 % der Bäume hatten einen Stammumfang > 120 cm. 66 entfernte Bäume wiesen einen Stammumfang > 150 cm auf und kamen damit bereits in einen Bereich, der zum Teil als straßen- bzw. ortsbildprägend bezeichnet werden musste.

| Anträge auf Ausnahmegenehmigung 2001 - Genehmigter Baumbestand - | | | | | |
|---|-------------------|---------------------|---------------------|--------------------|---------------|
| Stammumfang | 80 - 99 cm | 100 - 120 cm | 121 - 150 cm | > 150 cm | Gesamt |
| Anzahl Bäume gesamt | 94 | 148 | 121 | 99 | 462 |
| einstämmig | 92 | 142 | 121 | 66 | 421 |
| mehrstämmig | 2 | 6 | 0 | 33 | 41 |

Stellungnahme zum Antrag der UWG-Fraktion

Der Antrag der UWG-Fraktion auf Erstellung eines Baumkatasters würde bedeuten, dass in den kommenden 2 Jahren im Stadtgebiet flächendeckende Begehungen städtischer und privater Grundstücke durchgeführt werden müssen mit dem Ziel, ortsbildprägende und schützenswerte Bäume zu erfassen und in einem Kataster aufzunehmen. Diese Vorgehensweise hätte folgende Nachteile:

- Sehr hoher Personalaufwand für die örtlichen Aufnahmen, da alle Grundstücke in Augenschein genommen werden müssen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie in seiner Sitzung am 18.06.1991 beschlossen hat, die laufenden Arbeiten an einem Baumkataster für das Stadtgebiet Siegen wegen des zu hohen personellen Aufwandes einzustellen.
- Da das Kataster Bestandteil der Satzung wäre, müsste mit jeder Entfernung eines geschützten Baumes auch die Satzung geändert werden;
- Die Bezeichnung „ortsbildprägend“ und „schützenswert“ stellen unklare Rechtsbegriffe dar, die zu rechtlichen Problemen und zu Konflikten mit betroffenen Eigentümern bei der Umsetzung der Baumschutzsatzung führen können. Auch wenn die Begriffe durch Kriterien genauer eingegrenzt und beschrieben werden können, ist dennoch eine subjektive Beurteilung, ob Bäume in das Kataster aufgenommen werden oder nicht, nicht zu vermeiden.

Vom ökologischen Standpunkt aus gesehen ist ein möglichst flächendeckender Schutz des Baumbestandes im besiedelten Bereich erforderlich, um dem angestrebten natur- und landschaftsschützerischen Zweck am weitesten Rechnung zu tragen. Hierzu zählen auch die Bäume, die noch nicht ortsbildprägend sind, deren ökologische Funktionen im Sinne des § 1 der Baumschutzsatzung aber sehr wohl gegeben sind.

Alle Entscheidungen im Zuge von Genehmigungsverfahren nach § 6 der Baumschutzsatzung stellen Einzelfallentscheidungen dar, denen jeweils eine örtliche Überprüfung des Sachverhaltes vorangeht. Dies gilt auch im Hinblick auf die Festsetzung von Ersatzpflanzungen. In den Fällen, bei denen auf den betreffenden Grundstücken eine hinreichende Eingrünung vorhanden ist, kann der Umfang der Ersatzpflanzungen reduziert werden oder ggf. ganz entfallen. Dieser Ermessensspielraum wird seit Jahren in der Genehmigungspraxis zugunsten der Antragsteller angewendet.

Der Verwaltung liegen keine Erkenntnisse oder Hinweise darüber vor, dass insbesondere in den Ortsrandlagen oder dörflich geprägten Stadtteilen Bäume systematisch von Grundstückseigentümern entfernt werden, bevor sie den in der Baumschutzsatzung definierten Mindeststammumfang von 80 cm erreichen.

Eine Benachteiligung von Eigentümern innerstädtischer Grundstücke gegenüber Grundstücksbesitzern in Ortsrandlagen oder Stadtteilen mit dörflichem Charakter bei der Festsetzung von Ersatzpflanzungen erfolgt nicht. In jedem Einzelfall wird auf der Grundlage der Anzahl entfernter Bäume und der örtlichen Verhältnisse darüber entschieden, ob und in welchem Umfang Ersatzpflanzungen festgelegt werden.

Städtische Baumkommission

Ergänzend zum o.g. Bericht zur Umsetzung der städtischen Baumschutzsatzung soll im folgenden ein Statement zur Arbeit der städtischen Baumkommission aus Sicht der Verwaltung gegeben werden, da diese auf der Basis der Baumschutzsatzung den Umgang mit den städtischen Bäumen regelt. Eine Betrachtung der Baumschutzsatzung muss somit gleichzeitig die Arbeit der städtischen Baumkommission einschließen.

1. Die städtische Baumkommission ist gemäß § 6 Absatz 4 der Baumschutzsatzung der Stadt Siegen entstanden, um ein Kontrollorgan für die Fällung von Bäumen auf städt. Grundstücken zu schaffen. Die Schaffung dieser Baumkommission als Kontrollorgan geht auf eine Zeit zurück, in der durch Baumaßnahmen und sonstige Schädigungen eine Vielzahl von Baumfällungen erforderlich wurde und eine Übersensibilität der Bevölkerung vorhanden war. Die Baumkommission sollte auch dem Zweck dienen, dass die Stadt Siegen mit ihren Baumfällungen mit gutem Beispiel voran geht und möglichst einen restriktiven Kurs fährt bzw. im Umkehrschluss eine vorbildliche Baumpflege betreibt.
2. Die Baumkommission ist gemäß Baumschutzsatzung zuständig für alle Bäume, die auf stadteigenen Grundstücken stehen. Nur im Ausnahmefall (einige wenige Fälle im Jahr) ist sie auch für Baumpflegemaßnahmen im privaten Bereich zuständig. Aufgrund der Erfahrungen der vergangenen 5 Jahre liegt der Prozentsatz der Zuständigkeit mit ungefähr 99 % im Bereich der öffentlichen Bäume.
3. Die Baumkommission hat in den letzten 7 Jahren insgesamt 605 Beschlüsse gefasst, die immer auf Vorschlag der Verwaltung oder in Abänderung auch aufgrund der Vorschläge einzelner Mitglieder der Baumkommission zustande gekommen sind. Hierbei ist anzumerken, dass es eine breite Basis zwischen Baumkommission und den zuständigen Stellen der Verwaltung gibt, die von einem gegenseitigen Vertrauen lebt und offene und sachliche Diskussionen beinhaltet.
4. Die Baumkommission ist insofern für die Grünflächenabteilung von großer Bedeutung, als dass hier ein Gremium existiert, in dem Problemfälle bei Baumfällungen, publikumswirksame Durchforstungen oder Baumfällungen oder auch Bürgeranträge diskutiert werden können, die ökologische, betriebswirtschaftliche und verkehrssicherungstechnische Aspekte beinhalten. Gleichzeitig wird über dieses Gremium sichergestellt, dass der Umweltausschuss über alle Beschlüsse informiert wird und letztlich in den vergangenen Jahren die Arbeit der Baumkommission mit getragen hat.
Auch wenn die Baumkommission für die Grünflächenabteilung nur Empfehlungen geben kann, hat es bisher keinen Fall gegeben, in dem endgültig die Verwaltung entgegen einem Beschluss der Baumkommission handeln musste.
5. Sowohl von Seiten der Mitglieder der Baumkommission als auch von Seiten der Grünflächen- bzw. Umweltabteilung ist ein großes Bestreben zu erkennen, einvernehmliche Regelungen in strittigen Fällen zu finden. Insbesondere bei schwerwiegenden Eingriffen in die Baumschubstanz und bei ortsbildprägenden Bäumen ist diese Vorab-Diskussion mit der Baumkommission sehr förderlich und setzt einen sachlich fundierten und ausgewogenen Abwägungsprozess in Gang, der dann wieder auf der politischen Basis des Ausschusses für Umwelt, Landschaftspflege und Energie endet.

6. In den letzten Jahren hat es keine Streitigkeiten in der Öffentlichkeit oder in der hiesigen Presse über Baumfällungen gegeben. Dies spricht dafür, dass die Ausgewogenheit der Entscheidungen der Baumkommission gegeben ist und letztlich durch die Intensivierung der Pressearbeit der Grünflächenabteilung auch ein größeres Verständnis der Bevölkerung erreicht worden ist; nicht zuletzt deshalb, weil jede Fällung oder jede Durchforstung vorher in der Presse veröffentlicht und gleichzeitig auf Ersatzmaßnahmen hingewiesen wird. Insofern handelt es sich um eine offene und bürgerfreundliche Informationspolitik. Selbst beim Fällen bzw. Kappen einer sehr alten Buche am Weiß-Flick'schen-Grundstück hat es keinerlei negative Äußerungen der Presse oder in Leserbriefen gegeben.
7. Durch die Arbeit der Baumkommission entsteht sowohl im Bereich der Grünflächenabteilung als auch im Bereich der Umweltabteilung ein Verwaltungsaufwand, der mit insgesamt ca. 3 Stunden Vor- und Nachbereitungszeit und ca. 3 Stunden Sitzungszeit zu beziffern ist. Insgesamt haben in den letzten 5 Jahren 46 Sitzungen stattgefunden, die somit unter Berücksichtigung eines Personalaufwandes von 2 Personen der Grünflächenabteilung und 1 Person der Umweltabteilung einen Verwaltungsaufwand von 828 Stunden darstellen. Dies bedeutet einen jährlichen Aufwand von 118 Stunden.

Die Verwaltung hat großes Interesse, die Baumkommission auch weiterhin als beratendes Gremium zu erhalten, um strittige Entscheidungen auf breiter Basis zu klären, über die Baumkommission den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie zu informieren und auch weiterhin eine offene und bürgerfreundliche Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben.

Im Auftrag

Im Auftrag

Schul

Bonstein

Anlagen

Grafik "Aufteilung der Ausnahmegenehmigungen in den Jahren 1998 - 2001 nach Gemarkungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/1
Bearbeitet von: Herrn Langenbach

Datum
21.09.2001

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Stadtgärtnerei für das Jahr 2001 - Vorlagennummer manuell zu ändern in 1466/2001

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nimmt die Vorlage zur Kenntnis und unterstützt nachhaltig den Erhalt der Stadtgärtnerei.

Sachverhalt / Begründung:

1. Betriebsbeschreibung

Die Stadtgärtnerei befindet sich auf dem Grundstück des Entsorgungsbetriebes der Stadt Siegen (ESi) in der Rinsenau in unmittelbarer Nachbarschaft des neuen Betriebshofes des ESi, wo sie nach Aufgabe des Standortes Talstraße, im Jahre 1984 neu errichtet wurde. Im Jahr 1999 wurde die Anbaufläche durch die Errichtung eines neuen Foliengewächshauses ergänzt. Die Stadtgärtnerei ist der einzige Ausbildungsbetrieb für Gärtner der Fachrichtung Blumen- und Zierpflanzenbau in der Region Siegen.

Aufgabe der Stadtgärtnerei ist die Aufzucht von Pflanzen für die städt. Grünanlagen und Friedhöfe. Außerdem werden Dekorationen für städt. Feierlichkeiten hergerichtet und Pflanzschalen für Jubiläen usw. geliefert.

Beschäftigt werden 2 Gärtnerinnen und mehrere Auszubildende. Der verantwortliche Meister ist in der Grünflächenabteilung neben der Stadtgärtnerei überwiegend für andere Aufgaben zuständig.

2. Finanzieller Rahmen der Stadtgärtnerei laut Ausgabenplanung 2001

Die Stadtgärtnerei erzielt nur in Ausnahmefällen Einnahmen in geringer Höhe. Die geplanten Ausgaben und damit der Zuschussbedarf stellen sich für das HJ 2001 wie folgt dar:

| Haushaltsstelle | Bezeichnung | Betrag in DM |
|-----------------|---|-------------------|
| 1.581.4100.0 | Persönliche Ausgaben SN A | 162.600,00 |
| 1.581.5000.0 | Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen | 5.000,00 |
| 1.581.5200.2 | Ergänzung und Unterhaltung von beweglichem Vermögen | 2.000,00 |
| 1.581.5400.5 | Bewirtschaftung der Grundstücke | 58.776,00 |
| 1.581.5600.8 | Dienst- und Schutzkleidung | 2.300,00 |
| 1.581.5700.4 | Saat- und Pflanzgut, Düngemittel | 28.000,00 |
| 1.581.5701.2 | Verbrauchsmittel | 600,00 |
| 1.581.6500.7 | Geschäftsausgaben | 900,00 |
| 1.581.6611.9 | Vermischte Ausgaben | 0,00 |
| 1.581.6790.5 | Erstattungen an UA 770 – Fuhrpark | 5.300,00 |
| 1.581.6799.9 | Erstattung Verwaltungskosten | 30.600,00 |
| | Zuschussbedarf | 296.076,00 |

Nachrichtlich: Investitionen aus dem Vermögenshaushalt werden in 2001

nicht getätigt.

3. Wirtschaftlichkeit

Zur Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist der Kostendeckungsgrad bzw. die absolute Über-/Kostenunterdeckung zu ermitteln. Im Gegensatz zur kameralen Haushaltswirtschaft sind dabei auch ausgabenlose Kostengrößen, wie auch die im Haushalt nicht quantifizierten Leistungen der Stadtgärtnerei zu berücksichtigen.

3.1 Kosten

Die für die Wirtschaftlichkeit der Stadtgärtnerei relevanten Kostenarten gliedern sich wie folgt:

Sachkosten

Hier werden die Ausgaben des UA 581 ohne Personalausgaben laut SN A und Verwaltungskostenerstattungen nach der Jahresrechnung bzw. Jahresausgabenplanung angesetzt.

Personalkosten

Berechnungsgrundlage für die Personalkosten sind die Durchschnittskosten je Lohn- bzw. Vergütungsgruppe lt. KGSt-Gutachten. Sie setzen sich zusammen aus den Personalkosten für die Auszubildenden, für die in der Stadtgärtnerei tätigen beiden Gärtnerinnen, die anteiligen Personalkosten des zuständigen Meisters sowie die anteiligen Kosten der Abteilungsleitung und den Kosten für die saisonal benötigten Aushilfskräfte, die aus anderen Bereichen der Grünflächenabteilung abgeordnet werden.

Querschnittskosten

Hier wird die Verwaltungskostenerstattung gemäß Haushaltsplan in Ansatz gebracht.

Kalkulatorische Kosten

Die kalkulatorischen Kosten setzen sich zusammen aus den kalkulatorischen Abschreibungen (bezogen auf Herstellungs-/Anschaffungswerte) für das Anlagevermögen: Gewächshäuser, Sozial- und Lagerräume, Heizungsanlage, Topfmaschine und neues Foliengewächshaus sowie aus den kalkulatorischen Zinsen, die sich unter Zugrundelegung des Restwertes des Anlagevermögens jeweils zum 31.12. und eines Kalkulationszinssatzes von 6,5 % ergeben (siehe Anlage 2).

Kosten für Heizenergie/ Strom/ Pacht

Die Gärtnerei wird über das Klärwerk Rinsenu beheizt. Hierfür sowie für den Strombezug, der ebenfalls über die Klärwerksanlage erfolgt und die Pacht für die Nutzung des Grundstücks (Eigentümer ESi) werden entsprechende Beträge durch ESi in Rechnung gestellt, die in den Sachkosten bereits enthalten sind.

Insgesamt errechnen sich somit für das Jahr 2001 die nachstehend aufgeführten Kosten für den Betrieb der Stadtgärtnerei:

| Kostenarten | 2001 | Ausgabenplanung 2001 |
|-----------------------------|-------------------|----------------------|
| Sachkosten inkl. Heizung | 102.876 DM | 102.876 DM |
| Personalkosten | 202.150 DM | 162.600 DM |
| Verwaltungskostenerstattung | 30.600 DM | 30.600 DM |
| Kalkulatorische Kosten | 47.573 DM | |
| Gesamtkosten | 383.199 DM | 296.076 DM |

Die zum Vergleich aufgeführte Ausgabenplanung 2001 auf der Basis der dem UA 581 zugeordneten Haushaltsstellen und -ansätze fällt deutlich niedriger aus, da dort nicht alle Kostenarten erscheinen bzw. die Kosten nicht vollständig erfasst sind.

3.2 Leistungen

Im Haushalt sind der Stadtgärtnerei keine entsprechenden Einnahmeansätze zugeordnet, da hier keine Gebühren, Entgelte oder Verkaufserlöse von Dritten erzielt werden. Dennoch werden Leistungen erwirtschaftet, die einen finanziellen Wert darstellen, der bei einer betriebswirtschaftlichen Betrachtung den Kosten gegenüberzustellen ist.

Diese materiellen Leistungen ergeben sich unmittelbar aus dem Produktionsbetrieb der Stadtgärtnerei durch die Pflanzenaufzucht für städtische Grünanlagen und Friedhöfe sowie durch erbrachte Dienstleistungen für städtische Bereiche außerhalb der Grünflächenabteilung, wie z.B. die Gestaltung von Dekorationen, die Pflege von Hydrokulturen, das Herrichten von Pflanzschalen und Adventsgestecken.

| Leistungsarten | Wert |
|---------------------|-----------------------|
| Pflanzenaufzucht | 118.937 273.200 DM |
| Dienstleistungen | 27.355 DM |
| Gesamtbetrag | 300.555 DM |

3.3 Betriebswirtschaftliches Ergebnis

Den Gesamtkosten für den Betrieb der Stadtgärtnerei im Jahre 2001 in Höhe von 383.199 DM stehen materielle Leistungen im Wert von 300.555 DM gegenüber. Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 78,4 % , der damit gegenüber dem Jahr 1995 um 7 Prozentpunkte gesteigert wurde. Gleichzeitig bedeutet dies ein Absinken des betriebswirtschaftlichen Zuschussbedarfs von 133.796 DM im Jahr 1995 auf nur noch 82.644 DM und damit eine Verbesserung um ca. 38 %.

4. Kostenentwicklung von 1995 bis 2001

Die für die Wirtschaftlichkeit der Stadtgärtnerei relevanten Kostenarten haben sich im Zeitraum 1995 bis 2001 (Planung) wie in der nachstehenden Tabelle dargestellt entwickelt:

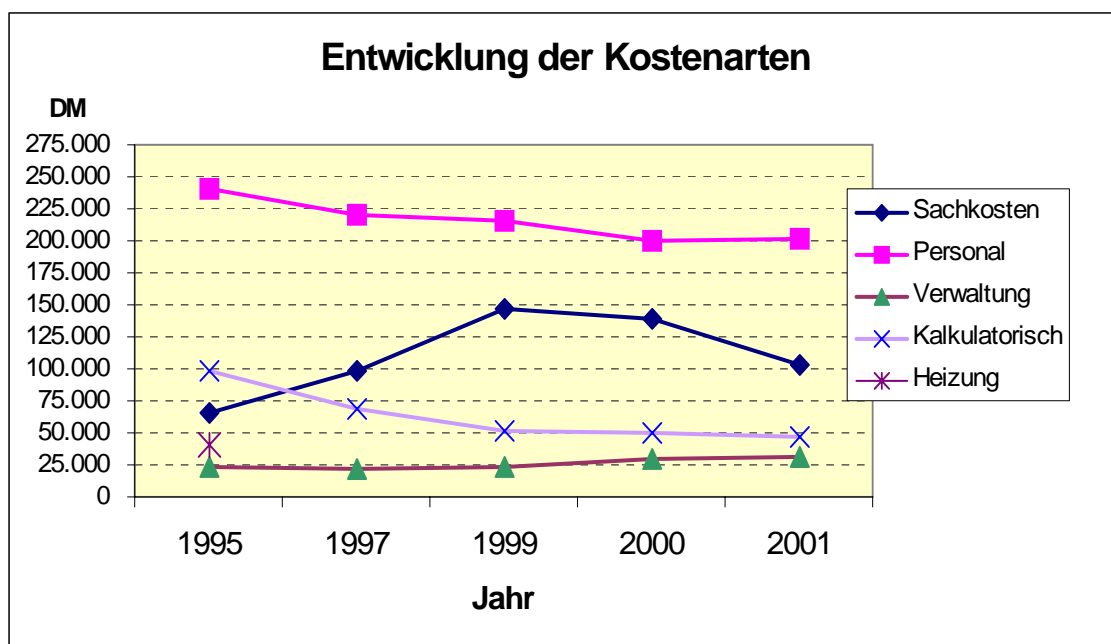
| Kostenarten | 1995 | 1997 | 1999 | 2000 | 2001 |
|------------------------|------------|------------|------------|------------|-------------------|
| Sachkosten | 65.571 DM | 98.977 DM | 147.165 DM | 138.883 DM | 102.876 DM |
| Personalkosten | 240.885 DM | 220.673 DM | 215.659 DM | 200.002 DM | 202.150 DM |
| Verwaltungskosten | 23.700 DM | 22.300 DM | 23.500 DM | 30.100 DM | 30.600 DM |
| Kalkulatorische Kosten | 98.093 DM | 69.346 DM | 50.933 DM | 49.253 DM | 47.573 DM |
| Heizungskosten | 40.000 DM | | | | |
| Gesamtkosten | 468.249 DM | 411.296 DM | 437.257 DM | 418.238 DM | 383.199 DM |

Hier zeigt sich, dass die Gesamtkosten – und damit auch der effektive Zuschussbedarf/ die tatsächliche Unterdeckung – durch den Betrieb der Stadtgärtnerei seit 1995 kontinuierlich zurückgegangen sind (Ausnahmejahr 1997) bzw. zurückgehen werden.

Insbesondere hat keine Erhöhung der Personalkosten stattgefunden, sondern auch diese Kostenart ist rückläufig bzw. gleichbleibend. Bei den Sachkosten ergibt sich ein Sprung von 1995 zum Jahr 1997 durch die Umstellung der Abrechnung der Heizungskosten von der Einbeziehung eines Pauschalbetrages (1995 40.000,00 DM) zur Abrechnung nach tatsächlichem Wärmeverbrauch. Im Jahr 1997 bewegten sich die hierfür aufzuwendenden Beträge ungefähr in der gleichen Größenordnung wie der Pauschalbetrag, da eine entsprechende Messtechnik noch nicht zur Verfügung stand. Ab dem Jahr 1999 waren dann Heizkosten in der tatsächlichen Höhe an den Entsorgungsbetrieb zu erstatten, wodurch sich der nochmalige Anstieg bei den Sachkosten erklärt. Bei der Verwaltungskostenerstattung ergibt sich eine Erhöhung vom Jahr 1999 auf das HJ 2000, da die Erstattungsbeträge durch FB 3/1 neu berechnet wurden. Bei der Neuberechnung wurden jetzt auch Overheadkosten für Controller und Fachbereichsleitung sowie für die Vorzimmerkräfte einbezogen. Hinzu kamen neue KGSt-Werte für die maßgeblichen Lohnkosten sowie eine Erhöhung der TUIV-Pauschale.

Die kalkulatorischen Kosten sind von 1995 auf 1997 vor allem durch den Wegfall der kalkulatorischen Verzinsung der Anschaffungskosten für das Grundstück in der Rinsenau deutlich gesunken. Die Verzinsung ist entfallen, da das Grundstück sich im Eigentum des ESI befindet. Von hier aus sind lediglich Pachtzahlungen, die in den Sachkosten enthalten sind, zu leisten.

Die Entwicklung der einzelnen Kostenarten wird in dem nachstehenden Diagramm nochmals graphisch verdeutlicht.



Betrachtet man lediglich die Rechnungsergebnisse in dem genannten Zeitraum (Übersicht als Anlage 1 beigefügt), so ergibt sich ein irreführendes Bild, da speziell im Bereich der Personalkosten nicht sämtliche für die Stadtgärtnerei anfallende Personalkosten, wie sie oben dargestellt wurden, in der Auflösung des SN A Berücksichtigung fanden. So wurde im SN A bis einschl. 1998 nur jeweils eine Vollzeitgärtnerstelle im UA 581 berücksichtigt. Erst ab 1999 wurde der tatsächliche Personaleinsatz auch im SN A nachvollzogen, wo-

durch sich der Kostensprung bei den Personalkosten von 112.801,00 DM im Jahr 1995 auf 180.612,00 DM im Jahr 1999 erklärt. Für die Wirtschaftlichkeitsberechnung der Stadtgärtnerei war aber von je her nicht das Rechnungsergebnis für die Personalkostendarstellung maßgeblich, sondern hier wurden auch in den Vorjahren alle relevanten Personalkosten einbezogen.

Zu der Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Jahr 1995 ist an dieser Stelle noch nachzutragen, dass damals von einer überhöhten Pflanzenproduktion ausgegangen wurde, die in der Realität tatsächlich nicht erreicht wurde, so dass die erbrachten Leistungen für 1995 um ca. 81.200,00 DM nach unten zu korrigieren waren.

5. Kosten-Nutzen-Analyse

Neben den oben beschriebenen materiellen Leistungen (Pflanzenaufzucht, Dienstleistungen) erbringt die Stadtgärtnerei als Ausbildungsbetrieb auch nicht unmittelbar quantifizierbare Leistungen (immaterielle Leistungen), die aber einen wirtschaftlichen Nutzen bedeuten, der im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit der Stadtgärtnerei einbezogen und bewertet werden muss. Hierbei spielen folgende (Nutzen)Faktoren eine Rolle:

- qualifizierte Ausbildung

Durch die Stadtgärtnerei wird für den Ausbildungsbetrieb Stadt Siegen sichergestellt, dass qualifizierter Nachwuchs ausgebildet wird, der sowohl im Bereich des Blumen- und Zierpflanzenbaus als auch im Bereich der normalen Pflegekolonnen der Abt. 8/3 eingesetzt werden kann. Dieser Faktor ist ohne finanzielle Gewichtung bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit einzubeziehen.

- gesellschaftlicher Beitrag zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Stadt Siegen leistet damit einen wertvollen Beitrag zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit. Bei Schließung der Stadtgärtnerei würden mind. 2 Ausbildungsplätze wegfallen, die im übrigen Bereich der Grünflächenabteilung nicht mehr untergebracht werden könnten. Dieser Faktor ist mit einem Faktor von 40.000,00 DM zu gewichten.

- Unterstützung heimischer Vereine (Heimatvereine, Kleingartenvereine)

Bekanntlich werden die Kleingarten- und Heimatvereine in bestimmtem Umfang mit Pflanzen und Blumen der Stadtgärtnerei versorgt, um im Auftrage der Stadt Siegen bestimmte Grünanlagen in Eigenregie zu pflegen. Dadurch entstehen der Stadt Siegen Ersparnisse, für die die Stadtgärtnerei kostenlose Blumenlieferungen an diese Vereine vornimmt. Dieser Faktor ist ohne finanzielle Gewichtung bei der Betrachtung der Wirtschaftlichkeit einzubeziehen.

- Fachkompetenz erhalten

Durch die weitere Vorhaltung von Ausbildungsplätzen im Bereich der Gärtnerei wird sowohl auf der Meisterebene als auch auf der Facharbeiterebene für die Grünflächenabteilung Fachkompetenz erhalten, die sich in umfangreichem Wissen über Blumen und Zierpflanzen und über die Ausstattung der einzelnen Anlagen mit diesen Pflanzen niederschlägt. Nur so ist es möglich, dass bei Neuanlagen in Eigenregie Pflanzpläne erstellt werden, die ansonsten an Landschaftsarchitekten vergeben werden müssten. Dieser Faktor ist mit 5.000,00 DM zu bewerten.

- Nachwuchs sicherstellen

Die Ausbildungsplätze im Bereich der Stadtgärtnerei stellen sicher, dass eigener Nachwuchs ausgebildet wird, wobei diese Auszubildenden bisher immer lückenlos in freie Stellen der Grünflächenabteilung übernommen werden konnten. Dadurch konnten zu einem großen Anteil Neueinstellungen von außen, deren Qualität schwanken kann, je nachdem, welche Kräfte am Arbeitsmarkt verfügbar sind, vermieden werden. Dieser Faktor ist mit einem jährlichen Betrag von 20.000,00 DM zu bewerten.

| Immaterielle Leistungen | Wert |
|--|------------------|
| Qualifizierte Ausbildung | |
| Gesellschaftlicher Beitrag zur Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit | 40.000 DM |
| Unterstützung heimischer Vereine | |
| Fachkompetenz erhalten | 5.000 DM |
| Nachwuchs sicherstellen | 20.000 DM |
| Gesamtbetrag | 65.000 DM |

Bezieht man diese Nutzeneffekte zusätzlich zu den materiellen Leistungen ein, ergeben sich insgesamt Leistungen in Höhe von 365.555 DM im Vergleich zu den bereits bekannten Kosten von 383.199 DM. Danach errechnet sich dann ein Kostendeckungsgrad von 95,4 %.

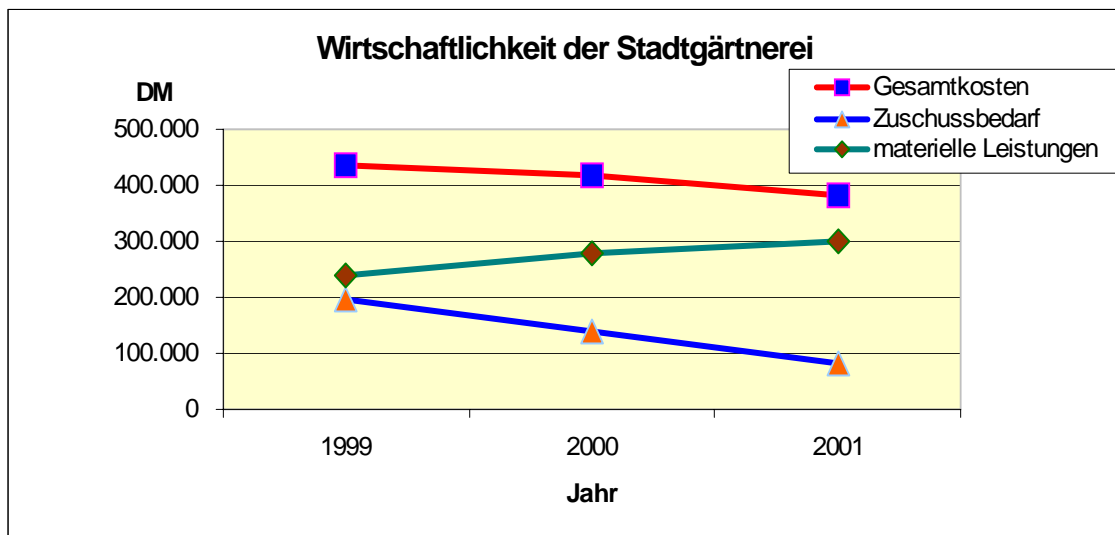
6. Vorteilhaftigkeit des Weiterbetriebs der Stadtgärtnerei

6.1 Aktuelle Entwicklung der Kosten und Leistungen

Für das laufende Haushaltsjahr ergibt sich im Vergleich zu den Vorjahren wiederum eine Reduzierung der Gesamtkosten auf 383.199 DM, die vor allem auf niedrigere Kosten für den Wärmebezug über den ESi zurückzuführen ist. Dieser Rückgang ist auf die Installation einer deutlich verbesserten Mess- und Regeltechnik für die Beheizung der Stadtgärtnerei zurückzuführen, die im Jahr 1999 vorgenommen wurde und sich im laufenden Haushaltsjahr erstmals niederschlägt, da nunmehr die Heizungskosten für das vorangegangene Jahr abgerechnet werden.

Bei den materiellen Leistungen wird sich durch einen höheren Pflanzenbedarf, zu dessen Deckung die Produktion entsprechend ausgeweitet wurde, eine Erhöhung auf 300.555 DM ergeben. Insgesamt ist somit ein ansteigender Kostendeckungsgrad von 78,4 % zu erwarten. Die nachstehende Grafik verdeutlicht noch einmal die beschriebene Entwicklung.

Auch für die Folgejahre ist von ähnlichen Werten auszugehen, da keine wesentlichen Veränderungen bei den bestimmenden Kostengrößen (Personalkosten und Sachkosten) zu erwarten sind bzw. diese auf der



Leistungsseite ausgeglichen werden können.

6.2 Bewertung der Wirtschaftlichkeit der Stadtgärtnerei

Betrachtet man die vorgestellten Zahlen, so zeigt sich, dass alle die Stadtgärtnerei betreffenden Eckdaten eine positive Tendenz aufweisen:

- sinkende Gesamtkosten
- sinkender Zuschussbedarf
- steigende Leistungen
- steigender Kostendeckungsgrad

Weiterhin sind die negativen Auswirkungen bei einer etwaigen Schließung der Stadtgärtnerei zu untersuchen. D.h. es muss ermittelt werden, welche Ersparnisse für den städtischen Haushalt bei einer Schließung tatsächlich erreicht werden könnten und welche zusätzlichen Kosten dadurch entstehen.

Lediglich die Sachkosten in Höhe von 102.876 DM (HJ 2001) würden unmittelbar wegfallen. Nur bei Abbau der Stellen für die Auszubildenden sowie für die Gärtnerinnen wären weitere Ersparnisse in Höhe von 166.115 DM mittelfristig zu erreichen.

Die Verwaltungskostenerstattung würde auf andere Bereiche der Stadt Siegen umgelegt werden, so dass sich hier keine Ersparnis ergibt. Dies gilt auch für den Bereich der kalkulatorischen Kosten, die entweder weitergeführt oder den städtischen Haushalt in Form einer außerordentlichen Abschreibung einmalig in voller Höhe belasten würden.

Diesen Einsparmöglichkeiten würden dann zusätzliche Sachausgaben in Höhe von ca. 300.000,00 DM für den Ankauf von Pflanzen und Dienstleistungen gegenüberstehen, die bisher im Haushalt keinen Niederschlag finden. Die nachstehende Tabelle stellt diese Veränderungen nochmals in übersichtlicher Form dar:

| Kosten bei | Weiterbetrieb der Stadtgärtnerei | Schließung der Stadtgärtnerei |
|---|----------------------------------|-------------------------------|
| Sachkosten inkl. Heizung | 102.876 DM | |
| Personalkosten | 202.150 DM | 36.035 DM |
| Verwaltungskostenerstattung | 30.600 DM | 30.600 DM |
| Kalkulatorische Kosten | 47.573 DM | 47.573 DM |
| Ankauf von Pflanzen u. Dienstleistungen | | 300.555 DM |
| Gesamtkosten | 383.199 DM | 414.763 DM |

Der Vergleich der Gesamtkosten beider Alternativen zeigt, dass die Belastung für den städtischen Haushalt um 31.564 DM größer wäre, wenn die Gärtnerei geschlossen würde. Dieser Effekt ist darauf zurückzuführen, dass bestimmte Fixkosten durch die Schließung nicht abgebaut werden können, andererseits aber der Deckungsbeitrag durch die erwirtschafteten Leistungen der Gärtnerei in vollem Umfang entfällt.

Bereinigt man die Gesamtkosten bei Weiterbetrieb der Stadtgärtnerei um die Verwaltungskostenerstattung und die kalkulatorischen Kosten, da diese Fixkosten auch bei einer Schließung den Haushalt weiterhin belasten, so verbleiben lediglich Kosten in Höhe von 305.026 DM gegenüber den materiellen Leistungen von 300.555 DM. Dies entspricht einem Kostendeckungsgrad von 98,5 %.

Darüber hinaus wirkt sich der Wegfall der oben beschriebenen immateriellen Nutzeneffekte für die Stadt Siegen belastend aus. Hier ist vor allem der mit der Schließung einhergehende Wegfall der Ausbildungsstellen anzusprechen.

Aufgrund der vorstehenden Berechnungen und Überlegungen ist zusammenfassend festzustellen, dass auf einen Weiterbetrieb der Stadtgärtnerei nicht verzichtet werden sollte, da er unter allen Aspekten wirtschaftlich vorteilhaft ist.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

I. A.

Bonstein

Anlagen: 2

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/2
Bearbeitet von: Herrn Bonstein

Datum
14.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

Alternativen zur Müllverbrennung in Iserlohn

Beschlussvorschlag:

Sachstandsbericht:

Anlässlich der Beratungen der Abfallbeseitigungsgebühren im Jahr 2000 und im Oktober 2001 wurde im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie nach Alternativen zur kostenträchtigen Hausmüllverbrennung in Iserlohn gefragt und die Verwaltung gebeten, entsprechende Möglichkeiten mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein zu erörtern.

Nach verschiedenen Gesprächen mit der Kreisverwaltung und der als Anlage beigefügte Anfrage vom 12.12.2001 hat der Kreis als zuständige Abfallbeseitigungsbehörde mit dem ebenfalls als Anlage beigefügten Schreiben vom 14.01.2002 - und Schreiben vom 05.11.2001 – zur Abfallentsorgung bis 2005 und darüber hinaus Stellung genommen.

Hiernach ist durch die vertragliche Regelung des Kreises mit der Bezirksregierung Arnsberg aus dem Jahr 1999 und den darauf basierenden Vertrag mit der Müllverbrennungsanlage Iserlohn die wirtschaftlichste Form der Abfallentsorgung bis zum 31.05.2005 gefunden worden.

Für den Zeitraum nach dem Stichtag plant der Kreis nach Durchführung eines förmlichen Ausschreibungsverfahrens eine Vergabe der Abfallentsorgung zu wirtschaftlich bestmöglichen Konditionen unter Berücksichtigung eines Höchstmaßes an Entsorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit.

Hinsichtlich möglicher Alternativen zur Müllverbrennung ist festzustellen, dass wegen der bundesweiten Vorgabe der Verwaltungsvorschrift „Technische Anleitung Siedlungsabfall“ – seit 01.01.2001 Abfallablagerungsverordnung – vor der Ablagerung von Abfallresten auf Deponien auf eine thermische Behandlung (Verbrennung) nicht verzichtet werden kann.

Inwieweit durch eine technische Vorbehandlung der zu verbrennenden Abfälle Kosten-
einsparungen zu erzielen sind, ist derzeit noch nicht zu sagen und wird letztendlich der
vom Kreis vorgesehenen Ausschreibung vorbehalten bleiben müssen.

Darüber hinaus ist der Kreis bestrebt, den Anteil der stofflichen Verwertung von derzeit
56,2 % für Abfälle aus privaten Haushalten weiter zu erhöhen, damit hierdurch der zur
Müllverbrennungsanlage zu transportierende Anteil vermindert werden kann.

Zu den einzelnen Aspekten der Müllentsorgung bis 2005 und danach wird auf die anlie-
genden Schreiben des Kreises vom 14.01.2002 und 05.11.2001 verwiesen, die hiermit
zur Beratung vorgelegt werden.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|---|
| | | | | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforder- lich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| <input type="checkbox"/> im VermH | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input type="checkbox"/> Ja, mit | Haushaltsstelle |
|-----------------------------------|-----------------------------------|-------------------------------|----------------------------------|-----------------|

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen: drei

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/2
Bearbeitet von: Herrn Schuster

Datum
13.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

Abfallwirtschaft

- Konzeption zur Planung und zum weiteren Ausbau des städtischen Wertstoffdepotnetzes 1997 und Folgejahre;

- Sachstand zum 31.12.2001

Beschlussvorschlag:

Sachstandsbericht

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen hat am 29.04.1997 beschlossen, die Konzeption zur Planung und zum weiteren Ausbau des städt. Wertstoffdepotnetzes 1997 und Folgejahre umzusetzen.

Die Konzeption beinhaltet eine Prioritätenfolge, nach der die Wertstoff-Depots ausgebaut werden. Aus verschiedenen Gründen mussten im abgelaufenen Jahr Änderungen an Einzelstandorten und in der Prioritätenliste vorgenommen werden.

Der Umsetzungsstand im Jahr 2001 stellt sich wie folgt dar:

| I. Neubau | <u>Fertigstellung</u> |
|--|------------------------------|
| 1. Achenbacher Straße/Bushaltestelle | 17.07.2001 |
| 2. Eiserfelder Straße Metro | 02.08.2001 |
| 3. Fludersbach / Bauhof | 09.10.2001 |
| 4. Unterflurdepot Breslauer Straße | 07.11.2001 |
| | |
| II. Verlagerung | <u>Fertigstellung</u> |
| 1. Oberlinstraße | 19.02.2001 |
| 2. Am Eichenhang / Parkplatz | 13.08.2001 |
| | |
| III. Erweiterung / Neugestaltung | <u>Fertigstellung</u> |
| 1. Eiserntalstraße Nr. 556 | 15.02.2001 |

| | | |
|-----|----------------------------|------------|
| 2. | Haardtchenstraße | 19.02.2001 |
| 3. | Hindenburgstraße | 20.02.2001 |
| 4. | Grabettstraße | 09.03.2001 |
| 5. | Kolpingstraße | 09.03.2001 |
| 6. | Am Friedrich-Flender-Platz | 12.05.2001 |
| 7. | Am Eichert | 12.05.2001 |
| 8. | Technologiezentrum | 12.05.2001 |
| 9. | Maccostraße | 26.05.2001 |
| 10. | Gosenbacher Hütte | 14.08.2001 |
| 11. | Am Steigerberg | 29.08.2001 |
| 12. | Am Rothenberg | 29.08.2001 |
| 13. | Paul-Bonatz-Straße | 01.09.2001 |
| 14. | AWO Hengsbach | 16.10.2001 |
| 15. | Achenbacher Furt | 05.11.2001 |
| 16. | Famila Markt | 06.11.2001 |
| 17. | Liegnitzer Straße | 12.11.2001 |
| 18. | Bürbacher Weg | 30.11.2001 |
| 19. | Saarbrücker Straße | 30.11.2001 |

Die aktuelle Auflistung aller derzeit nutzbaren Wertstoff-Depots ist als Anlage 1 beige-fügt. Daraus ergibt sich eine Gesamtzahl von 208 Wertstoff-Depots zum 31.12.2001.

Die weiteren Maßnahmen für die Jahre 2002 ff. ergeben sich aus der Konzeption, die dem Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie am 29.04.1997 vorgelegt worden ist. Danach ist der Ausbau des Netzes auf insgesamt 220 Standorte vorgesehen, womit eine Versorgungsdichte von einem Depot für 500 Einwohner erreicht werden soll.

Die weiteren Planungen für die Jahre 2002 ff. sind als Anlage 2 beige-fügt.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------------------|-----------------------------|---|--|
| 332.340 € | lfd. Unterhaltung ca. 20.450 € | | 332.340 € 20.450 € | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|--|-------------------------------|---|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 | <input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002 | <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 51.000 Euro 31.000 Euro | Haushaltsstelle 1.725.9500.6 1.725.5100.9 |
|--|--|-------------------------------|---|---|

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen: Zwei

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/2
Bearbeitet von: Herrn Herter/Herrn Kölsch

Datum
20.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

Beschaffung von Entsorgungssoftware für den Fachbereich 8, Abteilung Stadtreinigung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt die Beschaffung von Entsorgungssoftware für den Fachbereich 8, Stadtreinigung, wie folgt: 3 Module im Haushaltsjahr 2002 und weitere 3 Module im Haushaltsjahr 2003. Der Bürgermeister wird beauftragt das erforderliche Vergabeverfahren vorzubereiten.

Sachverhalt/Begründung:

Kostenanschlagssumme: Haushaltsstelle 1.720.9350.7 86.500,00 €

zur Verfügung stehende Mittel in den Unterabschnitten: 50.000,00 €
VE 50.000,00 €

Voraussichtlicher Liefertermin:
Oktober 2003

Oktober 2002

Ausgangslage

Die Aufgaben der Stadtreinigung sind in den letzten Jahren immer umfangreicher, komplexer und damit auch arbeitsintensiver geworden. Alleine die Verwaltung der Abfallsorgung ist durch die Einführung der Biotonne und des damit verbundenen logistischen Aufwandes komplizierter geworden. Jährliche Überprüfungen und die damit verbundene Anpassung der Tourenplanungen sind nur mit Überstunden zu leisten, da alle Eingaben bzw. Berechnungen manuell durchgeführt werden. Im Hinblick auf betriebswirtschaftlich

ausgelegte Kostenkalkulationen und Arbeitsorganisationen sind diese jährlichen Überprüfungen und Anpassungen von der Qualität wie auch von der Quantität her mit dem derzeitigen Personalbestand nicht mehr zu leisten. Aus diesem Grund wird der Einsatz einer entsprechenden TUIV-Unterstützung dringend erforderlich.

Erforderliche Entsorgungssoftware

1. Behälterverwaltung

Insgesamt werden im Bereich der Abfallbeseitigung ca. 50.000 Abfallbehälter verwaltet, damit verbunden sind ca. 4.000 Änderungen jährlich. Die Behälter sind auf dem Großrechner der KDZ im Grundbesitzverfahren AGV erfaßt. Bisher werden erforderliche Änderungen im Behälterbestand über Vordrucke von der Abteilung Stadtreinigung erfaßt und der Abteilung Stadtkasse und Steuern zur weiteren Bearbeitung zugesandt. Der erforderliche Arbeitsaufwand für eine Änderung beträgt ca. 25 Minuten wobei 2 Abteilungen und 2 Personen damit befaßt sind.

Bei Einsatz der Software werden die Daten direkt durch die Abteilung 8/2 über eine einzurichtenden Schnittstelle bei der KDZ in den Großrechner eingegeben. Die Abteilung Stadtkasse und Steuern erhält die Daten nachrichtlich.

2. Tourenplanung Müllabfuhr

Organisatorisch stellt sich die Müllabfuhr wie folgt dar:

- 29 Rest- und Biomüllbezirke
- 16 Bezirke „Gelber Sack“
- 8 Bezirke Sperrmüll
- 8 Müllmannschaften (1 Fahrer, 2 Kipper) Rest- und Biomüll
- 2 Müllmannschaften „Gelber Sack“
- 1 Müllmannschaft Sperrmüll
- 1 Kleinmüllfahrzeug
- 1 Sevicefahrzeug für Behälteränderungen

Für eine effektive Tourenplanung sind nachstehende Daten zu sammeln und aufzuarbeiten:

- Auswertung der Tachoscheiben
- Ermittlung der Behälterzahlen je Straße und Bezirk
- Auswertung der Gewichte/Tonnagen je Fahrzeug und Bezirk
- Berücksichtigung Pausen, Stillstandzeiten, Reparaturen
- Abfuhrhythmus
- Fahrtzeiten in die Bezirke, Deponie
- Graphische Darstellung der Bezirke

Bisher werden die Tourenplanungen manuell mit einem Überstundenaufwand von ca. 170 Stunden durchgeführt. Die Touren werden derzeit höchstens 1 x jährlich angepasst.

Der Einsatz der entsprechenden Software erlaubt es, auch kurzfristige Anpassungen durchzuführen. Damit verbunden ist eine wirtschaftliche Auslastung des Fuhrparks und des Personals

3. Sperrmüll und Elektroschrott auf Abruf

Die Entsorgung von Sperrmüll und E-Schrott wurde zum 01.01.98 auf Abruf umgestellt. Die Anmeldungen werden telefonisch erfaßt und in einer ACCESS-Datenbank bearbeitet. Schnittstellen zu anderen Programmen sind nicht möglich.

Mit der Software ist über eine Schnittstelle ein direkter Zugriff auf das AGV-Verfahren möglich. Desweiteren erfolgt die Tourenplanung, wie unter Pkt. 2 aufgeführt.

4. Straßenreinigung

Organisatorisch stellt sich die Straßenreinigung wie folgt dar:

- 2 Großkehrmaschinen
- 5 Kleinkehrmaschinen
- 5 Transporter
- 5 Reinigungskolonnen (je 4 Handreiniger)
- 1 Einzelreiniger
- 2 Fahrzeuge Regeneinlassreinigung mit 6 Arbeitskräften

Die Anpassung der Reinigungsintervalle innerhalb der Bezirke, unter Berücksichtigung von permanenten Veränderungen hinsichtlich Leistungsvorgaben und Zeitvorgaben erfolgte bisher manuell mit einem Überstundenaufwand von ca. 140 Stunden jährlich, dabei sind nachstehende Daten relevant:

- Auswertung der Tachoscheiben
- Ermittlung/Auswertung der Reinigungsflächen
- Sollvorgaben/Leistungsdaten
- Tourenplanung

Im Hinblick auf einen wirtschaftlichen Einsatz von Personal und Fahrzeugen, verbunden mit der Anpassung der gebührenrelevanten Kostenstrukturen, wird der Einsatz einer entsprechenden Software erforderlich.

5. Winterdienst

Organisatorische Darstellung:

- 22 Räum- und Streubezirke Fahrbahnwinterdienst mit 36 Mitarbeitern
- 89 Bezirke Handstreuwinterdienst mit 130 Mitarbeitern

Die Organisation des Winterdienstes erfordert derzeit einen jährlichen Arbeitsaufwand von ca. 30 Arbeitstagen. Dabei werden jeweils die Reinigungsbezirke den

Erfordernissen nach angepaßt und verändert. Die Tourenplanung erfolgt ebenso manuell. Nachstehende Daten sind hierbei relevant:

- Anzahl der Fahrzeuge
- Streckenlängen und Größe der Plätze
- Reinigungszeiten je nach Witterungsverhältnissen
- Verbrauch an Streustoffen
- Tourenplanung

Mit der entsprechenden Software kann die Planung/Organisation des Winterdienstes kurzfristiger und die Durchführung wirtschaftlicher gestaltet werden.

6. Graphische Darstellung

Zur Darstellung der Tourenplanung wird eine graphische Unterstützung erforderlich. Bisher werden Müllbezirke, Reinigungsbezirke und Winterdienstbezirke per Hand in Stadtpläne eingetragen.

Mit der graphischen Unterstützung sind permanente Änderungen und Anpassungen möglich.

Technische und Organisatorische Umsetzbarkeit

Nach Erstellung eines Gesamtkonzeptes mit detailliertem Anforderungsprofil, Bedarfsanalyse, eingehender Prüfung der am Markt vorhandenen Programme, ist ein Anbieter zu einer Präsentation eingeladen worden. Gemeinsam mit Vertretern des Fachbereiches 2, Rechnungsprüfung, Kommunale Datenzentrale (KDZ) und Vertretern des Steueramtes, wurde die vorgestellte Ensorgungssoftware für geeignet befunden. Insbesondere ist hervorzuheben, dass ein reibungsloser Ablauf hinsichtlich der erforderlichen Schnittstellen zur KDZ möglich ist.

Kosten

Die Gesamtkosten zur Beschaffung aller 6 Softwaremodule belaufen sich auf ca. 86.400 €

| | |
|--|----------|
| Kosten je Modul | 11.500 € |
| Einmalige Kosten für Schulung, Datenübernahme, Schnittstellen | 13.600 € |
| Digitalisierte Stadtkarte | 3.800 € |
| Softwarepflegekosten/Jahr | 8.300 € |

Ich beabsichtige im Haushaltsjahr 2002 die Beschaffung der Module 1, 2 und 3. Im Jahr 2003 werden die Module 4, 5 und 6 beschafft.

Die Beschaffungskosten wie auch die Folgekosten werden über den Gebührenhaushalt refinanziert.

Fazit

Die Stadtreinigung, insbesondere die Abfallentsorgung unterliegt einem ständigen Wandel. Es werden immer mehr Anforderungen an die Mülltrennung, Abfuhrhythmus, Behältergrößen und die Bearbeitungszeiträume gestellt. Dabei ist kostengünstiges, wirtschaftliches und flexibles Arbeiten gefordert, zumal sich die Stadtreinigung als Dienstleistungsbetrieb gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt versteht. Der Einsatz der Entsorgungssoftware trägt mit dazu bei, sich dem Wettbewerb der Entsorgungswirtschaft stellen zu können. Hauptziel ist ein wirtschaftlicher Personal und Fuhrparkeinsatz, der sich letztlich positiv auf den Gebührenhaushalt niederschlägt. Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|---------------------------|-----------------------|--------------------------|--|--|
| 86.500 € | 8.300 € | | Gebührenhaushalt | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|---|-----------------------------------|-------------------------------|--|------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 50.000 € VE 50.000 € | Haushaltsstelle 1.720.9350.7 |
|---|-----------------------------------|-------------------------------|--|------------------------------|

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/2
Bearbeitet von: Jürgen Röcher

Datum
20.03.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie

09.04.2002

Betreff:

Kraftfahrzeugbeschaffungsprogramm 2002

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie des Rates der Stadt Siegen beschließt das Fahrzeugbeschaffungsprogramm 2002 und beauftragt den Bürgermeister, das erforderliche Vergabeverfahren vorzubereiten.

Sachverhalt / Begründung:

Kostanschlagssumme: HHSt., UA's 675, 720 und 770 246.000 €

Zur Verfügung stehende Mittel in den Unterabschnitten: 248.000 €

Voraussichtlicher Liefertermin: Oktober 2002

Art der Ausschreibung: Die Beschaffung wird im Wettbewerb ausgeschrieben.

Die nachstehend aufgeführten Fahrzeuge bzw. Maschinen müssen in diesem Jahr zur Gewährleistung eines wirtschaftlichen Fahrzeugbetriebs ausgetauscht werden. Sie sind aufgrund ihres technischen Gesamtzustandes für einen reibungslosen Einsatz in der Abfallbeseitigung sowie im Winterdienst nur noch bedingt einsetzbar.

1. Ersatzbeschaffung des Müllfahrzeugs SI-2096 Baujahr 1992

Die km-Leistung des Fahrzeugs beträgt 150.000 km; die Motorleistung hingegen entspricht einer gefahrenen Wegstrecke von 500.000 km. Der Unterschied resultiert aus der ständigen Motorleistung bei den Pressvorgängen. Aufgrund dieser Laufleistung sind starke Leistungs- und Ölverluste zu verzeichnen, die durch den ständigen Kurzstreckenverkehr bedingt sind. Ebenso ist am Fahrgestell erheblicher Verschleiß durch Rostschäden festzustellen.

Beschaffungskosten:

ca. 196.000 €

2. Ersatzbeschaffung des Werkstattwagens SI – 2487 Baujahr 1990

Es handelt sich um einen Transporter-Hochkasten der Kfz-Werkstatt. Das Fahrzeug wird als Werkstattwagen bei erforderlichen Reparaturen eingesetzt, wenn ein städt. Fahrzeug im Stadtgebiet schadensbedingt liegen bleibt. Außerdem werden mit diesem Fahrzeug kurzfristig notwendige Ersatzteile für durchzuführende Reparaturen transportiert. Das Fahrzeug hat mehr als 100.000 km im Stadtverkehr zurückgelegt. Durch ständigen Kurzstreckenverkehr und Kaltstarten weist der Motor einen erheblichen Leistungsverlust auf. Mit der Erforderlichkeit eines Austausch-Motors und damit verbundenen erheblichen Kosten muss gerechnet werden. Darüber hinaus zeigt die Karosserie erhebliche Rostschäden; die Lenkung ist sehr schwergängig. Dieses Fahrzeug sollte bereits im Jahr 2001 ersatzbeschafft werden (vgl. Verwaltungsvorlage Nr. 1112/01 vom 24. 4. 2001). Dabei bot sich allerdings die Möglichkeit der Finanzierung über Werbung. Die Werbefirma sieht sich nunmehr aufgrund geringer Zusagen von Firmen außerstande, ein entsprechendes Fahrzeug über Werbung zu finanzieren. Aus diesem Grund ist nunmehr dringlich eine Ersatzbeschaffung erforderlich.

Beschaffungskosten:

ca. 25.000 €

3. Ersatzbeschaffung eines Streuers Baujahr 1985

Der Streuaufbau des Fahrzeugs SI-2578 (Winterdienst-Festaufbau) ist nach nunmehr 17 Jahren Einsatz völlig durchgerostet; ein weiterer Einsatz ist nicht mehr möglich. Im übrigen ist der neu zu beschaffende Streuer für den Einsatz von Feuchtsalz ausgerüstet und verfügt über eine Streubildverstellung. Damit kann der Salzverbrauch individuell angepasst und besser dosiert werden.

Beschaffungskosten:

ca. 25.000 €

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

| Gesamtkosten der Maßnahme | jährliche Folgekosten | Finanzierung Eigenanteil | Finanzierung objekt bezogene Einnahmen | Abstimmung mit dem Kämmerer |
|------------------------------|-----------------------|-----------------------------|---|---|
| 246.000 € | | | Gebührenhaushalt | <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen |

Veranschlagung

| | | | | |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002 | <input type="checkbox"/> im VerwH | <input type="checkbox"/> Nein | <input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 260.000 € | Haushaltsstelle UA 675 120 T€ UA 720 100 T€ UA 770 40 T€ |
|--|-----------------------------------|-------------------------------|--|---|

Im Auftrag

Bonstein

Anlagen: keine